

P R O T O K O L L

über die 25. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 14. April 1988, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

Bürgermeister:

Heinrich Schwarz

Vizebürgermeister:

Leopold Wippersberger

Karl Holub

Stadträte:

Ingrid Ehrenhuber

Rudolf Pimsl

Erich Sablik

Ing. Othmar Schloßgangl

Rudolf Steinmaßl

Johann Zöchling

Otto Tremel

Anton Vorhauer

Wolfgang Wieser

Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:

Kontrollamtsdirektor SR. Dr.

Peter Gottlieb-Zimmermann

MR. Dr. Kurt Schmidl

Techn. Direktor TOAR Ing. Wolfgang Wein

OAR Helmut Riedler

OAR Walter Radmoser

Gemeinderäte:

Hermann Bachner

Josef Brandstötter

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Walter Hahn

Karl Hochrather

Mag. Gerhard Klausberger

Johann Manetsgruber

Rudolf Pickl

Erna Probst

Franz Ramoser

Franz Rohrauer

Gertrude Schreiberhuber

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Steinparzer

Franz Straßer

Hubert Sturmberger

Leopold Tatzreiter

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR. Dr.

Gerhard Alphasamer

Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Angelobung des neuen Gemeinderatsmitgliedes Ing. Dietmar Spanring

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates bm. § 51 Abs. 3 StS
(Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei)

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

Schul-1390/88	Ankauf eines Brennofens für den Schulkomplex Tabor.
Ha-1254/88	Landesmusikschule; Kreditübertragung.
K-1181/88	Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung; Mitgliedsbeitrag 1988.
Präs-314/86	Zweckzuschuß gem. § 22 Abs. 2 Z. 2 FAG 1985 an Gemeinden für das Jahr 1986 (Fremdenverkehrsförderungen); Bau von Gästeparkplätzen - Rückforderung eines Zweckzuschusses.
Wa-5000-/83	Regulierung Reindlbach, Kostenbeitrag der Stadt Steyr.
Bau3-3033/85	Ausbau der Konradstraße - Leharstraße - Schumeierstraße und Gehsteig Leharstraße; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 2. 7. 1987 und des StS-Beschlusses vom 5. 11. 1987.
GHJ1-1481/88	Ankauf eines HAKOTRAC 3800 D für die Betreuung der Sportplätze in Steyr.
En-1799/88	Instandhaltung der Kraftfahrzeuge der städtischen Elektriker; Kreditüberschreitung.
ÖAG-4996/87	Kaufvertrag mit Frau Anna Digles betreffend Wohnobjekt Sierninger Straße 120; Grunderwerbsteuer.
Ha-2071/88	Instandhaltung von Maschinen und maschinellen Anlagen bzw. Fahrzeugen zur Betreuung von Sportanlagen; Kreditüberschreitung.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Präs-808/86 Nachfolge des Ing. Dietmar Spanring in den Gemeinderat der Stadt Steyr; Änderung in der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.
- 2) Präs- 563/86 Atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf; Einwendungen der Stadt Steyr.
Pol- 2801/87
- 3) Ha-942/88 Gewährung von Subventionen an Steyrer Sportvereine im Jahr 1988.
Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an:
- 4) Präs-86/88 Herrn Univ. Prof. Dr. Rudolf Kropf.
- 5) Präs-81/88 Herrn Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer.
- 6) Präs-82/88 Herrn Gottfried Haider.
- 7) Präs-83/88 Herrn Hans Hoffer.
- 8) Präs-84/88 Herrn Dir. Stv. i. R. Dipl. Ing. Werner Mülleder.
- 9) Präs-85/88 Herrn Dir. Stv. i. R. Ing. Franz Salzner.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 10) Buch-7100/87 Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Finanzjahr 1987.
- 11) Ha-1874/88 Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt; Jahressubvention 1988.
- 12) Präs-282/88 Personalvertretung des Magistrates Steyr; Subvention 1988 zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

- 13) Ha-1767/88 Fremdenverkehrsverband Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- 14) Ha-7457/86 Pfarrkirche St. Michael; Innenrestaurierung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHREHUBER:

- 15) Bau5-3981/86 Umbau Zentralaltersheim - 3. Bauetappe, 2. Teil; Vergabe von Arbeiten und Mittelfreigabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 16) VerKR-7171/86 Kreuzung Kaserngasse - Rooseveltstraße; Errichtung einer Verkehrslichtsignalanlage.
- 17) Bau3-1240/81 Ausbau Steiner Straße - Klosterstraße; 4. Bauabschnitt; Ergänzung der GR-Beschlüsse vom 2. 7. 1987 und 5. 11. 1987.
- 18) SH-990/88 Einkommensschwache Personengruppen; Brennstoffaktion 1988.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 19) Bau6-1911/87 Kanalisation Tabor - Taschlried - Resthof; Errichtung NS A 1 Taschlried, NK B, C und D; Nachtragsangebot 1 und 2 und Mittelfreigabe; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 2. 7. 1987.
- 20) Bau6-1056/87 Kanalisation Steyrdorf; Nebenkanal Seifentruhe - Wolfersstraße; S 19 a - S 9; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 5. 11. 1987.
- 21) Bau6-552/88 Kanalisation Fischhub - Plenkberg; NS 1 - 10; NS 16; 1. Bauabschnitt (NS 1, S 8 - S 17, NS 2 und NS 4); Auftragsvergabe und Mittelfreigabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 22) ÖAG-945/88 Krematorium Steyr; Festlegung einer neuen Feuerhallenbetriebsordnung und geänderter Tarife.
Stadtwerke
- 23) ÖAG-1809/88 Errichtung diverser Erdgasreduzierstationen im Hochdrucknetz des Gaswerkes Steyr.
Stadtwerke
- 24) ÖAG-1971/88 Verlegung einer Erdgashochdruckleitung in der St. Berthold-Allee, Garsten.
Stadtwerke

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 25) ÖAG-5477/85 Stornierungsvertrag mit Herrn Otto Schmid, betreffend das Grundstück 1576/9, KG. Föhrenscherl; Verkauf dieser Liegenschaft an die Fa. Lehner optoelectronic GesmbH, Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf bitten, die privaten Unterhaltungen kurz einzustellen. Ich darf die heutige Sitzung des Gemeinderates eröffnen und möchte feststellen, daß sie den Statuten entsprechend ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer ersuche ich Frau Gemeinderat Schreiberhuber und Herrn Gemeinderat Ramoser. Entschuldigt haben sich Frau Gemeinderat Wieser und die Herren Gemeinderäte Lang, Mayrhofer und Wallner.

Meine Damen und Herren als nächsten Punkt haben wir die Angelobung eines neuen Gemeinderatsmitgliedes vorzunehmen. Herr Gemeinderat August Schlager hat sein Mandat aus gesundheitlichen Gründen zurückgelegt. Es ist daher notwendig, eine Ergänzung des Gemeinderates vorzunehmen. Seitens der sozialistischen Partei wurde nach Maßgabe des Gemeindewahlvorschlages Herr Ing. Dietmar Spanring als neuer Gemeinderat nominiert. Bevor ich jedoch zur Angelobung des neuen Gemeinderates schreite, möchte ich nicht verabsäumen, Herrn Gemeinderat August Schlager für seine verdienstvolle Mitwirkung im Gemeinderat aufrichtig zu danken. Gemeinderat Schlager gehörte seit Oktober 1985 dem Gemeinderat der Stadt Steyr an und hat durch seine Tätigkeit im gemeinderätlichen Kulturausschuß, im gemeinderätlichen Verkehrsausschuß und im Ausschuß für Schule und Sport sowie Jugendangelegenheiten zum Wohle unseres Gemeinwesens einen wesentlichen Beitrag geleistet. Ich möchte Kollegen Schlager ganz offiziell hier sehr herzlich danke sagen für seine Mitarbeit.

Meine Damen und Herren, gemäß § 9 des Statutes für die Stadt Steyr haben später eintretende Gemeinderatsmitglieder das Gelöbnis in der ersten Gemeinderatsitzung, an der sie teilnehmen, zu leisten. Das Gelöbnis ist vor dem Gemeinderat mit den Worten abzulegen:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

Herr Gemeinderat Ing. Spanring, bitte erheben Sie sich vom Platz und sprechen Sie die Worte; "Ich gelobe".

GEMEINDERAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ich gelobe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf herzlich danken und möchte Dich begrüßen in unserer Runde, Dich um Deine Mitarbeit ersuchen, wozu ich Dir viel Erfolg wünsche.

Zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich sagen, daß mir solche nicht vorliegen. Dieser Punkt ist damit erledigt.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Ihnen einige aktuelle Punkte vorbringen.

Über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage möchte ich den Bericht des Arbeitsamtes Steyr vom 6. April 1988 zur Kenntnis bringen. In diesem Bericht heißt es, es: Die bereits für den Vormonat erwartete saisonelle Belebung der Wirtschaftslage trat im abgelaufenen Berichtszeitraum ein. Diesem positiven Aspekt steht jedoch eine latente pessimistische Erwartungshaltung bezüglich der konjunkturellen Situation im bezirklichen Bereich entgegen, so daß kein echter Aufschwung der lokalen Wirtschaft festgestellt werden kann. Den eher gedämpften Erwartungen im konjunkturellen Bereich entspricht auch die Entwicklung der Arbeitsmarktlage im Amtsbezirk. In den saisonabhängigen Branchen sind zum Teil beträchtliche Rückgänge der Vorgemerktenzahlen gegeben (z. B. Bau - 98 oder 17 %), in den übrigen Branchen halten sich die Zu- und Abgänge von Vorgemerkten ziemlich die Waage. Es muß aller-

dings festgehalten werden, daß gegenüber dem Vorjahr in allen saisonabhängigen Bereichen deutlich höhere Werte vorliegen (z. B. Reinigung + 26 oder 22,6 %). Den üblichen Verlauf nehmen bisher die Vormerkungen um Ferialarbeit. Derzeit sind Burschen und Mädchen gemeldet, die zum Teil ein Pflichtpraktikum, zum größeren Teil aber eine reine Ferialarbeit wünschen.

Durch den Ausfall der Hauptbeschäftigungsträger (metallverarbeitende Industrie) im Bereich Ferialarbeit liegt aber momentan eine äußerst ungünstige Situation vor. Bisher wurde noch keine einzige offene Stelle gemeldet, mit einer schlagartigen Änderung kann auch unter optimistischer Betrachtungsweise nicht gerechnet werden. Als einzige Alternative bliebe daher für viele Schüler der Fremdenverkehr in anderen Bezirken, wo genügend Stellen vorgemerkt wären. Vielfach scheidet eine Arbeitsaufnahme aber aus objektiven Gründen (z. B. Alter) oder aber daran, daß viele Vorgemerkte nicht länger als vier Wochen arbeiten möchten, überwiegend aber Stellen mit einer Beschäftigungsdauer von sechs bis acht Wochen angeboten werden. Zum Thema Alter muß noch angemerkt werden, daß sich der Trend der Vorjahre an einem immer geringeren Durchschnittsalter der Vorgemerkten auch heuer fortsetzt, so daß viele 15jährige ha. gemeldet sind, bei denen eine Vermittlung beinahe aussichtslos scheint.

Am Ende des Berichtszeitraumes waren ha. 3008 Personen arbeitslos gemeldet. Von den 1904 Männern entfallen noch immer 53,8 Prozent oder 1.024 auf die zwei Bereiche Bau und Metall. Bei den 1.104 Frauen ist die stärkste Branche das Gastgewerbe, wo mit 337 alleine 30,5 Prozent der weiblichen Vorgemerkten gemeldet sind.

Im Monatsvergleich ergeben sich nur bei den Männern branchenweise nennenswerte Bewegungen und hier werden, wie bereits einleitend erwähnt im Baugewerbe (- 97 oder 17 %). In allen anderen Berufsgruppen hielten sich die positiven oder negativen Veränderungen sowohl bei Frauen als auch bei den Männern in sehr engen Grenzen (die durchschnittliche absolute Veränderung gegenüber dem Vormonat beträgt ohne den Baubereich 3,4 Arbeitslose), so daß die gesamte Bestandsveränderung nur -158 oder 5 Prozent beträgt. Gegenüber dem Vorjahr ist nur in folgenden Bereichen eine deutliche Verringerung der Vorgemerktenzahlen zu bemerken. Bau - 24 (- 4,8 %), Metall - 30 (- 12,5 %), Holzbearbeitung - 11 (- 9,4 %) und Verkehr - 12 (- 10,9 %). In allen anderen Berufsgruppen sind zum Teil massive Zunahmen festzustellen: Fremdenverkehr + 18 (+ 7,2 %), Reinigung + 26 (+ 22,6 %), Hilfsberufe allgemeiner Art + 19 (+ 11,5 %) und Lehr- und Kulturberufe + 17 (+ 65,4 %). Gesamt ergibt sich also eine Zunahme des Vorgemerktenstandes um 121 oder 4,2 %, wobei auf Frauen 107 oder 10,7 % entfallen.

Bei den gemeldeten offenen Stellen trat sowohl im Monats- als auch im Jahresvergleich eine Verbesserung um 59 (+ 25,8 %) bzw. um 25 (+ 9,5 %) auf 288 ein. Das Plus im Monatsvergleich resultiert aus einer Steigerung der Stellen im Baubereich (+ 26 oder 162,5 %), im Jahresvergleich ergab sich interessanterweise im Bereich Handel die größte positive Veränderung (+ 37 oder 119,4 %).

In der Bauwirtschaft hat die Saison voll eingesetzt. Damit sanken auch die Arbeitslosenzahlen in diesem Bereich kräftig. Eine weitere Entwicklung ist saisonbedingt abzusehen, die Baufirmen im Amtsbereich haben zur Zeit keine nennenswerten Auslastungsschwierigkeiten.

In der Metallwirtschaft hat sich die Lage auch wieder etwas beruhigt. Die spektakulären Personalreduktionen sind nicht mehr das Gesprächsthema Nr. 1, gegenüber dem Vormonat sind auch hier sinkende Vorgemerktenzahlen zu verzeichnen. Diese ruhige Oberfläche kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß tiefreichende strukturelle Unzulänglichkeiten vorliegen, die jederzeit akut werden können.

Auf dem Lehrstellenmarkt ist weiterhin das gleiche Bild gegeben. Eine durchaus günstige Situation für männliche Lehrstellensuchende (auf 123 Vorgemerkte kommen 255 offene Lehrstellen) und äußerst schlechte Aussichten für Mädchen (150 Vorgemerkte und 35 offene Stellen). Dazu ist aber zu bemerken, daß im Bezug auf die Konzentration für bestimmte Lehrberufe sowohl bei Burschen als auch bei Mädchen trotz verstärkter Aufklärungsmaßnahmen keine Verhaltensänderung festzustellen ist. Nach wie vor sind Berufe wie Kfz-Mechaniker, Elektriker bzw. Verkäuferin und Friseurin so gefragt, daß andere Lehrstellen oft einfach ignoriert werden. Erst nach

längerer erfolgloser Suche werden auch andere Angebote in die engere Wahl gezogen.

Soweit ein Bericht über die derzeitige Situation des Arbeitsmarktes.

Meine Damen und Herren, wie Ihnen aufgrund verschiedener Mitteilungen sicher bekannt ist, ist es in Steyr wieder zu einer Betriebsgründung gekommen. Ein deutscher Unternehmer will das ehemalige Gußwerk II der Steyr-Daimler-Puch AG wieder in Betrieb nehmen und in etappenweiser Steigerung bis zu 250 Mitarbeiter beschäftigen. Da die mit der Strukturveränderung der Steyr-Daimler-Puch AG verbundenen Personalreduzierungen auch für die Stadt große Nachteile zur Folge haben, kommt jeder Initiative auf gewerblichem und industriellem Sektor betreffend Neugründung oder Weiterführung eines Unternehmens größte Bedeutung zu.

Ich darf sagen, daß wir froh darüber sind, daß sich für uns diese neue Möglichkeit eröffnet. Ich möchte noch ergänzen dazu, daß wir Gespräche mit dem Firmenchef hatten und wir in dieser Richtung auch Unterstützungen der Stadt angesprochen haben, daß hier aber noch keine konkreten Verhandlungen eingesetzt haben. Die Betriebsneugründung ist bisher wohl mit Zusicherungen oder Zusagen über Möglichkeiten einer Unterstützung durch die öffentliche Hand, seitens des Landes aber auch des Bundes und der Stadt zustande gekommen, es war aber nicht unbedingt eine Bedingung. Wir werden die Vorstellungen des Betriebes genau zu prüfen haben und ich bin sicher, daß sich der Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen damit zu beschäftigen wird.

Meine Damen und Herren, auch einige Worte zur Statutenänderung. Hier darf ich sagen, daß bezüglich des von der Österr. Volkspartei im Landtag eingebrachten Initiativantrages zur Änderung der Stadtstatuten am 12. April 1988 im Rathaus Linz eine Pressekonferenz stattgefunden hat, an der die Herren Bürgermeister Dobusch, Bregartner und meine Wenigkeit teilgenommen haben. Alle drei Bürgermeister der öö. Statutarstädte haben übereinstimmend mit Vehemenz sich gegen dieses Verhalten der Österr. Volkspartei ausgesprochen. Mehr möchte ich bei meinen Mitteilungen dazu nicht sagen. Wir werden sicherlich noch Gelegenheit haben, darüber ausführlich zu diskutieren. Dieser Punkte wird heute bei den Verhandlungsgegenständen nicht zur Behandlung kommen.

Mit der heutigen Tagesordnung wird dem Gemeinderat auch ein Beschlusantrag betreffend Einwendungen gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf vorgelegt. Die Stadt wird sich dadurch in Wahrung der Interessen der Bürger vor allem wegen der Bedrohung von Leben und Gesundheit, Beeinträchtigung der materiellen Existenz und Vermögenswerte gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf aussprechen. Ich kann berichten, daß im Einklang mit anderen Städten und Gemeinden auch beim Magistrat Steyr für die Bevölkerung Formulare zur Leistung von Unterschriften für Einwendungen gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf aufgelegt wurden. Die Aktion läuft bis inklusive Montag, 18. April. Es werden die bis dahin erfolgten Unterschriften gesammelt und mit einem entsprechenden Begleitschreiben dem Bayrischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen vorgelegt werden. Bisher wurden von der Bevölkerung 2.853 Einwendungen erhoben. Es ist damit zu rechnen, daß sich die Zahl auf etwas über 3.000 bis Montag noch erhöhen wird.

Zur Situation über die Verhandlungen bezüglich der Aussiedlung unseres Feuerwehrdepots möchte ich auch einen kurzen Bericht bringen. Die Verhandlungen mit Herrn Hartlauer betreffend Aussiedlung des Feuerwehrdepots aus dem ehemaligen Kreisgerichtsgebäude haben sich längere Zeit hingezogen und es dürfte nunmehr der Abschluß eines Übereinkommens bevorstehen. Es ist vorgesehen, daß sich Franz Josef Hartlauer als Gegenleistung für die Aufgabe des Servitutsrechtes bereiterklärt, einen namhaften finanziellen Beitrag für die ersatzweise Errichtung eines neuen Feuerwehrdepots zu leisten. Die Höhe des Beitrages ist davon abhängig, ob Hartlauer bei der Umgestaltung des früheren Kreisgerichtsgebäudes entlang der Kaigasse eine Fußgängerpassage errichtet oder nicht. Hier liegt sicher ein Interesse der Stadt vor, denn eine Fußgängerpassage würde bestimmt der Sicherheit der Fußgeher dienen.

Sie soll daher auch entsprechend in diese Ablöseangelegenheit einfließen.
Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen noch mitteilen, daß im Zusammenhang mit einer Mitteilung, mit einem Artikel im Profil Nr. 11 ich heute einen Brief an das österreichische Ökologieinstitut zu Händen des Herrn Weiß, das ist der zuständige Redakteur, geschickt habe. Ich möchte Ihnen den Inhalt dieses Briefes nicht vorenthalten: Sehr geehrter Herr Weiß, mit großer Bestürzung wurde der Artikel Öko-Bilanz Österreich in der Zeitschrift Profil Nr. 11, erschienen am 14. März 1988, von der Stadt Steyr gelesen. Darin wurde eine ausführliche Abhandlung über die verschiedenen Schadstoffe und auch die Schadstoffbelastung in Österreich abgedruckt. Besonders betroffen hat die Stadt die negative Hitliste über die Gesundheitsgefährdung durch schlechte Luft. Hier erscheint in einer Tabelle die Stadt Steyr mit 54,7 Todesfällen pro 100.000 Einwohnern, verursacht durch chronische Atemwegkrankungen, wie Bronchitis, Asthma usw. Obwohl z. B. in der zweiten Liste, in der die Krebstoten angeführt werden, Städte aufscheinen, die nachweisbar eine schlechtere Luftqualität aufweisen und außerdem in dieser Liste tiefer gereiht sind als Steyr, die nachweisbar eine schlechtere Luftqualität aufweisen und außerdem in dieser Liste tiefer gereiht sind als Steyr. Dies erscheint der Stadt völlig unverständlich und hat zu einer starken Verunsicherung der Bevölkerung geführt. Um nunmehr zu diesen Ausführungen der Steyrer Bevölkerung eine entsprechende Erklärung abgeben zu können, werden Sie dringend ersucht, der Stadt bekannt zu geben, aufgrund welcher wissenschaftlicher Unterlagen bzw. welcher wissenschaftlicher Forschungsergebnisse diese Erhebung vorgenommen wurde. Weiters wäre die Mitteilung wichtig, auf welchen Zeitraum sich diese Untersuchung erstreckt. Dieses Ansinnen der Stadt werden Sie sicherlich im Hinblick auf einen sauberen Journalismus umgehend erfüllen. Dies besonders aus dem Umstand heraus, daß besonders beim Amt der Oö. Landesregierung als zuständige Behörde für die Luftgüteüberwachung der Stadt Steyr immer wieder bestätigt wird, daß keine Schadstoffe in der Luft vorhanden sind. Da Sie sicher kein Interesse daran haben, daß falsche oder ungenaue Angaben ohne Rücksprache mit der betroffenen Gemeinde abgedruckt werden, die geeignet sind, in der Bevölkerung Besorgnis oder Panik hervorzurufen, werden Sie nochmals ersucht, zur Aufklärung dieser betrüblichen Darstellung beizutragen.

Ich darf um möglichst rasche Erledigung dieses Problems im Namen der Stadt ersuchen.

Soweit meine Mitteilung zu diesem Punkt.

Wir haben hier auch einen Aktenvermerk, den ich auch bekanntgeben möchte. Wir haben mit dem Amtsarzt SR. Dr. Nones diesbezüglich auch Kontakt aufgenommen. Der Amtsarzt Dr. Nones wurde am heutigen Tag über den Artikel des Aktenvermerkes vom 28. März 1988 aus dem Profil Nr. 11 um Auskunft gebeten. Folgende Stellungnahme wurde dazu abgegeben:

In der vorliegenden Liste scheint Steyr bei der Krebsrate der Erkrankung der Atemwege nicht auf, während bei der Liste über Bronchitis, Asthmaerkrankungen Steyr am 3. Rang liegt. Im Vergleich dazu ist die schwer belastete Industriestadt Linz auf den Rängen 12 bzw. 13 gereiht. Dazu ist grundsätzlich zu bemerken, daß Steyr wegen seiner regional schlechten Klimalage, begründet durch den Zusammenfluß von Enns und Steyr, aber auch durch die große Aufspaltung der Flüsse ein zu hartes Klima hat, daß die Erkrankungen der Luftwege, besonders durch Bronchitis, Asthma und Emdisem stark bzw. stärker als anderswo auftreten. Dies ist auch aufgrund der jahrzehntelangen Beobachtungen im Krankenhaus Steyr belegt. Aufgrund der Liste ist erkennbar, daß die ersten drei Krankenhäuser sicher Schwerpunktkrankenhäuser sind, und zuerst festgestellt werden müßte, nach welchen Kriterien und aufgrund welcher wissenschaftlicher Unterlagen ein solches Ergebnis getroffen wurde. Die Luft selbst ist nicht schlecht in Steyr und läßt sich dies durch die Luftmeßergebnisse über die Luftmeßstation des Amtes der Landesregierung nachweisen. Der Bericht aus dem Jahre 1987 beweist dies, weil hier lediglich zwei Überschrei-

tungen der Staubemissionen angeführt werden, wobei für Staub keine Grenzwerte, sondern nur Richtwerte gelten. Ich würde also bitten, daß man in dieser Richtung diese Information zur Kenntnis nimmt. Wir werden über die Ergebnisse und die Mitteilung des Ökologieinstitutes den Gemeinderat entsprechend informieren. Ich hoffe, daß diese Mitteilung bald einlangt.

Soweit meine Mitteilungen. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates darf ich darauf verweisen, daß so wie immer die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Mitglieder des Gemeinderates zugestellt wurden und eine listenmäßige Aufstellung der Einladung beiliegt.

Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen. Hier darf ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Herr Gemeinderat Ing. Spanring wurde bereits angelobt. Durch das Ausscheiden des Kollegen Schlager ist aber auch eine entsprechende Änderung der Ausschüsse notwendig, eine Änderung in der Zusammensetzung. Der entsprechende Antrag lautet:

1) Präs-808/86

Nachfolge des Ing. Dietmar Spanringes in den Gemeinderat der Stadt Steyr;
Änderung in der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 14. April 1988 wird anstelle des Herrn Gemeinderates August Schlager, der mit Erklärung vom 22. 3. 1988 auf sein Gemeinderatsmandat verzichtete, künftighin mit sofortiger Wirkung Herr Gemeinderat Ing. Dietmar Spanring in den gemeinderätlichen Kulturausschuß, den gemeinderätlichen Verkehrsausschuß sowie den Ausschuß für Schule und Sport sowie Jugendangelegenheiten entsandt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wird eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, geht es um Einwendungen unserer Stadt im Interesse der Bevölkerung unserer Stadt gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf.

Der Gemeinderat unserer Stadt, vertreten durch alle politischen Parteien, hat sich schon im Jahre 1986 mit der sich ergebenden potentiellen Bedrohung aus der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf auseinandergesetzt. Die Obmänner aller im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen politischen Parteien haben folgende Resolution gefaßt.

Ich glaube, ich kann mir die Verlesung ersparen, sie ist ja allgemein bekannt. Ich möchte daher den Antrag des Stadtsenates verlesen und Sie bitten, daß Sie diesem Antrag die Zustimmung geben.

2) Präs-563/86

Pol-2801/87

Atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf;
Einwendungen der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Wahrnehmung der Interessen der Bürger der Stadt Steyr, vor allem wegen der Bedrohung von Leben und Gesundheit, Beeinträchtigung der materiellen Existenz und von Vermögenswerten erhebt die Stadt Steyr

- a) gegen die atomrechtliche Genehmigung einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf,
- b) gegen das Vorhaben der DWK, in Wackersdorf im Landkreis Schwandorf eine atomare Wiederaufbereitungsanlage mit Mischoxid-Brennelementfabrik zu errichten und zu betreiben sowie
- c) gegen die beabsichtigte Errichtung und den Betrieb einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennelemente in Wackersdorf Einwendungen an das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen und stellt den Antrag, die Baumaßnahmen zur Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf endgültig einzustellen.

Die Einwendungen werden mit den in den Beilagen A (rotes Formular), Beilagen B (grünes Formular und Beilagen C /gelbes Formular) angeführten Gründen erhärtet.
BEILAGEN

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Zu Wort gemeldet dazu hat sich Kollege Tremml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Unser Bürgermeister Heinrich Schwarz hat bereits in der Antragsbegründung darauf hingewiesen, daß der Gemeinderat der Stadt Steyr bekanntlich bereits schon vor zwei Jahren im Juni 1986 gegen den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf entschieden Protest erhoben hat. Alle fünf Gemeinderatsfraktionen haben sich damals in diesem zitierten Protestschreiben gegen die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage ausgesprochen, das Landeshauptmann Dr. Ratzenböck und dem damaligen Bundeskanzler Dr. Sinowatz durch unseren Bürgermeister Schwarz übermittelt wurde. Als Sprecher der KPÖ-Fraktion verlangte ich die Verhinderung der Atom-Wiederaufbereitungsanlage, da in dieser Atomfabrik der Müll von 18 Atomkraftwerken zu Plutonium verarbeitet werden soll. Durch die grenznahe Situation, es liegt immerhin nur 130 km von der öö. Grenze entfernt und von unserer Stadt 230 km, werden im größten Maß die Interessen unseres Bundeslandes Oberösterreich und damit auch die Bevölkerung der Stadt Steyr berührt. Es ist daher meiner Auffassung nach eine Verpflichtung des Gemeinderates der Stadt Steyr, Einwendung gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zu erheben. Dies gilt umso mehr, als die Herstellung von Plutonium durch die Wiederaufbereitungsanlage in erster Linie der atomaren Rüstung dient und diese stellt die weitausgrößte Gefahr für die Menschheit dar. Unfälle bei der friedlichen Nutzung soll man nicht verniedlichen und möchte ich nicht verniedlichen, stehen aber in keinem Verhältnis zu den Ausmaßen eines nuklearen Krieges, der beim heutigen Stand der Rüstung unweigerlich die Vernichtung der Menschheit zur Folge hätte. Daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates, müssen wir alle gemeinsam mithelfen, den Bau der Atom-Aufbereitungsanlage in Wackersdorf zu verhindern. Bereits jetzt sitzen die Bundesdeutschen auf 2,5 Tonnen Plutonium. Dabei genügen, wie Sie wissen, 7 Kilo für eine Atombombe und wenige Dekagramm können eine Stadt wie unsere Stadt Steyr vergiften. Diese Ziffern sind ja keine Erfindung von mir oder von den Kommunisten, sondern diese gab kürzlich der BRD-Umweltminister Töpfer der Allgemeinheit, der Öffentlichkeit, bekannt.

Die KPÖ-Fraktion stimmt selbstverständlich für den von Bürgermeister Schwarz vortragenen und von den Fraktionsobmännern gemeinsam ausgearbeiteten vorliegenden Antrag, in dem die offiziellen Einwendungen der Stadt Steyr im Interesse ihrer Bewohner gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf dargelegt werden. Obwohl allgemein bekannt ist, daß in den Bundesländern Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und nun auch Wien sowie tausende Privatpersonen in Österreich, wie wir schon im Bericht gehört haben über 2.000 auch in unserer Stadt,

bis heute die Einwendungen gegen die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf erhoben haben, glaube ich ist es notwendig, daß auch die österreichische Bundesregierung beim bayrischen Staatsministerium Protest erhebt oder Einwendungen. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei hat dies mit einem eigenen Antrag mit dem Wortlaut: Durch die Errichtung der geplanten Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf werden die Sicherheit des neutralen Österreichs, Gesundheit und Sicherheit der gesamten Bevölkerung aller Österreicherinnen und Österreicher ernstlich gefährdet.

Die KPÖ stellt aus den genannten Gründen den Antrag, dem Ansuchen der betreibenden Partei - das ist die deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen mit beschränkter Haftung - zur atomrechtlichen Genehmigung einer Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf nicht stattzugeben.

Auch dieser Antrag ist unterzeichnet vom Vorsitzenden Sekretär Silbermayr und auch von meiner Person als Landesobmann.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Regierung wäre im Interesse der Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung in erster Linie dazu verpflichtet, und ich fordere daher von dieser Stelle aus die Bundesregierung auf, endlich im Interesse der Bevölkerung aktiv zu werden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Danke. Nächste Wortmeldung Kollege Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Aufgrund einer Entscheidung des bayrischen Verwaltungsgerichtshofes ist jetzt das atomrechtliche Verfahren für die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zu wiederholen, zu wiederholen weil es vereinfacht ausgedrückt zu sehr unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt wurde. Es bestehen nun wieder für alle jene, die sich betroffen fühlen, Einspruchsrechte. Einspruchsrechte, die wir gerade aus oberösterreichischer Sicht nutzen müssen. Wenn es im Amtsbericht heißt, die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage muß mit allen Mitteln verhindert werden, die Frage der Nutzung der Kernenergie ist zu internationalisieren usw. So möchte ich das nur voll unterstreichen und unterstützen.

Eine solche Anlage, werte Kolleginnen und Kollegen, gefährdet unser Leben, unsere Gesundheit und unser Eigentum. Gerade wir in Steyr haben durch die Katastrophe in Tschernobyl trotz der gewaltigen Entfernung genug abbekommen. Wir gehörten ja zu den am meisten radioaktiv belasteten Gebieten in Österreich. Das Restrisiko bei der Nutzung der Kernenergie ist einfach zu groß. Ich hoffe auch, es haben schon sehr viele Bürger von der Möglichkeit des Einspruchsrechtes Gebrauch gemacht, wie wir von Bürgermeister Schwarz gehört haben, waren es bis heute vormittag rund 2.800. Einwendungen können noch bis zum 22. April im Haus geltend gemacht werden in der Auskunftsstelle im Rathaus während der Parteienverkehrszeiten, aber auch in der Volkshochschule während der Kurszeiten und in der Zentralbücherei während der Öffnungszeiten.

Gerade auch der Absturz einer französischen Mirage vor ca. zwei Wochen in unmittelbarer Nähe des bayrischen Atomkraftwerkes OHU muß uns wieder vor Augen geführt haben, trotz sofortiger Beschwichtigungen des bayrischen Innenministeriums, daß keine Gefahr bestanden habe. Die beiden Blöcke des Kernkraftwerkes seien gegen einen Flugzeugabsturz gesichert. Das muß uns aber trotzdem wieder vor Augen geführt haben, wie schnell sich eine Atomkatastrophe, diesmal aber in unserer unmittelbaren Grenznähe, wiederholen kann.

Hoffentlich, werte Kolleginnen und Kollegen, hat es nun auch der letzte Atomkraftgläubige begriffen, entweder wir schaffen die Atomkraft ab oder die Atomkraft schafft uns ab.

Noch ein Wort zu Kollegen Treml. Die Frau Bundesminister Fleming ist schon vorgesprochen, wie ich heute gehört habe im Mittagsjournal, sie hat schon Einwendungen gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf erhoben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Da ja auch die differenzierte und distanzierte Haltung der freiheitlichen Partei zur Nutzung der Kernenergie in allen ihren Bereichen bekannt ist und sich auch herausgestellt hat, daß diese Haltung richtig war und ist, brauche ich, so glaube ich, bei diesem Thema gar nicht so sehr ins Detail zu gehen. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß ich bereits 1986 die Idee unterstützt habe, daß nicht nur die Fraktionsobmänner, sondern der gesamte Gemeinderat eine Resolution gegen die Inbetriebnahme und Errichtung von Wackersdorf verabschieden sollte, um diesem Anliegen mehr Gewicht zu verleihen.
Nun, meine Damen und Herren, war es damals - aus welchen Gründen immer - noch nicht möglich, heute aber ist es soweit. Der Gemeinderat der Stadt Steyr wird in seiner Gesamtheit eine Resolution gegen die Errichtung dieser Atomfabrik in Wackersdorf verabschieden, weil er sich der Gefahr und Problematik offensichtlich bewußt ist, die auf uns alle da zukommen soll. Allerdings, meine Damen und Herren, sehe ich es auch als Verpflichtung jedes einzelnen Gemeinderates an, nicht nur hier, sondern in aller Öffentlichkeit dagegen aufzutreten, denn je mehr Menschen jetzt noch Einwendungen gegen die Inbetriebnahme dieser Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf einbringen, desto größer wird die Chance, daß wir diese Gefahr nicht nur unserer Generation, sondern vor allen Dingen der uns nachfolgenden Generation ersparen können. Helfen wir daher gemeinsam zusammen, diese Gefahr von uns allen abzuwenden.
In diesem Sinne, meine Damen und Herren, werde ich selbstverständlich namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion diesem Antrag die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Danke. Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der GAL Steyr war es schon immer ein besonderes Anliegen, daß man eine Resolution gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf hier beschließen möge. Im Jahre 1986 hatten sich die Obmänner der Fraktionen zusammengesetzt und eine gemeinsame Resolution ausgearbeitet. Damals hatte ich schon aufgerufen, daß man den Gemeinderat dazu bevollmächtigt, einen Einwand gegen Wackersdorf zu beschließen. Zwei Jahre später ist es nun so weit. Wahrscheinlich ist es der Druck der Öffentlichkeit, der Druck der Grünen, daß man solche Resolutionen verfassen muß.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Die Möglichkeit des Einspruchsrechtes besteht ja erst jetzt!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das ist richtig, Kollege Spöck. Man hat aber auch schon im Jahre 1986 die Möglichkeit gehabt, Beschlüsse gegen Wackersdorf zu fällen. Es gibt in Oberösterreich bereits 20 oder 30 Gemeinden, die damals, also 1986, schon Beschlüsse des Gemeinderates gefällt haben. Inzwischen ist es so, daß viele Bundesländer - sie wurden bereits angeführt - Vorarlberg, Oberösterreich, Salzburg, Einwände gebracht hatten und Steyr hinkt hier ein bißchen nach. Wir sind keine Spitzenreiter in der Verhinderung der Atomwiederaufbereitungsanlage, sondern wir haben im nachhinein das vollzogen, was viele andere Gemeinden schon vor Jahren gemacht haben.

1986, als wir diese Fraktionsobmännerbesprechung hatten und anschließend diesen Brief abgeschickt haben, stand im ersten Punkt die Errichtung der Wiederaufbe-

reitungsanlage in Wackersdorf muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden. Inzwischen sind zwei Jahre vergangen und in diesen zwei Jahren hat die Gemeinde keine konkrete Aktion zur Aufklärung der Bevölkerung gesetzt. Stadtrat Pimsl hat es vernachlässigt, hier durch seine Tätigkeit als Umweltschutzreferent, als Umweltschutzsprecher die Bevölkerung in ihrem Bewußtsein so weit zu heben, damit man die Gefahren wirklich erkennen kann. Mir zeigt es auch eindeutig, daß 2.148 Einwendungen bis jetzt unterschrieben wurden, daß die Bevölkerung nicht oder nur sehr wenig informiert war. Denn 2.148 heißt, etwa 2.000 Grüne in Steyr, mehr nicht.

Verschiedene Zwischenrufe

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich bin der Auffassung, daß es nicht darüber hinaus gehen soll, nur mehr einen Teil der Bevölkerung hier anzusprechen, sondern man muß vor allen auch in den politischen Parteien sehr klar machen, um welche Bedrohung es sich hier handelt. Es darf sich nicht um eine Alibiaktion handeln, weil eben Steyr so weit hinten ist, so lange gebraucht hat, bis sie einen Gemeinderatsbeschluß zusammenbringt. Und der wird jetzt auf Druck der Öffentlichkeit vollzogen. Man kann den Steyrer Bürgern nicht zumuten, daß sie immer nur glauben, jetzt haben die Großparteien auch unterschrieben, die besitzen eben auch das schöne Grünmäntelchen und damit genügt es. Ich glaube, es muß einen Schritt weitergehen und diese Aufklärungsarbeit, diese Bewußtseinsbildung gehört ständig vorangetrieben. Vor allem in einer so kleinen und bedrohten Gemeinde wie Steyr ist es unbedingt notwendig, daß man einige Aktionen durch das Amtsblatt, durch irgendwelche Veranstaltungen von der Gemeinde her unternimmt, damit der Bürger doch eher die Gefahr einsieht. Ich war vor ca. einem Jahr in Wackersdorf, habe mir persönlich die Situation angeschaut und ich war erschüttert, mit welcher Härte hier vorgegangen wird, um diese Anlage vollenden zu können.

Ein Bekannter von mir, der dort mitdemonstriert hat, hat für mich eine sehr entscheidende Aussage gemacht. Wer es jetzt noch nicht geschnallt hat, wieviel Gift hier gefressen wird, dem ist nicht mehr zu helfen. Wenn man sich vorstellt, daß diese atomare Wiederaufbereitungsanlage ständig Blutonium in sehr geringem Ausmaß aber doch Blutonium freisetzt, so ist das mit keinem anderen Atomkraftwerk zu vergleichen. Wenn auch das Atomkraftwerk bei einer Katastrophe wie Tschernovyl unheimliche Probleme mit sich bringt, so ist die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf doch bei weitem gefährlicher als jedes Kraftwerk. Wenn man heute 70 Jahre ist und man hat zwei Weltkriege hinter sich gebracht, so kann schon so mancher sagen, was erschüttert mich das, ich habe eine Lebenserfahrung von zwei Weltkriegen hinter mir. Die Problematik ist so neu und für viele Leute so wenig sichtbar, denn erst mit einem Geigenzähler ist es möglich, festzustellen, ob Lebensmittel oder Boden und Luft verunreinigt sind. Die meisten dieser Leute wissen sehr wenig von einem Geigerzähler und sehr sehr wenig von den radioaktiven Strahlen. Wenn man hier keine Bewußtseinsbildung macht, so macht man sich mitschuldig, wenn die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf errichtet wird und dann anschließend jeder Österreicher von dieser radioaktiven Belastung berührt wird. Die meisten jungen Leute erkennen diese Problematik weit früher. Das heißt vielleicht auch, die haben vielleicht schon in der Schule so manches gehört oder sie haben ein Studium hinter sich, wo eben ausführlich über diese Problematik gesprochen wurde. Wenn man sich heute ansieht, die Protestbewegung besteht hauptsächlich aus jungen Menschen und gerade diese jungen Menschen, die auch noch andere schwere Nüsse zu knacken haben - die Arbeitslosigkeit z. B. - gerade die werden dann in ein Eck gerückt, wo man in der Öffentlichkeit schlechthin oder auch hier sagt, na ja die ewigen Demonstrierer, die sollen lieber arbeiten gehen. Darum mein Anliegen an Sie, Herr Bürgermeister, an den Gemeinderat bzw. an die politischen Parteien,

doch mehr Bewußtseinsbildung zu machen, mehr zu informieren, die Leute objektiv zu informieren, was hier wirklich dahinter steht.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es zu diesem Antrag noch eine Wortmeldung? Keine Wortmeldung, ich bitte den Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Nachdem sich alle Fraktionen positiv zu diesem Antrag ausgesprochen haben, fällt mir auch die Antwort verhältnismäßig leicht. Eine Korrektur muß ich vornehmen. Die statistische Auswertung der Unterschriften wird erst in der nächsten Sitzung des Gemeinderates vorliegen und bekanntgegeben werden können, weil eben die Zeit noch läuft.

Ich möchte aber eines sagen, daß es bis jetzt insgesamt 2.800 sind, allerdings einschränkend dazu möchte ich sagen, es ist so, daß bei vielen Unterschreibern alle 3 Formulare ausgefüllt wurden. Es wurden also in etwa 1.500 Personen hier vorstellig, die unterschrieben haben. Das möchte ich sagen. Ich glaube aber, daß die heutige Sitzung sicher dazu beiträgt, wenn die entsprechenden Berichte in den Medien sind, daß die Bevölkerung von dieser Möglichkeit bis zum Montag noch entsprechend Gebrauch macht. Ich möchte auch einen Satz zu Kollegen Ramoser sagen. Er sagt, die ganze Sache ist unter dem Druck der Grünen zustande gekommen, da muß ich ihm widersprechen. Ich glaube, das Thema ist zu ernst, als daß man sich daraus ein politisches Süppchen kochen sollte. Wir alle sind besorgt und besonders Ereignisse wie Tschernobyl haben hier einen Meinungsumschwung zur Folge gehabt und nicht zuletzt hat sich auch die Gesetzeslage oder durch den Spruch des Verfassungsgerichtshofes in Deutschland hat sich die Möglichkeit ergeben. Wir haben ja damals eine Resolution beschlossen, alle Parteien gemeinsam haben an alle Stellen, die zuständig sind, unserer Meinung nach zuständig sind, appelliert. Ich glaube, daß es das wichtigste ist, daß es uns gelingt, dieses Problem zu internationalisieren. Das ist ja ein ganz wichtiges Thema, eine grundsätzliche Frage und dieses Internationalisieren kann nicht nur von einer Gemeinde ausgehen, sondern diese Dinge müssen von der Bundesregierung, von der Landesregierung, von den Regierungen wahrgenommen werden und darauf haben wir bereits im Jahre 1986 Bezug genommen und auch die entsprechenden Antworten erhalten. Ich habe mich deswegen über die Entwicklung nicht besonders verbreitert, weil ich annehmen darf, daß hier die Umstände bekannt sind. Wir haben auch in den Medien immer wieder darüber berichtet und es nicht so, daß wir das totsichweigen, stillschweigen oder nichts tun. Das muß ich zurückweisen, das stimmt einfach nicht.

Ich möchte auch ausdrücklich sagen, daß es der Sache nicht dient, wenn man hier sagt, es sind 2.800 Grüne, die dort unterschrieben haben, sondern dort haben alle unterschrieben. Ich glaube, wenn man in der Richtung argumentiert, dient man der Sache nicht, sondern es sollten alle sich dazu bekennen, alle Steyrerinnen und Steyrer und darüber hinaus, also alle, die wir erreichen können. Nur so ist es möglich, daß wir wirklich Erfolg haben, wenn jeder Einzelne zu diesen Dingen steht. Ich danke für die positive Zusage, die Abstimmung ist noch nicht durchgeführt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Bürgermeister für sein Schlußwort. In Anbetracht der Bedeutung dieses Antrages bitte ich als Zeichen der Zustimmung die Hand zu heben? Danke. Die Gegenprobe erübrigt sich. Ich darf die einstimmige Annahme feststellen. Ich bitte den Bürgermeister um die weitere Berichterstattung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie ersuchen um die Zustimmung zur Gewährung von Subventionen an Steyrer Sportvereine im Jahre 1988. Aufgrund der im Jahre 1984 erstellten Subventionsliste zur Durchführung der laufenden Sportbetriebe wurde eine

jährliche Barsubvention in Höhe von S 660.000,- bisher ausgeschüttet. Für die Flüssigmachung der Höhe der Subventionen werden weitgehend die Mitgliederzahl, die sportliche Aktivität im Breiten- und Spitzensport, die Wettkampferfolge sowie die Nachwuchsarbeit der Vereine herangezogen. Die Liste umfaßt einschließlich der drei Dachverbände 41 Vereine. Aufgrund der finanziellen Lage - wir haben darüber bereits in der Budgetsitzung gesprochen - sind die Ermessensausgaben im Jahr 1988 um ca. 10 Prozent zu kürzen. Zur Auszahlung der Subventionen wird daher heuer ein Betrag in Höhe von S 607.200,- vorgeschlagen.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

3) Ha-942/88

Gewährung von Subventionen an Steyrer Sportvereine im Jahr 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

An die in der Beilage angeführten Steyrer Sportvereine und -verbände werden im Jahr 1988 die in der Folge angeführten Einzelsubventionen im Gesamtbetrag von S 607.200,- (sechshundertsiebentausendzweihundert)

gewährt. Der genannte Betrag wird bei der VSt. 1/2690/757000.9 freigegeben. Sämtliche Subventionen sind zur Gänze im Mai dieses Jahres auszuzahlen. (BEILAGE)

Ich glaube, ich kann mir die Aufzählung der Sportvereine, die im Anhang angeführt sind, ersparen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es zu diesem Antrag eine gegenteilige Meinung? Gibt es eine Stimmenthaltung? Entschuldigung, ich sehe eine Wortmeldung. Bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Lieber Gemeinderat, es ist vollkommen klar, daß die Subventionsanträge der Steyrer Vereine zum Teil sehr berechtigt sind. Nur wenn sich die Stadt in einer so schwierigen finanziellen Notlage befindet wie jetzt, wobei man im Jahre 1987 mit größter Mühe das Budget abdecken konnte, so finde ich, daß man versuchen sollte, hier größere Kürzungen durchzuführen. Ich bin mit einer 10 prozentigen Kürzung nicht einverstanden. Man sollte auch den Sportvereinen klarmachen, wie kritisch die Situation ist in Steyr, daß eben diese Sportvereine auch aufgrund unserer finanziellen Lage eine größere Kürzung hinnehmen müssen.

GEMEINDERAT FRANZ ENÖCKL:

Sie kennen sich aber wirklich nicht aus.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich kann mir gut vorstellen, daß jeder Steyrer Sportverein eine 20prozentige Kürzung dieser Subventionsmittel leicht verkraften könnte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich frage, ob noch jemand eine Wortmeldung wünscht? Das ist nicht der Fall, ich bitte um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ganz kurz nur dazu. Ich glaube, jeder, der unsere Sportorganisationen und Sportvereine kennt weiß, mit welchen Schwierigkeiten und welchen Sorgen jeder einzelne Verein zu kämpfen hat. Es ist sicherlich ein Opfer, das hier verlangt wird, daß 10prozentige Kürzungen eintreten. Ich glaube, daß diese Ausgabe global gesehen auch ein wesentlicher Beitrag zur Gemeinschaftspflege allgemein ist. Man sollte hier sehr vorsichtig zu Werke gehen, wenn Kürzungen durchgeführt werden. Ich glaube, daß in diesem Maß das durchaus gerechtfertigt ist und die Vereine die Abgänge,

die sie durch den Ausfall an Subventionen haben, ohnehin auf andere Weise wieder hereinbringen müssen. Das wird gar nicht so einfach sein. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt gegen diesen Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall, dann darf ich einstimmige Annahme feststellen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen nun sechs Anträge vorzutragen, die Ehrungen von verdienten Persönlichkeiten umfassen. Ich bitte, wenn der Vorsitzende nichts einzuwenden hat, daß ich mir den Vortrag der einzelnen Amtsberichte ersparen kann. Ich darf darauf hinweisen, daß wir in einer Fraktionsobmännerbesprechung über diese Ehrungen verhandelt haben, daß grundsätzlich keine Einwendungen vorgebracht wurden, daß die Fraktionsobmänner mit der Ehrung dieser Persönlichkeiten einverstanden waren. Es handelt sich in vier Fällen darum, daß sie sich große Verdienste beim Zustandekommen der Landesausstellung 1987 und des Museums Arbeitswelt erworben haben. Darüber hinaus sind es zwei weitere, die auf wirtschaftlichem Gebiet maßgeblich mitgewirkt haben, daß Steyr einen entsprechenden Namen hat. Ich möchte mich daher auf die Verlesung der Namen beschränken. Es handelt sich um die Verleihung der Ehrenmedaille an Herrn Universitätsprofessor Dr. Rudolf Kropf, Herrn Universitätsprofessor Dr. Josef Weidenholzer, Herrn Gottfried Haider, Herrn Hans Hoffer, Direktor-Stellvertreter i. R. Dipl. Ing. Werner Mülleder und Herrn Direktor-Stellvertreter i. R. Ing. Franz Salzner.

4) Präs-86/88

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an
Herrn Univ. Prof. Dr. Rudolf Kropf.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des § 5, Abs. 1, Stadtstatut, in Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zl. K-4985/70, Gemeinderatsbeschluß vom 17. 2. 1972, wird Herrn Universitätsprofessor Dr. Rudolf Kropf in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für die wissenschaftliche Leitung der Oö. Landesausstellung 1987 "Arbeit - Mensch - Maschine" und des neuen "Museums Arbeitswelt", die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen. Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten: "Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für die wissenschaftliche Leitung der Oö. Landesausstellung 1987 "Arbeit - Mensch - Maschine" und des neuen "Museums Arbeitswelt".

5) Präs-81/88

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an
Herrn Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des § 5, Abs. 1, Stadtstatut, in Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zl. K-4985/70, Gemeinderatsbeschluß vom 17. 2. 1972, wird Herrn Universitätsprofessor Dr. Josef Weidenholzer in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein Wirken um die Errichtung des "Museums Arbeitswelt" in Steyr, die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten: "Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein Wirken um die Errichtung des "Museums Arbeitswelt" in Steyr.

6) Präs-82/88

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an
Herrn Gottfried Haider.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des § 5, Abs. 1, Stadtstatut, in Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zl. K-4985/70, Gemeinderatsbeschuß vom 17. 2. 1972, wird Herrn Gottfried Haider in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein unermüdliches erfolgreiches Wirken um die Gründung des "Museums Arbeitswelt" in Steyr, die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten:
"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein unermüdliches erfolgreiches Wirken um die Gründung des "Museums Arbeitswelt" in Steyr.

7) Präs-83/88

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an
Herrn Hans Hoffer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des § 5, Abs. 1, Stadtstatut, in Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zl. K-4985/70, Gemeinderatsbeschuß vom 17. 2. 1972, wird Herrn Hans Hoffer in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für die Inszenierung und Gestaltung der Oö. Landesausstellung 1987 "Arbeit - Mensch - Maschine" und des neuen "Museums Arbeitswelt" die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten:
"die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für die Inszenierung und Gestaltung der Oö. Landesausstellung 1987 "Arbeit - Mensch - Maschine" und des neuen "Museums Arbeitswelt".

8) Präs-84/88

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an
Herrn Dir. Stv. i. R. Dipl. Ing. Werner Mülleder.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des § 5, Abs. 1 Stadtstatut, im Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zl. K-4985/70, Gemeinderatsbeschuß vom 17. 2. 1972, wird Herrn Direktor-Stellvertreter i. R. Dipl. Ing. Werner Mülleder in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein langjähriges erfolgreiches Wirken um die Weiterentwicklung der Lkw-Produktion der Steyr-Daimler-Puch AG, die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten:
"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein langjähriges erfolgreiches Wirken um die Weiterentwicklung der Lkw-Produktion der Steyr-Daimler-Puch AG."

9) Präs-85/88

Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an
Herrn Dir. Stv. i. R. Ing. Franz Salzner.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des § 5, Abs. 1, Stadtstatut, in Zusammenhalt mit den Richtlinien für die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr, Zl. K-4985/70, Gemeinderatsbeschuß vom 17. 2. 1972, wird Herrn Ing. Franz Salzner in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein langjähriges entscheidendes Wirken um die Entwicklung der Steyr- Traktoren und Landmaschinen, die Ehrenmedaille der Stadt Steyr verliehen.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr soll lauten:
"Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Steyr, im besonderen für sein langjähriges entscheidendes Wirken um die Entwicklung der Steyr-Traktoren und Landmaschinen."

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie sind, wie ich annehmen darf, mit der Vorgangsweise einverstanden, daß die Berichterstattung über alle Ehrungen in einem gemacht wurde.

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Wenn Sie mit der Ehrung dieser sechs Personen einverstanden sind, bitte ich Sie zum Zeichen der Zustimmung um Handhebung? Danke. Ich sehe jetzt schon die Einstimmigkeit. Danke.

Ich danke unserem Bürgermeister für seine Berichterstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich ersuche gleich Kollegen Wippersberger um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Der erste meiner drei Anträge beinhaltet die Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Finanzjahr 1987 im Gesamtausmaß von S 7,434.000,-. Sie haben die Liste erhalten, aus der die genaue Aufstellung ersehen können, für welche Zwecke die Überschreitungen waren. Ich möchte auch darauf verweisen, daß der größte Brocken darunter die Landesumlage war. Wir haben bekanntlich beim Haushaltsvoranschlag 1987 für die Landesumlage eine Summe von 22 Millionen Schilling seinerzeit eingesetzt und haben dann im Nachtragsvoranschlag aufgrund der schlechter werdenden Finanz- und Wirtschaftslage diese Summe auf 17 Millionen reduziert weil wir glaubten, damit das Auslangen zu finden. Es hat sich aber herausgestellt, daß wir doch mehr als Landesumlage zu bezahlen hatten, nämlich 18,343.337,- Schilling. Das ist, wie gesagt, der größte Brocken bei diesen Überschreitungen.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

10) Buch-7100/87

Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter
Ausgabenkredite im Finanzjahr 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Anlage angeführten Überschreitungen von Ausgabenkrediten des Voranschlags (inkl. Nachtragsvoranschlag) 1987 von insgesamt S 7,434.000,- werden genehmigt. (BEILAGE)

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bei diesem Antrag mit dem Titel "Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite im Finanzjahr 1987" geht es so wie beim Nachtragsvoranschlag als auch beim Rechnungsabschluß um jährlich wiederkehrende Mehrausgaben entgegen dem beschlossenen Budget des entsprechenden Rechnungsjahres. Dies veranlaßt mich dazu, gibt mir aber auch die Möglichkeit, mich in meinen Ausführungen relativ kurz zu halten, weil erst der Rechnungsabschluß einen endgültigen Überblick über eine Beurteilung im Detail ermöglicht. Geändert hat sich jedenfalls die Zahl der Überschreitungen gegenüber 1986. Waren es in diesem Jahr insgesamt 12,52 Millionen Schilling, sind es beim heutigen Antrag 7,434.000 Schilling.

Dies, meine Damen und Herren, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verschuldung unserer Stadt ständig im Ansteigen begriffen ist und laut Voranschlag 1988 trotz aller möglichen Umschichtungen vom ordentlichen in den außerordentlichen Haushalt bereits 566 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt ausmachen. 32,4 Millionen Schilling konnten erstmals überhaupt nicht abgedeckt werden. Dies bedeutet ein Loch im Budget, ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammengezählt, von insgesamt fast 100 Millionen Schilling. Das bedeutet weiter eine Pro-Kopf-Verschuldung von 14.800 Schilling. So gesehen sind daher so manche Mehrausgaben im Jahre 1987 zu viel und wären zum Teil vermeidbar gewesen. Gerade jene Ausgabenpositionen, wie Repräsentationen, Ausgaben für das Amtsblatt, Ausgaben für den Gemeinderat, Stadtratspensionen, um nur einige zu nennen, deren Höhe uns veranlaßt hat, das Budget 1987 abzulehnen, wurden wieder ausgeweitet. Natürlich schlagen sich die höheren Kosten bei der Müllbeseitigung von S 1,102.000,-, die höheren Zahlungen von S 1,343.000,- an das Land - der Herr Finanzreferent hat bereits darauf hingewiesen - so wie die Mehrausgaben bei Strom in Höhe von fast S 500.000,- sowie die Mehrausgaben in mehreren sozialen Bereichen entsprechend nieder. Bei allem Verständnis für nicht vorhersehbare Ausgaben können wir jedoch den Ausgaben und Ausweitungen in den vorhin kritisierten Bereichen kein Verständnis entgegenbringen. Da es so wie beim Budget nicht möglich ist, über vorliegende Positionen im einzelnen abzustimmen, kann ich dem vorliegenden Antrag namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Zu den Ausführungen des Kollegen Eichhübl darf ich feststellen, er hat es ja selbst bereits erwähnt, es ist ein Beweis dafür, daß wir im letzten Jahr wesentlich präziser und genauer gearbeitet haben, weil im Vergleich zum letzten Jahr diese Überschreitungen nicht mehr als 12 Millionen, sondern nur etwas mehr als 7 Millionen ausmachen. Das möchte ich hier besonders unterstreichen und auch dem Rechnungsdirektor für seine Arbeit herzlich danken. Ich glaube, es ist eine gute Arbeit geleistet worden. Wir werden im Detail beim Rechnungsabschluß für das Jahr 1987, der uns in wenigen Wochen unterbreitet wird, uns noch damit befassen und können dann noch, wenn notwendig, Aufklärung geben.

Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt bitte ich Herrn Bürgermeister, die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Ist jemand dagegen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (FPÖ) und 1 Stimmenthaltung (GAL) beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Jahressubvention für die Bezirksstelle Steyr-Stadt des Roten Kreuzes für 1988. Es handelt sich um einen Antrag des Stadtsenates mit dem Wortlaut:

11) Ha-1874/88

Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt;
Jahressubvention 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 15. 3. 1988 wird dem Österr. Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, für das Jahr 1988 eine Subvention in der Höhe von S 467.304,- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 467.400,-- (vierhundertsebenundsechzigtausend-
vierhundert)
werden bei der VS t 1/5300/757000.2 freigegeben.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein dritter und letzter Antrag, den ich Ihnen zu unterbreiten habe, behandelt eine Subvention an die Personalvertretung des Magistrates für 1988 zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben. Insgesamt ist so wie im letzten Jahr eine Summe von S 360.000,- vorgesehen. Der einzige Unterschied besteht darin, daß diese Summe nicht auf einmal, sondern in zwei Raten, und zwar am 15. April und am 15. August zur Auszahlung gelangen soll.

Der Antrag des Stadtsenates hat folgenden Wortlaut:

12) Präs-282/88

Personalvertretung des Magistrates Steyr; Subvention 1988 zur
Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 28. 3. 1988 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben eine Subvention für das Jahr 1988 im Ausmaß von
S 360.000,-- (dreihundertsechzigtausend)

gewährt.

Der Betrag wird bei der VSt 1/0949/757000.0 freigegeben und ist in zwei gleichen Raten, und zwar am 15. 4. und am 15. 8. 1988, zur Auszahlung zu bringen.

Auch hier darf ich um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich hätte nur eine Frage und ersuche, daß ich das gleich vom Platz aus tun darf. Nachdem der Gemeinderatsbeschluß vom 2. 7. 1987 zitiert wurde und in diesem Beschluß S 345.000,- im Amtsbericht abzulesen waren, stelle ich die Frage, warum diese Subvention diesmal um S 15.000,- höher ist?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich kann das im Moment nicht aufklären, momentan bin ich überfragt. Ich habe angenommen, es war die gleiche Summe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Danke, der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke für die Berichterstattung. Nächster ist Kollege Holub.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe heute zwei Anträge vorzutragen, die im weiteren Sinn doch in Zusammenhang stehen. Zum ersten eine außerordentliche Unterstützung an den Fremdenverkehrsver-

band Steyr zur Gewährung einer außerordentlichen Subvention von S 200.000,- zur Bedeckung verschiedener Ausgaben, die der Fremdenverkehrsverband Steyr außerordentlich zu leisten hat. Vor allen Dingen betrifft es auch die Abfertigung für den ausscheidenden Geschäftsführer, die Fremdenverkehrsstudie zur Ermöglichung der weiteren Fremdenverkehrsarbeit und einige Insertionskosten, die dem Verband zugekommen sind. Es wird Ihnen vorgeschlagen, dieser Subventionsgebung von S 200.000,- die Zustimmung zu erteilen, worum auch ich Sie sehr herzlich bitte. Ich möchte gleichzeitig noch dazu sagen, daß der Fremdenverkehrsverband selbst eine sehr bedeutende Erhöhung der Interessentenbeiträge beschlossen hat, so daß also die Bestreitung der steigenden Aufwendungen des Fremdenverkehrsverbandes nicht nur von der Stadt Steyr erfolgt, sondern auch von der Wirtschaft hier in der Stadt, und zwar in sehr hohem Ausmaß. Wir alle, nicht nur wir im Gemeinderat, sondern auch die Wirtschaft in der Stadt erhoffen uns von der Steigerung des Fremdenverkehrsbetriebes in Steyr doch wertvolle Impulse gerade in der allgemeinen wirtschaftlich schwierigen Situation, wie sie sich jetzt darstellt. Der Antrag lautet:

13) Ha-1767/88

Fremdenverkehrsverband Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 14. 3. 1988 wird dem Fremdenverkehrsverband Steyr letztmalig eine außerordentliche Subvention in der Höhe von S 200.000,- gewährt. Gleichzeitig wird festgehalten, daß hiemit auch alle Ansprüche des Verbandes hinsichtlich der Abfertigung für den bisherigen Geschäftsführer Walter Gilly abgedeckt sind.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 200.000,-- (Schilling zweihunderttausend)

bei der VSt 1/7710/757000.0 bewilligt.

Die beantragte Ausgabe in Höhe von S 200.000,- ist derzeit nicht gedeckt. Sie führt zu einer Erhöhung des präliminierten Abganges.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen zu diesem Antrag? Keine. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen?

Der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der zweite Antrag dokumentiert die vorbildliche Haltung der Stadt Steyr hinsichtlich der Denkmalpflege und korrespondiert mit dem ersten in der ideellen Hinsicht, daß durch die Restaurierung von altem Hausbestand bzw. durch die Wiederherstellung von Baudenkmalen der Fremdenverkehrsreiz für unsere Stadt wesentlich gesteigert wird. So bitte ich Sie auch, den Antrag vor allen Dingen mit zu sehen und nicht nur aus der sachlichen Begründung, daß durch die Vorleistung, die Sie, wenn Sie zustimmen, in das gigantische Restaurierungsvorhaben Pfarrkirche St. Michael leisten, dieses Restaurierungsvorhaben erst möglich wird, weil durch die Leistung der Stadt auch das Finanzierungsübereinkommen mit den anderen Subventionsgebern ermöglicht wird. Der Antrag lautet:

14) Ha-7457/86

Pfarrkirche St. Michael; Innenrestaurierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 28. 3. 1988 wird für die Restaurierung der Pfarrkirche St. Michael ein Gesamtbetrag von S 4.000.000,- als Beitrag der Stadt Steyr geleistet. Abzüglich der bereits im Jahr 1987 erbrachten Vorleistung von S 400.000,- verbleibt ein Betrag von S 3.600.000,-, der sich wie folgt auf die nächsten Finanzjahre aufteilt:

1988 - S 1,200.000,--
1989 - S 800.000,--
1990 - S 800.000,--
1991 - S 800.000,--

Die Ausbezahlung der Teilbeträge für 1989, 1990 und 1991 in Höhe von je S 800.000 bleibt gesonderten Beschlüssen des nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständigen Organes vorbehalten und wird davon abhängig gemacht, daß auch die übrigen Finanzierungspartner Bund, Land, Pfarre und Diözesanfinanzkammer ihren Finanzierungsanteil in voller Höhe leisten und daß das Budget der Stadt Steyr eine Flüssigmachung des vorgesehenen Betrages von je S 800.000,-- zuläßt.

Für das Jahr 1988 wird somit der Betrag von
S 1,200.000,-- (eine Million zweihunderttausend)
bei der VSt 5/3630/777100.9 freigegeben.

Ich bitte Sie um Zustimmung, damit dieses wirklich sehr beherrschende Bauwerk in der Stadt mit seiner uns allen bekannten Schönheit tatsächlich auch wieder hergestellt werden kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke für die Bereichte. Nächster Berichterstatter ist Kollegin Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe Ihnen einen Antrag vorzulegen. Er betrifft den Umbau im Zentralaltersheim, die Inangriffnahme der 3. Bauetappe. Der Antrag lautet:

15) Bau5-3981/86

Umbau Zentralaltersheim - 3. Bauetappe , 2. Teil;
Vergabe von Arbeiten und Mittelfreigabe.

Der gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 22. 3. 1988 werden in Weiterführung des Umbaues des Zentralaltersheimes zur Inangriffnahme der 3. Bauetappe, 2. Teil, folgende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten: Fa. Hamberger, Steyr, zum Preise von S 583.942,50 exkl. MWSt.

2. Heizungs- und Sanitärinstallation: Fa. Haas, Steyr, zum
Preise von S 324.195,80 exkl.
MWSt.

3. Elektroinstallation: Fa. Elektrobau-AG, Steyr, zum
Preise von S 388.413,-- exkl.
MWSt.

4. Kunststoffenster: Fa. Reform, Steyr, zum Preise von S 413.306,-- exkl.
MWSt.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von
S 1,710.000,-- (eine Million siebenhundertzehntausend)
bei VSt 5/4200/010170.0 freigegeben.

Im Interesse unserer älteren Mitbürger ersuche ich Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen

den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist angenommen.
Ich danke Kollegin Ehrenhuber. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren, der erste Akt betrifft die Installierung einer Verkehrslichtsignalanlage Kreuzung Kaserngasse - Rooseveltstraße. Ich glaube, es ist unumstritten, daß das eine Kreuzung ist, die schon lange verampelt gehört.
Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

16) VerkR-7171/86

Kreuzung Kaserngasse - Rooseveltstraße;
Errichtung einer Verkehrslichtsignalanlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 7. 3. 1988 werden im Zusammenhang mit der Errichtung einer Verkehrslichtsignalanlage bei der Kreuzung Kaserngasse - Rooseveltstraße folgende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten: Fa. Beer & Janischofsky, Steyr, zum
Preise von S 106.363,- inkl. MWSt.
2. Elektromontagearbeiten: Fa. Elektro-Bau AG, Steyr
zum Preise von S 359.035,80 inkl. MWSt.
3. Steuergeräteelieferung: Fa. Elektro-Bau AG,
Steyr, zum Preise von S 350.887,20 inkl. MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 818.000,- (achthundertachtzehntausend)
werden bei der VSt 5/8160/050040.8 freigegeben.

Ich ersuche um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortemldungen dazu sehe ich keine. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Akt beinhaltet den Ausbau der Steiner Straße - Klosterstraße, den 4. Bauabschnitt. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

17) Bau3-1240/81

Ausbau Steiner Straße - Klosterstraße; 4. Bauabschnitt; Ergänzung der
GR-Beschlüsse vom 2. 7. 1987 und 5. 11. 1987.

Der gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 2. 7. 1987 wurde der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten für den 4. Bauabschnitt des Bauloses Steiner Straße - Klosterstraße an die Fa. Zwettler Bau-GesmbH, Steyr, zum Preise von S 3,846.847,80 inkl. MWSt. übertragen und für das Rechnungsjahr 1987 Mittel im Ausmaß von S 2,580.000,- freigegeben.

Mit GR-Beschluß vom 5. 11. 1987 wurde dieser Beschluß dahingehend abgeändert, daß sich der bauabschnitt für das Rechnungsjahr 1987 auf S 1,512.146,86 inkl. MWSt. verringert.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 1. 3. 1988 wird nunmehr einer Auftrags-erweiterung um S 211.798,- inkl. MWSt. zugestimmt. Gleichzeitig werden die für die Baurate 1988 erforderlichen Mittel in der Höhe von S 2,137.698,94 inkl. MWSt. freigegeben.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 2,138.000,- (zwei Millionen einhundertachtunddreißig-
tausend)

werden bei der VSt 5/6120/002190.6 freigegeben.
Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Auch nicht der Fall, daher Einstimmigkeit.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Der letzte Antrag betrifft die Brennstoffaktion 1988 für einkommensschwache Personengruppen. Der Antrag lautet:

18) SH-990/88

Einkommensschwache Personengruppen; Brennstoffaktion 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1988 wird der Betrag von
S 800.000,-- (achthunderttausend)

aus den bei der VSt 1/4291/40300.2 präliminierten Mitteln freigegeben.

Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. V vom 22. 3. 1988 durchzuführen. Dem stadträtlichen Wohlfahrtsreferenten wird die Ermächtigung erteilt, wie in den Vorjahren in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen bei geringfügigen Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich möchte noch hinzufügen, daß nächste Woche eine Versammlung der Fürsorgeräte der Stadt Steyr stattfindet, wo die notwendigen Formulare ausgegeben werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen sehe ich keine. Gegenstimmen? Enthaltungen? Beides nicht der Fall, daher einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Sablik für seinen Vortrag. Nächster ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Bei meinem ersten Antrag geht es um die Kanalisation Tabor - Taschlried und Resthof.
Der Antrag des Stadtsenates lautet:

19) Bau6-1911/87

Kanalisation Tabor - Taschlried - Resthof; Errichtung NS A 1 Taschlried, NK B, C und D; Nachtragsangebot 1 und 1 und Mittelfreigabe; Ergänzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 2. 7. 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 2. 7. 1987 wurde der Fa. Beer & Janischofsky der Auftrag für den Bau der Kanäle NS A 1 Taschlried, 1. Teil, NK B - Resthofstraße, NK C - Ledwin-kastraße und NK D - Markusstraße zum Preis von S 5,564.946,54 exkl. MWSt. übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 23. 2. 1988 wird nunmehr folgenden Auftragserweiterungen zugestimmt:

1. Nachtragsangebot Nr. 1 zum Preise von S 24.375,-- exkl. MWSt.

2. Nachtragsangebot Nr. 2 zum Preise von S 12.430,-- exkl. MWSt.

Gleichzeitig werden - da bisher lediglich S 3,226.784,61 ausbezahlt wurden - zur Begleichung der vorliegenden und noch zu erwartenden Rechnungen die erforderlichen Mittel in der Höhe von

S 1,700.000,-- (eine Million siebenhunderttausend)

bei der VSt 5/8110/050450.4 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 StS zum

sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen den Antrag? Wer ist dafür? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Mein nächster Antrag betrifft die Kanalisation Steyrdorf; Nebenkanal Seifentruhe - Wolffernstraße. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

20) Bau6-1056/87

Kanalisation Steyrdorf; Nebenkanal Seifentruhe - Wolffernstraße; S 19 a - S 9; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 5. 11. 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 5. 11. 1987 wurden die Arbeiten zur Errichtung der Kanalisation Seifentruhe - Wolffernstraße an die Firma Rabmer, Bau- und Installations-GesmbH, Altenberg, zum Preise von S 1,694.005,- exkl. MWSt. übertragen.

Da im Jahre 1987 infolge des ver späteten Baubeginns sowie unvorhergesehener Schwierigkeiten 1987 lediglich S 480.000,- exkl. MWSt. verbaut und ausbezahlt wurden, werden nunmehr zur Begleichung der vorliegenden Teilrechnungen die restlichen Mittel in der Höhe von S 1,214.005,- freigegeben.

Gleichzeitig werden die erforderlichen Mittel für die Bewuchsablösen in der Höhe von S 50.230,- freigegeben. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,265.000,- (eine Million zweihundertfünfundsechzigtausend)

werden bei der VSt 5/8110/050420.7 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Mein letzter Antrag, den ich Ihnen vorzutragen habe, betrifft die Kanalisation Fischhub-Plenklberg. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

21) Bau6-552/88

Kanalisation Fischhub - Plenklberg; NS 1 - 10; NS 16; 1. Bauabschnitt (NS 1, S 8 - S 17, NS 2 und NS 4); Auftragsvergabe und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 14. 3. 1988 wird der Auftrag zur Durchführung nachstehend angeführter Arbeiten zur Errichtung der Kanalisation Fischhub-Plenklberg, NS 1 - 10, NS 16 der Arge Negrelli - Beer & Janischofsky übertragen:

Teil A - Kanlabau zum Preise von S 13,786.787,60 exkl. MWSt.

Teil B - Straßenbau zum Preise von S 2,453.040,- inkl. MWSt.

Teil C - Beleuchtung zum Preise von S 248.140,- inkl. MWSt.

Zur Abwicklung des 1. Bauabschnittes (NS 1 von S 8 - S 17, NS 2 und NS 4) werden für das Jahr 1988 folgende Mittel freigegeben:

S 1,500.000,- bei VSt 5/8110/050380.3

S 1,500.000,- bei VSt 5/8110/050450.4

S 500.000,- bei VSt 5/8110/050420.7

S 300.000,- bei VSt 5/6120/002670.7
S 200.000,- bei VSt 5/6120/0026.80.6
S 300.000,- bei VSt 5/6120/002700.2
S 300.000,- bei VSt 5/6120/002740.8

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier darf ich um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Keine. Ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Ich kann auch keine Stimmenthaltungen feststellen. Der Antrag ist so beschlossen. Ich danke Kollegen Schloßgangl für seinen Vortrag. Nächster Berichterstatter ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe Ihnen heute drei Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzutragen. Beim ersten Antrag geht es um die Festlegung einer neuen Feuerhallenbetriebsordnung und um die Änderung der Tarife.

Mit dem Neuaufbau eines Krematoriumsofens ist einem langgehegten und sicherlich berechtigten Wunsch der Steyrer Bevölkerung Rechnung getragen worden. Wenn ein Besucher nach Steyr kommt und auf der Anhöhe Tabor einer schwarzen Rauchwolke ansichtig wurde, mußte er der Meinung sein, es handelt sich um eine Fabrik, die ungefilterten Rauch ausstößt. Darüberhinaus wurden die Bewohner in der unmittelbaren Nähe des Krematoriums nicht nur durch den Rauch allein, sondern auch durch eine gewisse Geruchsbelästigung in ihrer Wohnqualität doch sehr beeinträchtigt. Mit der Inbetriebnahme der neuen Veraschungsmöglichkeit sind alle diese Beanstandungen vollkommen beseitigt worden. Diese Erneuerung hat, wie wir alle wissen, über 7,5 Millionen Schilling gekostet und es mußte auch ein Darlehen aufgenommen werden. Um die Tilgung dieses Darlehens zu ermöglichen, ist es natürlich unerlässlich, auch die Tarife für die Veraschungen zu erhöhen. Sie wurden im nunbedingten erforderlichen Ausmaß angehoben. Im Amtsbericht, den Sie ja alle haben, sind die neuen Tarifposten und die neue Feuerhallen-Betriebsordnung ersichtlich. Ich darf Sie um ihr Einverständnis bitten, von der Verlesung des ganzen Aktes Abstand nehmen zu dürfen.

Der Antrag des Stadtsenates hat folgenden Wortlaut:

22) ÖAG-945/88

Stadtwerke

Krematorium Steyr; Festlegung einer neuen Feuerhallenbetriebsordnung und geänderter Tarife.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 29. 1. 1988 wird die in der Anlage beigeschlossene Betriebsordnung der Feuerhalle der Stadt Steyr genehmigt.

Gleichzeitig werden die Gebühren für die Durchführung der Einäscherung Verstorbener im Krematorium Steyr und die Gebühren für Urnenentnahmen und Urnenumlegungen entsprechend der im zitierten Amtsbericht enthaltenen näheren Darstellung neu festgelegt. Als Wirksamkeitsbeginn für die neuen Gebühren und die Betriebsordnung für die Feuerhalle wird der 15. April festgelegt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wer wünscht dazu zu sprechen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Durch die Investition von rund - ich möchte das richtigstellen, weil es vielleicht im Vortrag verdreht worden ist - 6,7 Millionen Schilling für einen neuen Kremationsofen findet ja laut Antrag von Kollegen Steinmaßl der Stadtbetrieb mit dem bisherigen Tarif - so klar ist das nicht - von 1.400 derzeit nicht mehr das Auslangen, um eben die Kostendeckung, wie das so schön immer wieder hervor-gehoben wird, zu erreichen. Es sind S 2.800,- zu bezahlen. Die KPÖ-Fraktion stimmt der beantragten Betriebsordnung, die inkludiert ist in diesem Antrag, für die Feuerhalle der Stadt Steyr zu, in der in 12 Paragraphen die Durchführung von Einäscherungen und die Bestimmungen des öö. Leichenbestattungsgesetzes verankert sind. Ich bin auch für den unbedingt notwendigen Neubau, wie Sie wissen, der Kremations-Ofenanlage im Krematorium eingetreten. Die Kosten der Neuaufstellung und auch der Installation belaufen sich, wie bereits berichtet, aber auch laut Amtsbericht ersichtlich, auf voraussichtlich - das ist ja noch nicht ganz abgeschlossen - auf 6,7 Millionen Schilling. Die Deckung dieser enormen Summe erfolgt durch 700.000 Schilling Eigenmittel der Stadtwerke und durch Aufnahme eines Darlehens beim Wiener Verein in der Höhe von 6 Millionen Schilling mit einer Laufzeit von 25 Jahren. In dieser Zeit ist pro Jahr mit einer Annuitätenbelastung in der Höhe von rund S 530.000,- zu rechnen. In den ersten drei Jahren sind es sogar über 600.000 Schilling.

Dazu, meine Damen und Herren, zur Finanzierung des Kremationsofens wird überwiegend Bankkapital eingesetzt und auch dadurch kommt es zu einer Verdopplung der Investitionskosten. Die neue Kremationsofenanlage wird demnach mit den Bankzinsen über 13,5 Millionen Schilling der Stadt bzw. ihrer Bevölkerung kosten, denn die gesamten Investitionskosten und auch die erforderlichen Bankzinsen werden in Form der beantragten erhöhten Tarife umgelegt. Demnach werden die Einäscherungskosten, wie auch vom Referenten Steinmaßl angeführt, etwa verdoppelt. Diese enorme Tarifierhöhung wird von der KPÖ-Fraktion mit aller Entschiedenheit abgelehnt.

Es ist auch Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, bekannt, daß der bisher gewährte Bestattungskostenzuschuß des Sozialversicherungsträgers von S 6.000,- ab diesem Jahr, ab 1. 1. 1987, gestrichen wurde. Demnach verteuert sich eben das Sterben hier bei uns in Steyr um zusammen insgesamt S 7.400,-. Das Krematorium ist ein gemeindeeigener Betrieb, ist nach meiner Auffassung eben eine kommunale Einrichtung. Eine Reihe in- und ausländischer Industriebetriebe und Institutionen erhielten für ihre privaten Investitionen von der Stadt viele Millionen Schilling und andere Begünstigungen ebenfalls in Millionenhöhe durch den Gemeinderat, durch die Stadt Steyr. Aber für seinen eigenen Kommunalbetrieb, wie es das Krematorium ist, ist man nicht bereit, nur einen Förderungsschilling für eine, möchte ich sagen, Vierteljahrhundert-Investition zu gewähren. Mit der neuen Kremationsanlage wurde auch, wie Kollege Steinmaßl in seiner Rede gesagt hat, ein Umweltproblem in dem sehr eng verbauten Gebiet, nämlich am Tabor, gelöst. Die Mehrheit des Gemeinderates hat sich aber bis heute nicht einmal beim Umweltministerium, bei der Koalitionskollegin Fleming, bemüht, um aus dem Umweltfonds finanzielle Mittel für die umweltfreundliche Ofenanlage zu bekommen.

Natürlich, Tarifierhöhungen setzt man bei den vorherrschenden Mehrheitsverhältnissen hier im Gemeinderat leichter durch. Da braucht man nur, wie Sie selbst wissen, jetzt anschließend die Hand zu erheben. Ich schlage zur Minderung der Tarifierhöhung vor, daß die Stadt die anfallenden Bankzinsen für das Darlehen von 6 Millionen Schilling trägt. Sollte mein Vorschlag von Ihnen, meine Damen und Herren, nicht angenommen werden, werde ich wohl der beantragten Betriebsordnung für die Feuerhalle meine Zustimmung geben, aber die Verdoppelung der Tarife ab morgen, das ist der 15., selbstverständlich ablehnen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Danke. nächster ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Obwohl aus den Unterlagen zu diesem Antrag, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, keine Zahlen der bisherigen Tarife im Bereich des Krematoriums hervorgehen, ist doch erkennbar, daß heute eine sehr beträchtliche Anhebung der Tarife im angezogenen Bereich beschlossen werden soll. Im Endeffekt handelt es sich, das hat mein Vorredner bereits zum Ausdruck gebracht, um eine Verdoppelung der Tarife.

Betrachtet man nur diesen einen Aspekt losgelöst von allen anderen Umständen, dann gerät man sicherlich in die Versuchung, diesen Antrag sozusagen über dem Übertitel "Das große Geschäft mit dem Sterben" abzulehnen. Betrachtet man aber die Tatsache, daß aus Gründen der Umweltbelastung, die bisher vorhanden war, daß aus Gründen der Pietät die Erneuerung des Kremationsofens und damit weitere bauliche Maßnahmen unumgänglich notwendig war, und betrachtet man weiter, daß bei der Erstellung der Tarife auf andere Städte Rücksicht genommen wurde, die ähnliche oder gleiche Anlagen betreiben, betrachtet man aber auch die Tatsache, daß eine Förderung, wie sie vom Kollegen Treml hier vorgeschlagen wurde, die nicht nur aus finanziellen Gründen der Stadt gar nicht möglich wäre, sondern auch eine Ungleichmäßigkeit der Förderung bedeuten würde, dann müßte man auch die Erdbestattung fördern. Dann sieht das wesentlich anders aus und trägt zu einer anderen Beurteilung bei.

Ich werde daher, meine Damen und Herren, sicherlich nicht erfreut - das darf ich hier deponieren - aber doch aus den vorhin genannten Gründen diesem Antrag die Zustimmung geben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Danke. Nächster ist Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich werde diesem Antrag auch die Zustimmung geben, da es mich besonders freut, daß man versucht, hier den Staub, der dadurch in die Luft gelangt ist, zu verhindern mit diesem neuen Ofen. Zweitens - das ist bis jetzt noch nicht gesagt worden - ein autorisiertes Zivilingenieurbüro wurde beauftragt, meßtechnisch das zu überprüfen. Ich hätte noch die Anregung dazu, vielleicht könnte man diese Werte veröffentlichen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Nächster ist Kollege Straßer.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Meine Vorredner haben schon alle gesagt, was daran wichtig war, und zwar Umweltschutz. Weil je nachdem, in welche Richtung der Wind gegangen ist, dort hat es halt gestunken. Das war sicher eine ganz wichtige Sache, diesen neuen Ofen zu bauen. Es geht, glaube ich, um folgendes, und zwar um die Verdoppelung der Gebühren. Wir haben in unserer Fraktion lange diskutiert, sind aber dann doch zur Meinung gekommen, daß mit der Darlehensrückzahlung plus der Einäscherungskosten Jahresbeträge von ungefähr 1,2 oder 1,3 Millionen Schilling entstehen. Sicherlich ein sehr hoher Betrag. Warum sollte das nur oder zum großen Teil die Gemeinde zahlen, denn ich bin trotzdem der Meinung, sterben muß Gott sei Dank jeder. Aber wenn Sie sich heute aussuchen, ob Sie sich verbrennen lassen oder eine Erdbestattung bevorzugen, wenn Sie sich heute normal eingraben lassen, dann zahlt ja auch die Gemeinde nichts dazu. In diesem Sinne haben wir gesagt, wir sind der Meinung, daß wir diesem Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem schon bei den drei Vorrednern zum Ausdruck gekommen ist, daß es zu einer Verdoppelung des Tarifes kommt, möchte ich folgendes ganz kurz zur Kenntnis bringen. Bisher hat die Veraschung inklusive der Urnenbeistellung, Beschriftung und Abführung S 1.399,- gekostet, ab morgen S 1.850,-. Die Kühlraumgebühr hat bisher gekostet S 176,-, ab morgen S 186,-. Der Urnenversand im Inland ist mit S 275,- gleich geblieben. Der Verwaltungskostenanteil mit Einäscherung, Verabschiedung usw., den es bisher nicht gegeben hat, das ist richtig, wird jetzt mit S 200,- berechnet. Das ergab bisher bei diesen vier Tarifposten, die ja die wesentlichsten sind, S 1.850,-, jetzt S 2.511,-. Ich habe mir das mit der Rechenmaschine ausgerechnet, das ist eine Erhöhung von genau 35,73 Prozent. Das ist doch keine Verdoppelung.

Nachdem Kollege Straßer auch angezogen hat bezüglich Veraschung oder Erdbegräbnis. Dazu habe ich, meine Damen und Herren, eine Rechnung im Bezug auf die Verdoppelung. Und zwar ist die ausgestellt vom 19. 5. 1987 von der Friedhofverwaltung. Sprich auf deutsch, die Diözesanfriedhofverwaltung, die ja im kirchlichen Aufgabenbereich liegt und auch von dort ausgestellt wird, da kostet diese Erdbestattung im Vorjahr, Mai 1987, S 6.550,-, davon sind S 1.840,- inkludiert für die Grabstättegebühr für 10 Jahre, wie es halt üblich ist. Immerhin kostet diese Erdbestattung immer noch S 4.710,- gegenüber S 2.511,- bei der Veraschung. Für die Anregung, lieber Kollege Treml, daß Du nur zustimmst, wenn die Gemeinde eine entsprechende Subvention gibt, das liegt nicht in meiner Macht bzw. in meinem Entschenden, da ist der Herr Bürgermeister zuständig. Ich bitte Herrn Bürgermeister um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ausnahmsweise darf ich nach dem Schlußwort, nachdem ich aufgefordert wurde, noch etwas sagen. Die derzeitige finanzielle Situation, nicht nur die derzeitige, sondern auch aus grundsätzlichen Überlegungen, läßt eine Förderung dieser Art nicht zu. Das möchte ich hier ganz offen sagen. Wir können uns nicht laufend Betriebe leisten, wo die Gemeinde ununterbrochen Zuschüsse dazuzahlt.

So weit eine kurze Aufklärung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (KPÖ) angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Errichtung diverser Erdgasreduzierstationen im Hochdrucknetz des Gaswerkes Steyr.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

23) ÖAG-1809/88

Stadtwerke

Errichtung diverser Erdgasreduzierstationen im Hochdrucknetz des Gaswerkes Steyr.

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 8. 3. 1988 werden im Zusammenhang mit der Errichtung der im Amtsbericht aufgezählten Erdgasreduzierstationen im Hochdrucknetz des Gaswerkes Steyr folgende Aufträge vergeben:

1. Installationsarbeiten mit Lieferung der Regel-, Absperr- und Steuerorgane sowie Stahlblechschrank für die Erdgasstationen:

Fa. Integral Montage GesmbH, Wels, zum Preise von S 1.350.121,- exkl. MWSt.

2. Dichtheits- und Funktionsprüfung gem. Druckbehälterverordnung:

TÜV Linz zum Preise von ca. S 40.000,- exkl. MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jeman dzu sprechen? Kollege Hochrather bitte.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:

Nicht nur in Steyr, geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, herrscht ein ständig steigendes Interesse an einer Erdgasversorgung für Gewerbe und Haushalt, sondern auch in den Nachbargemeinden, z. B. Garsten, wie aus diesem und auch aus dem nächsten Antrag hervorgeht. Die Zahl der Erdgasbezieher erhöht sich damit laufend. Nun hat die Oö. Ferngas heuer bereits zweimal eine Senkung des Gaspreises vorgenommen. Diese Senkung wurde aber bis dato von den Stadtwerken nicht weitergegeben an unsere Erdgasbezieher. Ich will daher an den stadträtlichen Referenten die Frage richten, wann die Stadt Steyr hier nachziehen wird. Ich finde schon, daß unsere Gasabnehmer ein Anrecht auf diesen günstigeren Tarif haben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Ich darf dazu folgendes erklären, daß in der nächsten Gemeinderatsitzung mit Sicherheit diese Gaspreisermäßigung zur Debatte stehen wird. Ich möchte dazu noch eines sagen, es sind dazu immer Verhandlungen notwendig in Linz mit den Kammern und meine Herren Direktoren waren erst vor kurzem drüben. Es ist für die Oö. Ferngasabnehmer normalerweise mit 1. 4. diese Preisreduzierung angesetzt worden, während man sich in Steyr sicher dazu entschließen wird, daß man diese Erdgaspreisreduzierung mit 1. 1. 1988 durchführen wird.
Mehr kann ich dazu nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Verlegung einer Erdgashochdruckleitung in der St. Berthold-Allee in Garsten. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

24) ÖAG-1971/88

Stadtwerke

Verlegung einer Erdgashochdruckleitung
in der St. Berthold-Allee in Garsten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 15. 3. 1988 werden im Zusammenhang mit der Verlegung einer Erdgashochdruckleitung in der St. Berthold-Allee in Garsten zur Hebung des Erdgasabsatzes folgende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten: Fa. Hamberger, Steyr, zum Preise von

S 1,097.080, exkl. MWSt.

2. Rohrverlegungsarbeiten: Städt. Gaswerk zum Preise von ca.

S 137.000,- exkl. MWSt.

3. Durchführung der Differnzdruckprobe: Techn.

Überwachungsverein Linz, zum Preise von

S 10.000,- exkl. MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich bitte auch um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Beides nicht der Fall, daher einstimmig angenommen. Ich danke Kollegen Steinmaßl. Als letzten Berichterstatter bitte ich Kollegen Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen einen Antrag zur Verlesung zu bringen, der wie folgt lautet:

25) ÖAG-5477/85

Stornierungsvertrag mit Herrn Otto Schmid betreffend das Grundstück 1576/9, KG Föhrenschacherl; Verkauf dieser Liegenschaft an die Firma Lehner optoelectronic GesmbH, Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird der Stornierung des mit Herrn Otto Schmid, D-4330 Mülheim, Krähenbüschken 68, abgeschlossenen Kaufvertrages betreffend das Grundstück 1576/9, KG Föhrenschacherl, zugestimmt. Weiters wird der Verkauf der genannten Liegenschaft an die Firma Lehner optoelectronic GesmbH, Steyr, Sierninger Straße 48 a, zu nachfolgenden Bedingungen bewilligt: Der Kaufpreis beträgt S 320,- je m². Der anteilige Straßengrund im Ausmaß von 276 m² ist zum selben Preis mitzuerwerben. Der Kaufpreis kann in vier Jahresraten entrichtet werden, wovon die erste im Ausmaß von 2/5 am dem Vertragsabschluß folgenden Monatsersten zu bezahlen ist, die weiteren drei Jahresraten im Ausmaß von je 1/5 der Kaufpreissumme sind jeweils ein Jahr danach zu entrichten. Die Kaufpreisrestbeträge sind auf das Kaufobjekt pfandrehtlich sicherzustellen. Die Käuferin hat auf dem Kaufgegenstand innerhalb von zwei Jahren die gewerbliche Betriebsanlage zu errichten und zu betreiben. Die Stadt behält sich zur Sicherung dieser Verpflichtung ein grundbücherliches Vor- und Wiederkaufsrecht vor. Sämtliche in Verbindung mit dem abzuschließenden Vertrag erwachsenden Kosten sind von den jeweiligen Vertragspartnern der Stadt zu tragen. Weiters werden der Firma Lehner optoelectronic GesmbH nachstehende Gewerbeförderungen gewährt: Für die Aufschließung der Baugrundstücke (Straße, Kanal und Wasserleitung) werden keine Kosten verrechnet. Von der Einhebung der Anliegerbeiträge für Fahrbahn- und Gehsteigerstellung wird Abstand genommen. Die Kanalanschlußgebühr wird mit dem Satz für Kanalaltbaugebiet berechnet.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Stimmenthaltungen? Auch dieser Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Zöchling für seinen Vortrag. Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Wir kommen zur Aktuellen Stunde und ich frage die sozialistische Fraktion, ob ein Beitrag gewünscht wird? Kollege Wippersberger bitte!

Beginn der Aktuellen Stunde: 15.55 Uhr

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen!
Unser Bürgermeister hat eingangs bei seinen Mitteilungen uns ganz kurz über eine in dieser Woche abgehaltene Pressekonferenz der Bürgermeister von Linz, Wels und Steyr informiert, bei der der Initiativantrag über eine Änderung der Stadtstatuten der drei Statutarstädte zur Sprache kam. Ich habe bei der vorletzten Gemeinderatsitzung am 21. Jänner d. J. in der Aktuellen Stunde dieses Thema erstmals angeschnitten, nachdem uns zu Ohren kam, daß die ÖVP derartiges vor hätte. Ich kann nicht umhin, nachdem ein solcher ÖVP-Initiativantrag nunmehr tatsächlich dem Landtagsklub vorgelegt wurde, heute neuerlich diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Geht es dabei doch um so viel Grundsätzliches, um eine weittragende, tiefgreifende Änderung in unserer Stadtverfassung. Die ÖVP will offensichtlich ihre Mehrheit im Landtag ausnützen - ich habe dies bereits auch am 21. Jänner zum Ausdruck gebracht - und den Statutarstädten ihren Willen aufzwingen mit dem Ziel, in die Gemeindeverwaltungen dieser drei Städte mehr politischen Einfluß zu bekommen, als ihr aufgrund der demokratisch erzielten Wahlergebnisse zusteht. Ich empfinde das Vorgehen der Österr. Volkspartei in diesem Zusammenhang als ungeheuerlich und in höchstem Maß als undemokratisch, wenn man über die Köpfe der Betroffenen den Willen der Mehrheit in diesen Städten mißachtend derartige einschneidende Maßnahmen hebeführen will. Man hat es bisher nicht einmal der Mühe wert gefunden, die Betroffenen davon zu informieren bzw. mit ihnen zu sprechen. Ich frage Sie, wo bleibt da die von den ÖVP-Mandataren propagierte Bürgernähe, das Demokratieverständnis und ihr Bekenntnis zum Föderalismus und zur Gemeindeautonomie, wenn man einer Stadt mit eigenem Statut das Recht nehmen will, darüber selbst zu entscheiden. Die Vorgangsweise der ÖVP ist das genaue Gegenteil dessen, was Sie in Ihren Aussendungen und Sonntagsreden so gerne lautstark verkünden. Der ÖVP-Initiativantrag, auf dessen Einzelheiten ich jetzt aus Zeitgründen nicht eingehen kann, ist aber auch aus einem anderen Grund unserer Meinung nach ein Anschlag auf die Demokratie, ist eine Aushöhlung der Demokratie. Dem Wähler soll künftighin das Recht abgesprochen werden, darüber zu entscheiden, wer das Stadtoberhaupt sein soll, wer Bürgermeister der Stadt werden soll und erst wer seine Stellvertreter werden sollen und wer als Stadtrat in die Gemeindestube einzieht. Der Bürgermeister, seine Stellvertreter und die Stadträte, also jene, die maßgeblich in der Stadt zu entscheiden haben, brauchen sich keiner demokratischen Volkswahl mehr stellen, da sie nicht mehr dem Gemeinderat angehören müssen. Sie können ganz einfach von den Parteizentralstellen bestellt werden, ohne jemals dafür kandidiert zu haben und ohne jemals in einem Wahlvorschlag aufzuscheinen. Das ist meiner Meinung nach eine echte Entmachtung und Verhöhnung der Wähler. Mehr als bedenklich ist in diesem Initiativantrag auch die Degradierung der Stellung des Magistrates zu reinen Befehlsempfängern der von den politischen Parteien eingesetzten Personen. Ich habe schon erwähnt, daß die Stadtsenatsmitglieder künftig nicht mehr in einer Volkswahl gewählt werden müssen. Die Tatsache, daß der gesamte Aktenlauf, daß alle Entscheidungen des Magistrates in all seinen Einzelheiten von den Mitgliedern des Stadtsenates bestimmt und von den Politikern darüber entschieden wird, erschwert und verzögert nicht nur den Aktenlauf, er führt zu einer echten Verpolitisierung der gesamten Verwaltung. Ich halte eine derartige Entwicklung, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, - ich bin selbst nahezu 40 Jahre im politischen Leben tätig und gehöre diesem Gemeinderat durch mehr als 32 Jahre als Mandatar an - für äußerst bedenklich, wenn nicht sogar für gefährlich und schädlich für die Demokratie. Schließlich auch noch die finanzielle Seite des ÖVP-Antrages. Unsere Stadt, das ist Ihnen hinlänglich bekannt, ist aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten unseres größten Betriebes in einer äußerst kritischen Finanzlage. Die Einnahmen der Stadt reichen nicht einmal mehr aus, um den ordentlichen Haushalt, der fast ausschließlich aus Pflichtausgaben besteht, abdecken zu können. Wir müssen sparen und nochmals sparen. Das gilt natürlich auch für den Bereich der Verwaltung. Meine Damen und Herren, wenn dieser ÖVP-Antrag verwirklicht werden würde,

käme es gerade am Sektor der Verwaltung zu einer Kostenexplosion. Nicht nur daß anstelle von 36 Mandataren 45 Mandatare, also um 9 Politiker mehr, in unsere Gemeindestube einziehen würden. Die Stadtsenatsmitglieder, wenn sie ihre Funktion ernst nehmen, müßten aufgrund der erhöhten Verantwortung und der Ausdehnung ihres Wirkungsbereiches künftighin hauptberuflich tätig sein. Das würde auch wieder zu einer großen Kostenexplosion führen, denn diese Stadtsenatsmitglieder, die Stadträte, müßten auch eine entsprechende Bezahlung dafür bekommen. Vorsichtige Schätzungen haben ergeben, daß wir mit mindestens jährlich 4 Millionen Schilling Mehrkosten in der Verwaltung rechnen müßten. Mindestens 4 Millionen Schilling müßten die Steyrerinnen und Steyrer, die Steuerzahler, mehr in den Gemeindegeld abliefern, um dem ÖVP-Wunsch nach mehr Einflußnahme der Politiker in der Verwaltung Rechnung zu tragen.

Ich frage Sie, soll das wirklich so sein? Soll der Steuerzahler, um die Machtgüste der ÖVP zu befriedigen, zusätzlich zur Kassa gebeten werden oder will man für die Mehrausgaben, die für die Politiker notwendig sind, zusätzlich jährlich Schulden machen, oder soll man einen Teil der Gemeindeaufgaben einfach einfrieren lassen und nicht mehr durchführen?

Werte Kolleginnen und Kollegen, namens der sozialistischen Gemeinderatsfraktion lehne ich den vorliegenden ÖVP-Antrag auf Änderung der Stadtstatuten entschieden ab. Ich habe schon gesagt, es ist nicht nur im höchsten Maß undemokratisch und führt zu einer sehr bedenklichen Verpolitisierung der Verwaltung und zu einer erhöhten Steuerbelastung der Menschen in unserer Stadt. Die Wählerinnen und Wähler würden aufgrund dieses Antrages weniger Mitspracherecht haben in unserer Stadt, aber dafür mehr Geld zahlen müssen.

Nochmals, die sozialistische Gemeinderatsfraktion lehnt diesen ÖVP-Initiativantrag auf das entschiedenste ab.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der ÖVP zu diesem Problem? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Es war ja zweifellos zu erwarten, daß zur heutigen Sitzung das Thema Statutenreform in irgend einer Form angezogen werden wird, weil ja die Antragseinbringung im Oö. Landtag erfolgt ist.

Vorweg zu meiner Stellungnahme auf die Aussagen des Kollegen Wippersberger eine grundsätzliche Feststellung. Die Gesprächsbereitschaft dazu besteht ja durchaus, daß man über den Vorschlag der Antragseinbringung durchaus reden will. Landeshauptmann Dr. Ratzemböck hat ja schon einen Termin für Osterdienstag angeboten, nur ist dieser Termin nicht realisiert worden. Es ist auch die Sachlage im Landtag in Behandlung genommen und der Ausschuß für allgemeine innere Angelegenheiten, der am 23. März 1988 zusammengetreten ist, hat einen Unterausschuß dazu einzusetzen. Ich nehme an, daß der eingesetzt ist und daß er noch nicht zusammengetreten ist. Ich glaube, daß es eine ganze Reihe von sehr starken Ausdrücken gegeben hat, die ich im Sinn des guten Klimas nicht sehr stark beantworten will. Ich möchte vorweg noch einmal feststellen, daß, wenn man über Statuten von Städten mit eigenem Statut nachdenkt, daß das nichts Ehrenrühriges ist, sondern daß das durchaus das legitime Recht jeder politischen Partei ist, über die Spielregeln nachzudenken, in denen das öffentliche und gemeinderätliche Leben in einer Stadt abläuft. Es geht durchaus nicht darum, die Mehrheiten im Landtag auszunützen, um mißbräuchlich - so wie das dargestellt wurde, den Willen aufzuzwingen, sondern ganz einfach in einer demokratischen Entscheidungsfindung die Situation, in der das heutige Statut sich darbietet, zu überdenken und wenn möglich im gemeinsamen Konsens einen Beschluß zu finden. Wenn wir hier im Gemeinderat der Stadt Steyr ständig aufgefordert werden, politische Mehrheiten zu respektieren, so muß das auch an anderer Stelle voll gültig sein, wo eben die Mehrheiten anders sind.

Ich glaube aber, daß die Bereitschaft, dieses anzuerkennen, - zumindest habe ich das zwischen Deinen Zeilen, Kollege Wippersberger, heraushören müssen - keine sehr große ist. Was mich auch weiters nicht sehr wundert, wenn man dermaßen Übergewichtig in der politischen Zusammensetzung in diesem Gemeinderat ist, so kann man sich halt sehr schwer in die Rolle hineindenken, daß man mit einem anderen auch reden muß.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Da könnt Ihr Euch nicht beschweren!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Wir haben in diesem Gemeinderat in der Ära - ich möchte das ausdrücklich hervorheben - Schwarz, ich möchte sie auch so bezeichnen, ein Klima gemeinsam gefunden des Gespräches, in dem viele Angelegenheiten am Gesprächsweg erledigt wurden und nicht am Streitweg. Ich bin auch fest überzeugt, daß das Thema Statutenreform in Steyr, Linz und Wels auch am Gesprächsweg bewältigt werden kann. Es ist nicht ungeheuerlich und es ist nicht ein Agieren über Köpfe hinweg, wenn sich der OÖ. Landtag mit dem Statut einer Stadt mit eigenem Statut auseinandersetzt. Weil das Wort eigenes Statut - ich bitte Sie jetzt, wirklich ernsthaft mitzudenken - nicht bedeutet, daß das Statut der Stadt selbst gehört, sondern daß es ein eigenes, ein eigentümliches, ein eigenartiges Statut ist, das diese Stadt von den Gemeinden, die der OÖ. Gemeindeordnung unterliegen, abhebt. So ist das eindeutig auszulegen. Daher kann über die Essenzen des Statutes sehr wohl auch in übergeordneten Gremien nachgedacht werden. Das muß bitte so gesehen werden, dann ist auch die Ungeheuerlichkeit gar nicht mehr so ungeheuerlich, sondern ganz einfach an irgend einer Stelle muß ein Gespräch stattfinden. Wenn mehr als eine Stadt davon betroffen ist, so ist wohl die übergeordnete Stelle der taugliche Diskussionsrahmen.

Was die mangelnde Information betrifft, so sind auch zwei Punkte festzuhalten. Zum ersten darf, kann und soll sich eine Partei nicht vorschreiben lassen, was sie zu denken hat und es kann auch nicht ehrenrührig sein, wenn eine Partei nicht bereit ist, über ungelegte Eier zu gackern. Ich war in diesem Arbeitskreis dabei, ich habe das in der vorvergangenen Sitzung auch schon hier erklärt. Wenn eine Diskussion sich über mehrere Monate - eigentlich waren es zwei Jahre, bis wir zu den Vorschlägen gekommen sind - erstreckt, so sollte man durchaus zunächst einmal in der eigenen Arbeitsgruppe zu einer einhelligen Meinung gekommen sein und dann erst das Gespräch herbeiführen. Wie das dann im OÖ. Landtag gegangen ist, entzieht sich, weil ich nicht Landtagsmitglied bin, meiner Kenntnis. Ich nehme aber an, daß die sozialistische Partei ihre Landtagsmitglieder sehr wohl kontaktiert hat und schließlich und endlich gibt es ja auch ein Regierungsmitglied der sozialistischen Partei, das nicht nur allgemein beliebt ist in der Stadt, sondern auch vom Landeshauptmann bei jeder sich bietenden Gelegenheit besonders betont und hervorgehoben wird.

Die Einladung, über das Statut zu sprechen, ist von mir unmittelbar nach Deinem Beitrag, Kollege Wippersberger, nach der Aktuellen Stunde in diesem hohen Gemeinderat ausgesprochen worden, daß wir uns einen Termin geben sollten, wo wir uns zusammen über die Vorschläge, die damals schon endformuliert waren, zur Diskussion finden könnten. Aus verschiedenen Zeitschwierigkeiten hat diese Einladung tatsächlich in ein reales Gespräch leider Gottes nicht umgesetzt werden können.

Die Kenntnis der Statutenreform dürfte aber nicht erst im Jänner über die Stadt so abrupt wie ein Gewitterregen hereingebrochen sein, weil ja auf der anderen Seite bereits im Monat November die Bürgermeister der 3 Städte Linz, Wels und Steyr in Wels anlässlich einer Zusammenkunft eine Presseaussage in ablehnender Tendenz zur Statutenreform getätigt haben, wobei ja verschiedene Detailpunkte auch dort schon offenbar bekannt waren, weil sie in der Presseaussendung erwähnt waren. Z. B. das mir völlig unverständlicher Weise kritisierte Gedankenmodell eines gemeinderatsfreien Stadtrates.

Ich glaube, daß wir nicht mit Kostenargumenten hier auftreten sollten, ob das jetzt 3, 4 oder gar 7 Millionen sein könnten. Diese Diskussion halte ich - bitte um Entschuldigung - bei allem Respekt für blanken Unsinn, weil wir ja immer dazu gesagt haben, ein Stadtsenatsmitglied, das sich des Gemeinderatsmandates entschlägt, hat unserer Vorstellung nach keinen Anspruch auf den Bezug des Gemeinderates, so daß also vom Stadtsenatssalär, wenn sich schon ein Stadtsenatsmitglied seines Gemeinmandates entschlägt, das Salär des Gemeinderates abzuziehen wäre. So daß also der Endbezug des Stadtrates, der derzeitige Stadtratsbezug minus dem Gemeinderatsbezug wäre.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Und das bei einer hauptberuflichen Arbeit!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Daraus läßt sich aber ableiten, daß es sich zweifellos aber um eine Kann-Bestimmung für extreme Situationen handelt. Es könnte nämlich wirklich der Fall sein, daß in einer stadträtlichen Funktion ein Fachmann benötigt wird, wirklich benötigt wird, der auf der Liste des Gemeinderates, ganz egal auf welcher Partei bitte, in der fachlichen Qualifikation nicht vorhanden wäre. Wenn dieser Mann in der Lage ist, das um das geschmälernte Entgelt zu tun, weil er eben Idealist ist. Das ist durchaus nichts Lächerliches, man darf auch in Zeiten wie diesen noch Idealist sein, Kollege Zagler. Wenn jemand das dann tun sollte, dann bietet dieser Vorschlag zum Statut nur die theoretische Möglichkeit dazu. Ich weise es wirklich zurück, daß das so dargestellt wird, als wäre das jetzt eine Muß-Bestimmung, daß jeder Vizebürgermeister, jeder Stadtrat dieser Stadt sein Gemeinderatsmandat niederlegen müßte. So ist dem durchaus nicht. Wenn man die Präsenz der Stadtsenatsmitglieder, insbesondere die der sozialistischen Fraktion im Rathaus und bei den Fachabteilungen sich anschaut, und wenn man den innigen Dialog zwischen den Fachabteilungen, insbesondere den stadträtlichen Referenten der sozialistischen Partei sich anschaut, so ist es gar nicht so schlimm, wenn man darüber nachdenkt, ob ein Stadtrat nicht de facto weisungsberechtigt sein muß. Manche hier im Haus fühlen sich ja ohnehin heute schon so und zeigen auch das dementsprechende Gehabe. Im Grunde genommen kann es also nicht gar so ein großer Konflikt um der Sache willen sein, sondern es geht in Wirklichkeit ja um etwas ganz anderes, warum die sozialistische Partei so vehement jetzt argumentiert und meiner Meinung nach auch überhitzt argumentiert. Weil nämlich Macht bewahrt werden soll. Das ist die reine einfache Wahrheit. Da geht es gar nicht um Schutz ..

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Die Mehrheit macht, was ihr der Wähler zuspricht.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
.. von Demokratie und all den anderen Argumenten. Die Demokratie wird ja nicht gefährdet durch den Vorschlag. Es geht schlicht und einfach darum, die Stadtsenatsmitglieder aus einer anderen Partei möglichst klein zu halten und den Stadtsenatsmitgliedern der eigenen Partei möglichst viel Spielraum zu halten. Um das geht es in der Diskussion. Es muß genau so mir erlaubt sein, das genau so deutlich zu sagen, wie Du, Kollege Wippersberger, sehr deutliche Worte gefunden hast. Daß die Degradierung der Stellung des Magistrates zu Befehlsempfängern - das habe ich vorhin ja schon gesagt - letztendlich nichts anderes ist als eine statutenmäßige Festlegung von heute teils geübten Erscheinungsformen, so ist dabei auch nichts zu inkriminieren. Die Gemeindeautonomie sehe ich überhaupt nicht gefährdet, wenn über die Verfassungen der Gemeinden öffentlich nachgedacht werden soll. Ich bitte wirklich, das Thema Statutenreform - der Lateiner nennt das sine ira et studio zu betreiben. Ich übersetze das, damit das allgemein verständlich ist, also ohne Zorn und Aufregung, sondern im guten und ehrlichen Glauben. Ich glaube und bin fest

überzeugt, wenn wir die wogen nicht allzusehr hochgehen lassen, dann wird es einen sehr vernünftigen Dialog über sehr vernünftige Maßnahmen geben, die weit über die paar Punkte hinausgehen, die hier ständig zitiert werden. Hier geht es doch tatsächlich um mehr Bürgerbeteiligung in der Verwaltung. Aber das wird ja nicht mitdiskutiert, wenn hier Angriffe gestartet werden, weil das ja kein sehr opportunes Thema ist. Diejenigen, die die Entwürfe vielleicht noch nicht gesehen haben und daher mit dem Kopf bedenklich schüttelnd Gesten abgeben, würde ich einladen, sich das durchzusehen, insbesondere den Nachhang dazu über die Bürgermitbeteiligung an Entscheidungen. Wir werden hier zweifellos sehr sehr viel reformieren müssen auch an grundsätzlichen Einstellungen den Bürgern gegenüber. Ich glaube, ich habe das fast mit gleichen Worten bei der ersten Rede anlässlich meiner Angelobung zum Vizebürgermeister der Stadt Steyr gesagt. Aus der großen Zahl der wahlabstinenten Mitbürger müssen wir doch als Politiker auch etwas lernen. Dieser Lernerfolg muß zweifellos bedeuten, dem Bürger mehr Recht und den gewählten Organen mehr Kontrolle zu geben. Ein Punkt in unserem Entwurf befaßt sich auch mit der Stellung des Kontrollamtes bzw. den Unterstellungen des Kontrollamtes, die nur in Steyr direkt dem Bürgermeister unterstellt sind. In den anderen Städten ist die Weisungsberechtigung anders geregelt. Es handelt sich also sehr wohl um eigene Statute. Ich glaube, daß auch der Punkt des Kontrollamtes sicher ein Punkt ist, über den man sich nachdenken muß, denn ein Rechnungshof, der der Obrigkeit unmittelbar und befehlsempfänglich unterstellt ist, ist sicherlich in einer sehr delikaten Situation, wenn die Macht mißbraucht würde. Ich behaupte nicht, daß Macht durch unseren Bürgermeister Heinrich Schwarz mißbraucht wird. Im Gegenteil. Ich behaupte ausdrücklich, daß unser Bürgermeister Heinrich Schwarz - ich sage unser Bürgermeister und habe das bei vielen öffentlichen Veranstaltungen auch so bezeichnet - für ein hervorragendes Klima hier in der Gemeinde gesorgt hat, so weit seine sorgende Hand reichen kann. Es gebührt ihm sicherlich, insbesondere auch von Seiten der ÖVP-Fraktion, für seine persönliche Struktur und für seine demokratische Amtsführung jeder Respekt. Wenn wir uns aber Statuten vor Augen halten, so stellen Statuten allgemeine Ablaufnormen dar, und diese allgemeinen Ablaufnormen müssen halt auch für andere Zeiten konstruiert sein. Wir erinnern uns ja noch, daß es nicht immer so kollegial im Gemeinderat war. Mancher weiß noch sehr wohl, wie schlimm die Zeiten waren. Ich bitte um Nachsicht, daß ich länger als fünf Minuten gesprochen habe. Ich bedanke mich auch bei Dir, Herr Bürgermeister, daß Du mir als Demokrat diese Möglichkeit gegeben hast. Du hättest das nicht tun müssen, dafür gebührt Dir noch mehr mein Respekt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte mir gestatten, als Bürgermeister zu diesem Problem auch etwas zu sagen, nachdem ich jetzt einige Male auch apostrophiert wurde.

Zunächst möchte ich einmal sachlich feststellen, daß offiziell der Gemeinde dieser Antrag noch nicht bekannt ist. Es ist ein Begutachtungsverfahren im üblichen Sinne nicht notwendig bei Initiativanträgen. deswegen haben wir diesen Antrag, den die ÖVP beim Land eingebracht hat, offiziell zur Stellungnahme nicht erhalten und werden ihn wahrscheinlich auch nicht erhalten. Wir haben ihn bekommen durch unsere Genossen, durch unsere Vertreter im Land, durch den Herrn Landesrat, durch die Landtagsabgeordneten. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Zur Vorgangsweise möchte ich sagen, daß auch hier sehr häufig von Kollegen Holub das Gesprächsklima, das Klima zwischen den Parteien, geschildert wurde. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß mich die Vorgangsweise der österr. Volkspartei gerade aufgrund dieses Klimas mehr als befremdet. Diese Vorgangsweise entspricht, natürlich kann sich jede Partei ihre Vorgangsweise, hier widerspreche ich nicht, suchen. Es ist aber eine Frage des Taktes. Seit wir beisammen sind, ist mir nie gesagt worden, auch nicht Kollegen Wippersberger oder in Fraktionsobmänner-

besprechungen, das hätten wir gerne geändert oder das oder wir hätten gerne die Geschäftsordnung anders eingeteilt, eine andere Geschäftsverteilung hätten wir gerne gehabt. Das ist nie gesagt worden. Wenn ich das familiäre Klima hier betone, dann vergleiche ich das mit einer Familie. Wenn ich mit meiner Frau eine Auseinandersetzung oder Differenz habe über irgend ein Problem, dann rede ich doch zuerst mit meiner Frau, bevor ich zu einer Tante gehe und mir von der Tante das sagen oder regeln lasse. Oder zum Vater oder zur Mutter. Das ist doch normal, daß ich zuerst mit dem, den es betrifft, in dem Fall die Steyrer und Steyrerinnen, rede und sie damit befasse. Deswegen ärgern wir uns darüber und deswegen sind wir entrüstet aber auch enttäuscht, das muß ich sagen. Diese Vorgangsweise entspricht auch nicht dem Klima, das hier immer geschildert wird. Wir lassen über alles mit uns reden, aber es kommt darauf an, in welcher Form. Diese Form gefällt uns und mir - das möchte ich sehr deutlich sagen - nicht. Damit sind wir nicht einverstanden. Man sollte sich schon ein bißchen die Folgen überlegen. Es ist nicht so, wie Kollege Holub sagt, daß es blanker Unsinn ist, wenn ich über die finanziellen Auswirkungen spreche. Man muß sich das schon auch ein wenig vor Augen halten. Da ist Steyr ein bißchen zu kurz gekommen. Wir liegen nämlich in der Situation zwischen den drei Städten ein wenig anders. Bei uns sind alle Stadtsenatsmitglieder nebenberuflich, mit Ausnahme von Kollegen Wippersberger und mir ist jeder im Stadtsenat nebenberuflich tätig und auch die Bezüge sind aufgrund dieser Nebenberuflichkeit geregelt in unserer Bezügeverordnung und im Verhältnis sehr bescheiden zu den anderen Städten geregelt. Das muß ich schon sagen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Die anderen haben über 80.000.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wenn man das aber jetzt weiter vollzieht, was dieser Antrag will, ist es notwendig, daß der Stadtsenat praktisch im Permanenz tagt. In Permanenz tagen kann nur jemand, der hauptberuflich tätig ist. Es kann einer, das möchte ich sehr deutlich sagen, dazu stehe ich auch, mit dem derzeitigen Stadtsenatsbezug in der Lage sein, auf seinen Privatbezug, den er irgendwo hat, zu verzichten. Das ist nicht möglich. Dazu kommt noch, wenn einer permanent da sein muß, daß er ein Büro braucht, daß er eine Schreibkraft braucht, daß also verschiedene zusätzliche Verwaltungssachen natürlich anfallen. Das muß man ihm ja zugestehen. Ich kann ja nicht sagen, ich stelle ihm einen Schreibtisch in irgend ein Kammerl und dort soll er werken. So geht es ja auch nicht. Außerdem ist viel mehr Verantwortung damit verbunden. Deswegen bin ich wirklich betroffen darüber, ich bin auch betroffen darüber, daß diese Regelung möglich ist im Land mit einer einfachen Mehrheit. Wobei so einschneidende Dinge beim Bund und selbst bei uns in der Stadt, wir beschließen ja, wenn wir eine Änderung beim Land beantragen das auch mit Zweidrittelmehrheit, weil es so wichtig ist. Das ist doch logisch. Das betrifft ja das Leben nicht nur von uns hier herinnen, sondern das Leben aller Steyrerinnen und Steyrer. Es ist ja ein Unterschied, es wird ja die Stimme unterschiedlich bewertet, die der Wähler abgibt beim Bund oder beim Land. Da sehe ich die Verfassungsmäßigkeit wirklich in Frage gestellt. Weil die Stimme ein anderes Gewicht hat wie die beim Bund. Ich würde mir das anschauen, wenn der Nationalrat solche Bestimmungen für irgend ein Bundesland beschließen würde, ohne daß mit dem Landeshauptmann vorher gesprochen wird. Das ist undenkbar. Man muß ja das weiter ausdehnen, denn es widerspricht jeder demokratischen Vorgangsweise und ist deswegen - da bin ich in unterschiedlicher Auffassung mit dem Landeshauptmann - undemokratisch. Weil wenn etwas einer demokratischen Vorgangsweise widerspricht - das kann man nicht widerlegen, denn es ist üblich, daß man zuerst mit den Betroffenen redet und dann erst woanders hinget - ist es eben undemokratisch. Ich bin der Meinung, obwohl diese Möglichkeiten offen sind, daß es undemokratisch ist und ich werde mich als Bürgermeister gegen diese Dinge wehren. Wir haben vor, es ist der Termin bereits festgelegt, die drei Bürgermeister,

Kollege Dobusch, Kollege Bregartner und ich, der Herr Landeshauptmann hat uns bereits einen Termin gegeben. Wir werden eine Protestnote im Namen der drei Städte dort überreichen. Noch muß das so gelten, daß die Mehrheit in dieser Stadt auch das entscheidende Wort zu sagen hat. Wobei ich nicht verschweigen möchte bzw. verhehlen möchte, daß wir alle miteinander an einer guten Zusammenarbeit für unsere Bürger interessiert sind. Da müssen aber alle zusammenhalten. Ich darf auch sagen, daß wir bisher - Kollege Holub hat dankenswerterweise das angeführt - von unseren Möglichkeiten kaum Gebrauch gemacht haben. Ich frage jeden, viele sind ja schon sehr lange hier, wann ist einmal die Zweidrittelmehrheit wirklich angewandt worden? Wir handhaben dieses Instrument mit großer Vorsicht, obwohl wir diese Möglichkeit hätten. Ich glaube, daß eine große Vorsicht dabei notwendig ist und wird auch künftig hin sein. Aber so geht es auch nicht, daß wir uns von irgendwo diktieren lassen. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß es nicht überall so ist wie in Steyr, das können Sie mir glauben. Daß man z. B. eine Aktuelle Stunde durchführt, die dann meistens mehr wird wie 1 Stunde. Und es zeigt sich heute auch bei diesem Problem, daß die Aktuelle Stunde sicher weit über eine Stunde hinausgehen wird. Das ist ein gutes Zeichen auch für das Klima hier im Gemeinderatssaal und soll auch in Zukunft erhalten bleiben.

Nun zu dem Thema, das von Seiten der SPÖ heute gestellt wird, nämlich die Frage unserer Statuten. Meine Damen und Herren, Sie wissen ja, daß seit einiger Zeit - das möchte ich hier betonen - die Öö. Volkspartei, die Führung, eine Reform der Statuten nicht nur für unsere Stadt, sondern auch für die Städte Linz und Wels betreibt. Am 3. März d. J. wurde von der ÖVP-Landtagsfraktion ein Initiativantrag im Öö. Landtag eingebracht. In diesem Initiativantrag heißt es: Initiativantrag der Österr. Volkspartei. Die unterzeichneten Abgeordneten des Öö. Landtages gem. § 22 Abs. 2 der Landtagsgeschäftsordnung über ein Gesetz, mit dem das Statut der Stadt Steyr 1980 geändert wird. Ich habe hier diesen Initiativantrag zufällig in meiner Tasche, weil ich mich manchmal auch landesmäßig beschäftigen muß. Es handelt sich hier um einen Initiativantrag, der ausgesprochen in Richtung Statut Steyr geht. Ich rede hier in Steyr und nicht über Oberösterreich, sonst müßte ich ja Linz und Wels dazunehmen. Außerdem sind ja die Statuten unterschiedlich. Wie wir sie 1974 nach zwei Jahren laufender Beratung hier in der Stadt behandelt haben, ist ein Mehrheitsbeschluß gekommen der sozialistischen Partei mit der kommunistischen Partei. Er wurde dann aufgrund von Anweisungen der Obrigkeit in Zusammenhang mit dem Land dann wiederum abgeändert, 1976 beschlossen, aufgehoben und erst 1980 wiederum ein neues Statut, das demokratischer war wie das vorhergehende, beschlossen, von der Stadt Steyr, vom Gemeinderat beschlossen und anschließend begutachtet von der Landesregierung und auch vom Landtag sanktioniert. So ist der normale Vorgang, das möchte ich nur vorausschicken. In diesem Initiativantrag, was mich ein bißchen gewundert hat, nämlich die Vorgangsweise allein, wo die ÖVP den Antrag stellt: Der Öö. Landtag möge das beigefügte Gesetz nach Vorberatung im Ausschuß - das ist natürlich ohnehin klar - für allgemeine, innere Angelegenheiten beschließen. Linz, 3. März 1988. Ich sehe keinen Steyrer, der da unterschrieben hat. Der Abgeordnete Kogler ist sicher nicht dabei, oder doch? Nein, sie ist nicht darauf. Also nicht einmal der Abgeordnete von Steyr, sondern irgend ein anderer öö. Landtagsabgeordneter der ÖVP - drei bringen das ein, was in Steyr zu tun ist. Das, glaube ich, können wir uns sicher nicht gefallen lassen. Das Anliegen der Statutenänderung ist für mich ein recht durchsichtiges, nämlich die Stärkung der Position der Österr. Volkspartei, der Stadtsenatsmitglieder der ÖVP, gegenüber der SPÖ-Bürgermeister in Linz, Wels und Steyr. Das ist die Tatsache. Die ÖVP, wie sich jetzt zeigt in Steyr, fühlt sich ziemlich sicher und recht zuversichtlich, weil sie ja wissen, daß doch hinter ihnen eine bestimmte Machtposition des Landes steht. So sehe ich das. Dort ist freilich keinesfalls davon die Rede, daß man die Position der SPÖ-

Landesräte - dort sind sie auch in der Minderheit so wie Ihr hier - gegenüber dem ÖVP-Landeshauptmann stärken möchte, der zudem auch noch der allmächtige Finanzreferent des Landes ist.

Ausschließlich auf die Stärkung der ÖVP-Positionen in den Stadtsenat der drei öö. Statutarstädte sind die Initiativanträge der ÖVP im öö. Landtag zur Änderung der Statuten in den angeführten Städten gerichtet. Daß es der ÖVP keineswegs um eine wirkliche Demokratisierung der Statuten geht, kommt allein dadurch nach meiner Meinung zum Ausdruck, daß in den Initiativanträgen, in allen drei, jegliche Ansätze zur Stärkung der Position der Minderheitsfraktionen in den Gemeinderäten fehle. Die Österr. Volkspartei versucht, mit einem politischen Kraftakt demokratische Wahlentscheidungen, bei denen sie seit vielen Jahrzehnten nicht das gewünschte Ergebnis in diesen drei Städten erreicht hat, durch Statutenänderungen zu korrigieren. Der volle Widerspruch kommt dabei auch dadurch zum Ausdruck, daß Statutenänderungen in Linz, Wels und Steyr mit einer Zweidrittelmehrheit des jeweiligen Gemeinderates beantragt werden müssen, der Landtag jedoch mit einfacher Mehrheit, wie Bürgermeister Schwarz schon unterstrichen hat, also die Österr. Volkspartei im Alleingang solche Änderungen durchziehen kann.

Die Kompetenzeinteilung im Stadtsenat könnte sogar nach dieser Änderung nur mit einer Dreiviertelmehrheit getroffen werden. Scharf abgelehnt wird mit dem Vorschlag der Österr. Volkspartei, daß künftig Stadtsenatsmitglieder ihre Gemeinderatsmandate zurücklegen können. Dies würde nichts anderes bedeuten, daß nicht nur - wie auch schon angeführt - finanzielle Mehrbelastungen, das sage ich noch einmal, in Millionenhöhe anfallen würden. Es ist nicht übertrieben, wenn hier der Bürgermeister öffentlich und heute wieder gesagt hat, daß es nicht nur rund 4 Millionen sind durch die Einbeziehung von 9 Steyrer Gemeindefunktionären, sondern auch eine Abkoppelung des Stadtsenates vom Gemeinderat, als dem vom Volk gewählten Gremium. Also ein Akt nicht der Demokratisierung, sondern das ist in meinen Augen ein Akt der Entdemokratisierung.

Die kommunistische Partei wird den Landtagsklubs von der Österr. Volkspartei, aber auch der SPÖ und der freiheitlichen Partei ihre Vorschläge unter Protest der ÖVP-Vorgangsweise zur Statutenreform für die Stadt Steyr übermitteln. Ich möchte Ihnen vielleicht einige Punkte herausheben, die wir in dieser Richtung als Schwerpunkte sehen. Ich belaste Sie nicht mit den kommunistischen Auffassungen, damit sollen sich die drei Landtagsfraktionen beschäftigen. Aber ein wesentlicher Punkt ist, ein Schwerpunkt nach unserer Auffassung einer Statutenreform muß nach Auffassung von uns Kommunisten die Stärkung des Gemeinderates als das von der Bevölkerung gewählte politische Gremium gegenüber dem Stadtsenat und dem Magistrat sein. Das bedeutet unter anderem auch eine Rückführung der vom Gemeinderat in den letzten Jahren an den Stadtsenat übertragenen Aufgaben in die Kompetenzen des Gemeinderates.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, daß gleiches Recht für alle Fraktionen hergestellt wird, nämlich - das wissen Sie vielleicht nicht, weil sie nicht so damit beschäftigt sind - daß Anträge, ähnlich wie in der öö. Gemeindeordnung, auch von einem einzelnen Mandatar gestellt werden können. Beispiel: Ich bin von fast 1.000 Wählern dieser Stadt gewählt, 24.000 gültige Stimmen hat es gegeben. Ich habe nicht einmal das Recht, daß ich ein paar Zeilen schreibe oder einen Antrag stelle. Das geht nicht, ich kann Anfragen stellen usw. aber keinen Antrag. Das ist z. B. eine Erweiterung der Demokratie, so könnte ich mir das vorstellen. Ebenfalls, das habe ich schon sehr stark unterstrichen, lehnen wir ab die Forderung nach einer Zurücklegung der Gemeinderatsmandate durch die Stadtsenatsmitglieder, und zwar sowohl aus Kostengründen und auch weil dies ebenfalls zu einer Abkoppelung der Stadtsenatsmitglieder vom Gemeinderat führen würde. Die Bürgernähe würde sich dadurch natürlich nicht verbessern. Das möchte ich auch unterstreichen. Ich würde auch dem heutigen Gemeinderat vorschlagen, es ist ja eine so wichtige Entscheidung, hier geht es um das Gesetz der Stadt Steyr, daß wir so wichtige Fragen - ich kann es nicht, das habe ich schon erklärt - ich kann

keinen Antrag stellen, daß man das auf die Tagesordnung setzt die Frage des Statutes, daß von der Mehrheit in einer der nächsten Gemeinderatsitzungen die Frage der Statutenänderung und der Vorgangsweise und auch unsere Vorschläge dazu behandelt werden. Das heißt, daß diese Frage des Statutes der Stadt Steyr auf die Tagesordnung einer Gemeinderatsitzung gestellt wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Ramoser zu diesem Problem.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Es ist schade, daß wir bei einer so wichtigen Frage keinerlei Informationen bekommen. Wir haben leider nicht die Möglichkeit wie die KPÖ, daß wir einen hauptamtlichen Sekretär und einen hauptamtlichen Gemeinderat bzw. Landtagsobmann stellen können. Dadurch ist es uns nicht möglich, solche Initiativanträge zu bekommen. Was mich sehr wundert, hier wird sehr viel von Demokratie gesprochen. Hier könnte man Demokratie auch verwirklichen, indem man die kleinen Parteien genau so informiert, wie sich die großen gerne informieren möchten. Wenn man zumindest die Informationen, die man hat, weitergibt. Es ist einer kleinen Partei wie der GAL nicht möglich, hier intensiv mitzusprechen, da wir z. B. diesen Initiativantrag von keiner der beiden Parteien bekommen haben und somit auch nichts genau wissen. Bei der letzten Aktuellen Stunde, wo Kollege Wippersberger das Thema behandelt hat, ist hier von mir öffentlich - das ist nachlesbar im Protokoll - genau das gleiche gesagt worden.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Aber gekommen seid Ihr nicht.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Aber wenn ich es hier öffentlich sage, daß wir einen solchen Initiativantrag gerne hätten ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Holen müssen Sie ihn sich schon!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
.. dann glaube ich doch, daß das genug Information ist für Sie, daß man solche Initiativanträge an die kleinen Parteien weitergibt. Das ist für mich so der übliche Punkt, daß man eben bei großen Streitigkeiten auf die Kleinen vergißt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke, Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Trotz der verständlichen Aufregung, in der sich die SPÖ-Mehrheitsfraktion aufgrund der geplanten der Veränderungen der Statuten von Linz, Wels und Steyr durch die Österr. Volkspartei befindet, und trotz der Tatsache, daß natürlich die Österr. Volkspartei Veränderungen anstrebt, um ihre Positionen zu verändern, darf ich feststellen, daß eine Reihe von Vorschlägen in diesem Paket, das vorhin Herr Vizebürgermeister Wippersberger aufgezeigt hat, sich befinden, die durchaus geeignet wären, auch die Vertretung der Minderheitsfraktionen zu verbessern. Nachdem es bereits eine offizielle Stellungnahme der freiheitlichen Partei Oberösterreichs gibt, an der ich auch mitgearbeitet habe, die sich weitgehend mit meinen Vorstellungen deckt, darf ich Ihnen diese in Kurzform zur Kenntnis bringen.
Verschiedenen VP-Vorschlägen zur Statutenreform kann die freiheitliche Partei nicht

zustimmen, so der Ressortzuweisung mit einer Dreiviertelmehrheit. Sie würde zu einer Blockade durch die zweitstärkste Fraktion führen. Auch die Bestellung von Stadtsenatsmitgliedern, die nicht dem Gemeinderat angehören, wird von uns abgelehnt. Eine solche Reform würde zur kalten Aufstockung des Gemeinderates um 9 bis 10 Mitglieder führen, wobei natürlich auch die finanzielle Sachlage eine wesentliche Rolle spielen würde. Bürgermeister und Stadträte würden von den Parteien und nicht vom Bürger gewählt. Die FPÖ wird daher Alternativvorschläge einbringen. Dazu gehört auch unter anderem eine bessere Kontrollmöglichkeit, genauer ausgedrückt, jede Fraktion soll einmal jährlich dem Kontrollamt Prüfungsaufträge erteilen können oder Stadtsenatsmitglieder dürfen dem Kontrollausschuß nicht mehr angehören, denn eine Eigenkontrolle ist abzulehnen. Stadtsenatsmitglieder sollten überdies Entscheidungsbefugnis erhalten. Was mich auch sehr berührt ist die Frage, die Kollege Tremml angeschnitten hat, nämlich die Frage der Antragstellung. Das wäre wirklich ein Punkt, der uns als Vertreter der Minderheitsfraktionen im besonderen am Herzen liegt. Ebenso, das ist mein persönlicher Wunsch, wäre eine Möglichkeit zu schaffen, Ersatzmitglieder nicht nur in den Gemeinderat, sondern auch in die Ausschüsse zu entsenden. Das, meine Damen und Herren, in Kurzform eine Stellungnahme zu dem wirklich sehr aktuellen Thema, das heute von der SPÖ angeschnitten wurde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Damit ist dieses erste Problem erledigt. Für die ÖVP? Kollege Spöck bitte. Ich darf noch sagen, daß wir über dieses Problem sicher nicht das letzte Mal geredet haben.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Aktion "Essen auf Rädern". Bei der so wichtigen Aktion "Essen auf Rädern", bei der rund 200 ältere Menschen täglich betreut werden, gibt es einen großen Wertmüsstropfen. Der große Nachteil bei dieser Aktion besteht in der Belastung der Umwelt. Ich habe mir erlaubt, ein Eßgeschirr aus Polyethylen mitzubringen. So, bitte sehr, schaut es aus, dazu kommt aber noch ein Becher für die Suppe. Ich glaube, so einen Becher kann sich jeder vorstellen. Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, rund 200 solcher Teller fallen täglich an, die nicht entsorgt werden können. Rund 200 solcher Teller landen auf unserer Mülldeponie. Die Menge, die in einem Monat anfällt, kann sich jeder vorstellen, wenn er multiplizieren kann, so kann sich jeder auch optisch vorstellen, daß im Monat rund 6.000 solcher Teller bzw. im Jahr rund 72.000 anfallen. Und die alle werden entsorgt auf der Mülldeponie. Es ergibt sich daher aus dem vorher Gesagten die Frage, was kann man anders machen? Die umweltfreundlichste Lösung wäre meiner Ansicht nach die Verwendung von Porzellantellern. Aber schon allein aus Gewichtsgründen wäre das eher unmöglich. Es gäbe auch noch eine andere Lösung, nämlich ein Recycling. Sehr geehrter Herr Stadtrat Sablik, ich glaube, Du bist zuständig, daher ein konkreter Vorschlag. Die Firma Greiner in Kremsmünster könnte das gereinigte Geschirr - ich glaube, einem Großteil der Leute kann man sicher die Reinigung zumuten - zur Wiederverwertung übernehmen. Sie würde dieses Geschirr zu Granulat verarbeiten, das dann wiederverwendet werden kann. Sicher ist das keine Ideallösung, aber umweltfreundlicher als bisher. Daher meine Bitte an Dich, sehr geehrter Herr Stadtrat Sablik, als zuständiger Referent zumindest diese Lösung einstweilen anzunehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der sozialistischen Fraktion Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, dieses Thema ist insofern interessant, weil es von der Menge des anfallenden Abfalles her zweifellos ein sehr gravierendes Problem werden kann. Es wird sich bei der Aktion "Essen auf Rädern" sicherlich der Gemeinderat bzw. der zuständige Stadtrat darüber Gedanken gemacht haben, wie weit kostengünstig eine solche Versorgung möglich ist. Daß es mit Prozellangeschirr wahrscheinlich aus verschiedenen Gründen, aber insbesondere aus Kostengründen, nicht möglich ist, liegt auf der Hand. Ich meine, daß die Lösung dieser Frage ein rein organisatorisches Problem darstellt, weil es durchaus sofort möglich sein müßte, daß die Fahrer von Essen auf Rädern das gereinigte Geschirr - es handelt sich halt um Kunststoff - zurücknehmen und entsorgen. Ob hier die Fa. Greiner das in einem Recycling-Verfahren wieder verwenden kann, weiß ich derzeit nicht, weil bekannt ist, daß die Kunststoffbasen für solche Kunststoffbehälter verschiedenen Ursprungs sind und nur eine bestimmte Sorte die Fa. Greiner wieder zu Granulat verarbeitet. Daher kann ich diese Aussage nicht bestätigen. Aber eines ist sicher unmöglich, daß dieser Sonderabfall - um einen solchen handelt es sich in diesem Fall - unkontrolliert auf der Mülldeponie gelagert wird. Dieser Sonderabfall, Kunststoff ist einer, wird, soweit er nicht wiederverwendet werden kann, derzeit gesondert in der Deponie gelagert und muß später entsorgt werden, soweit es eine Möglichkeit gibt. Ich glaube, ich kann in Zusammenarbeit mit dem Wohlfahrtsamt sehr wohl ersuchen, daß das Geschirr in gereinigtem Zustand von den Beschickern der einzelnen Essen wieder zurückgenommen wird und dann deponiert und später einer Wiederverwendung zugeführt wird. Sollte es möglich sein, daß die Firma Greiner das verwendet, so kann es uns nur recht sein. Ich weiß es nur nicht, ich muß da passen, weil mir dazu die nötige Information fehlt. Aber ich glaube, daß dieses Problem auf kurzem Weg lösbar ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Sablik als zuständiger Referent bitte.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Wir sind nicht so sehr aus Gründen des Umweltschutzes auf dieses Problem gestoßen, sondern aus Gründen der Berechnung des Kostenfaktors mit Hin- und Hertransport usw. An sich ist dieses Geschirr nie gedacht gewesen als Essensbehälter, denn probieren Sie einmal, in einem solchen Plastikbehälter Rindfleisch zu schneiden oder was immer anderes zu zerteilen, dann werden Sie wahrscheinlich durchstechen. Dieses Problem haben früher die Ausrüster für Passagieressen schon gehabt und sind auch wieder zurückgekommen auf Nirosta und andere metallische Gefäße. Das ist natürlich für uns ein Gewichtsproblem, für uns ein Problem der Warmhaltebehälter, denn einen gut passenden Deckel für eine Suppe findet man wohl bei Polyethylen der wirklich dicht ist, findet man aber nicht bei einem Nirosta-Geschirr. Die Belastung der Umwelt, da kann ich nicht sagen, daß es gleich ist, aber es wird nicht viel Unterschied sein, ob ich 72.000 Tassen, Becher und dergleichen wasche, da brauche ich auch Waschmittel, Heißwasserverbrauch, ich habe einen hohen Energieverbrauch und damit eine Belastung unserer Kläranlage. Das sollen andere entscheiden in Untersuchungen, ob mit der Belastung irgendwelche Unterschiede sind. Maßgeblich für mich ist, daß die Küche eine veraltete ist im Altersheim, die gar nicht geeignet ist dafür, mit anderem Geschirr tätig zu werden. Ich setze große Hoffnungen in den Gemeinderat, meine Damen und Herren, daß Sie dem Altersheim eine solche Küche zubilligen, wie sie benötigt wird. Das wäre schon lange notwendig. In diesem Zusammenhang möchte ich, daß wir uns das mit dem Geschirr und dem Transport überlegen. Bis dahin könnte ich mir es so vorstellen, wie es Stadtrat Pimsl gemeint hat, daß man vielleicht beim Roten Kreuz ein Depot errichtet als zentrale Sammelstelle für dieses Geschirr. Es ist ja jetzt so, daß die Leute manchmal tagelang sich dieses Essen aufheben, daß unsere Rot-Kreuz-Helfer,

die das Essen hinbringen, feststellen müssen, daß die Leute sagen, ich habe noch die Nudeln von vorgestern und die Suppe von vorgestern. Mir war nicht recht gut, das habe ich mir aufgehoben. Das mit dem Reinigen könnte man sicher als Bestandteil des Vertrages der Essenzustellung machen. Aber ich bitte Sie, noch etwas Geduld zu haben, nicht weil es jetzt gerade ausgebrochen ist. Wir werden es dann lösen, wenn es mit der Küche zusammenpaßt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der GAL Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich danke Herrn Kollegen Spöck für die sehr interessante Aufgabe, dieses Thema hier aufzugreifen, was er meines Erachtens nach sehr gut gemacht hat. Das Problem dieser Plastikbecher ist den meisten bekannt und doch sind diese Plastikbecher bisher auf der Deponie gelandet, weil jeder Bezieher dieser Aktion "Essen auf Rädern" diese Plastikbecher, nachdem er sie geleert hat, in den Hausmüll, in den Container oder in den Müllbehälter vor seinem Haus entleert hat. Somit ist natürlich dieser Sondermüll auf die Deponie gekommen. Erst einige engagierte Frauen haben sich dieses Themas angenommen und haben versucht, hier einige Alternativvorschläge vorzubereiten. Ich glaube, daß auch in nächster Zeit hier von Seiten der Öffentlichkeit ein neuer Schritt gesetzt wird. Es gibt nämlich andere Möglichkeiten, und zwar die des Mehrweggeschirrs. Es gibt eine Firma in Wien, die bereits solches Mehrweggeschirr herstellt, das in der Größe ziemlich gleich ist mit dem jetzigen, mit der Styropor-Warmhaltebox, die das Geschirr umkleidet. Das einzige Problem ist die Kostenseite und das Gewichtsproblem. Natürlich sind die neuen Boxen etwas schwerer, weil eben der Nirostastahlteiler drinnen ist und dann mehrere Proportionen nebeneinander geschichtet werden können, immer in einem so kleinen Nirostasteller. Somit glaube ich, daß diese zwei Probleme, die zum lösenden Faktor führen könnten, sehr schwierig behandelt werden, weil einmal die Kostenseite des Geschirrs - es kostet um die S 2.000,- für eine Box, die jetzige Situation kenne ich nicht genau. Ich habe erst vor Beginn der Gemeinderatsitzung Kollegen Sablik gefragt, was kostet eigentlich eine Geschirrausrüstung mit einem Teller samt Deckel, einem Becher samt Deckel und einem zweiten kleineren Becher. Ich habe mich in Linz erkundigt, dort wurde mir gesagt und ich kann mit Vorbehalt annehmen, daß das richtig ist, S 4,- pro Essensgarnitur. Wenn man das umrechnet - ich weiß momentan nicht, ob das in Steyr gleich ist - so ist dieser Betrag für dieses Geschirr auf Jahre gesehen ziemlich hoch. Man müßte jetzt die Rechnung anstellen, wie wäre es, eine Mehrwegbox anzuschaffen, die zwar einen einmalig hohen Preis hat, aber 5 Jahre oder noch länger halten könnte. Dazu ist das Essen in einem relativ schönen Behälter und die Leute könnten direkt aus diesem Geschirr herausessen. Das Umweltproblem wäre auch gelöst, weil diese Becher nicht mehr anfallen würden. Wie weit man das Problem des Gewichts lösen kann, bin ich momentan überfragt, weil ich nicht weiß, wieviel so ein kleiner Kombiwagen aufnehmen kann und wie weit das mit der Traglast vereinbar wäre. Es gibt sicher Möglichkeiten, daß man hier die Umweltbelastung total ausschaltet.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium! Nachdem die freiheitliche Gemeinderatsfraktion sehr maßgeblich an der Entstehung der Aktion "Essen auf Rädern" beteiligt war, liegt mir dieses Thema naturgemäß besonders am Herzen. Das war nicht ich, das waren schon meine Vorgänger, die dieses Thema immer wieder angeschnitten haben und die Notwendigkeit dieser sozial

sicher sehr wichtigen Aktion unserer Stadt beweist sich ja immer wieder dadurch von selbst, daß sich immer mehr anmelden, die in den Genuß dieser Essensaktion kommen wollen.

Aber nun zur konkreten Frage des Geschirrs. Diese Frage wurde ja von Kollegen Spöck gerechtfertigterweise hier aufgegriffen. Ich glaube, der Ausdruck Geschirr paßt nicht ganz. Es ist für mich nicht nur eine Frage der Entsorgung, sondern eine grundsätzliche. Es ist wirklich gerade nicht sehr angenehm, wenn man das Essen in einem derartigen Untersatz serviert bekommt. Natürlich wäre das angenehmste für jene, die dieses Essen beziehen, das in einem Teller entsprechend hergerichtet zu bekommen. Ob natürlich das möglich ist, das ist die große Frage. Kollege Sablik hat ja angekündigt, das zu klären.

STADTRAT ERICH SABLIK:

In den Krankenhäusern kommt man davon ab, vom Nirosta-Geschirr zu essen, weil es unappetitlich ist.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wobei ich mich jetzt nicht auf das Material beziehe, es gibt sicher andere Materialien, die gewährleisten würden, daß das Essen angenehmer serviert wird. Aber wie gesagt, Du hast angekündigt, daß diese Frage geklärt werden wird. Ich glaube, das Thema kann man nur damit abschließen, indem man es beläßt und bittet, diese Angelegenheit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der GAL? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte auf das Gußwerk II, das bereits von Herrn Bürgermeister angeschnitten wurde, nochmals zurückkommen. Die Abgase bzw. Immissionen, die das Gußwerk II wahrscheinlich wieder haben wird, möchte ich hier behandeln. Die deutsche Firma St. Leon-Rot GmbH. hat mit den österreichischen Eigentümern einen 30jährigen Vertrag abgeschlossen und gibt an, das Gußwerk in mehreren Etappen auf ca. 250 Arbeitsplätze auszubauen. Wie wir aus vergangenen Anfragen wissen, war von der Produktion von Gußteilen im Gußwerk II immer eine Staub- und Geruchsbelästigung von den Münichholzern zu ertragen. Es gab bereits hier einige Anfragen von seiten der KPÖ, warum man hier nichts dagegen unternimmt. Jetzt, wo sich diese Gesellschaft neu gründet und die Gesellschaft, wie Bürgermeister Schwarz bereits am Beginn der Gemeinderatsitzung angeführt hat, wahrscheinlich um eine Förderung ansuchen wird, möchte ich gerne, daß man bei dieser Förderung auch auf die Umweltprobleme eingeht und das Dampfkesselimmissionsgesetz, das für neue Industrieanlagen strenge Maßstäbe nach dem Stand der Technik anlegt, sollte man als Grundlage für die Umweltschutzanlagen im Gußwerk II benützen. Ich bitte Herrn Bürgermeister, sollten die Verhandlungen in nächster Zeit zustandekommen, das Dampfkesselgesetz anzuwenden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der SPÖ dazu? Kollege Wippersberger bitte.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich kann das in drei Sätzen beantworten. Es ist selbstverständlich, daß der neue Gießereibetrieb von uns die entsprechenden Auflagen bekommt, daß er vorsorgen muß für die entsprechende Filterung nach den neuesten gesetzlichen Bestimmungen. Das ist selbstverständlich.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der ÖVP Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich kann dazu nur sagen, daß in den Gesprächen, die ich mit dem Betreiber dieses Werkes geführt habe, das Umweltproblem sicherlich angeführt wurde und daß er zugesichert hat, die gegebenen Auflagen zu erfüllen, weil er will ja Arbeit für die Menschen hier schaffen und nicht eine kaputte Umwelt. Das ist seine Aussage. Die Filtertechnik für Gußwerke ist Stand der Technik, das muß sich herbeiführen lassen. Der Konsenswerber hat jetzt von sich aus die Bereitschaft dazu erklärt. Ich glaube, wir sollten nicht Sorge haben, bevor nicht die ersten Maßnahmen gesetzt wurden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Tremml namens der KPÖ.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte schon sagen, daß man vorsorgen soll bei einem neuen Betrieb, noch dazu wo man weiß - wir haben uns bei der Fraktionsmännerbesprechung darüber etwas unterhalten - daß es sich hier um alte Produktionsanlagen handelt, die wieder zum Einsatz kommen. Beim Betreiber, nämlich Steyr-Daimler-Puch AG, hat es Beschwerden bzw. Probleme gegeben. Dort hat man immer wieder getröstet, man wird bestimmte Produktionen in das Gußwerk übernehmen. Das hat jahrelang gedauert und niemand hat einen massiven Kampf gegen Steyr-Daimler-Puch, Gußwerk, geführt, weil man gesagt hat, man gefährdet damit Arbeitsplätze. Aber natürlich besteht die Gefahr - da hat Kollege Ramoser sicher recht - daß man vorsorgen soll. Vorsorge kann man auch dadurch treffen, nicht nur daß wir unser

Gewerberecht einsetzen, sondern gleichzeitig auch bei Abschluß von Verträgen - ganz gleich, welche Firma, das ist - daß man dies berücksichtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Ich darf auch von meiner Seite sagen, daß wir selbstverständlich größtes Augenmerk auf diese Sache legen werden. Ich habe die Investitionsliste der Firma, bei 20 Millionen in etwa. Davon ist ein ganz wesentlicher Betrag für den Umweltschutz vorgesehen. Ich kann das nicht auf den Schilling genau sagen, aber wir werden selbstverständlich von der behördlichen Genehmigung her auf diese Dinge besonderes Augenmerk lenken. Ich darf auch versichern, daß in unseren Gesprächen, soferne es zu solchen kommt, über Förderungen dieser Punkt natürlich ein wesentlicher Punkt sein wird und auch der Beschäftigtenstand. Zu dem Problem gibt es keine Wortmeldung mehr.

Namens der KPÖ bitte ich Kollegen Tremel.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Sie wissen sicherlich, daß unter den Arbeitern und Angestellten des Wälzlagerwerkes eine große Existenzangst um sich geht, seit aus den Zeitungsmeldungen bekannt geworden ist, daß das dem CA-Konzern gehörende Unternehmen mehrheitlich an einen ausländischen Konzern verkauft werden soll. Selbst die Belegschaftsvertreter fürchten um den Weiterbestand des Werkes und rufen Politiker und Gewerkschaft zur Hilfe. Würde der Weiterbestand des Wälzlagerwerkes nicht gesichert werden und damit auch die dortigen Arbeitsplätze, droht die Steyrer Region - das möchte ich unterstreichen - zu verarmen. Das Wälzlagerwerk soll, wie gesagt, mehrheitlich an einen ausländischen Konzern verkauft werden und man spricht auch davon, daß auch dem Steyrer Hauptwerk eine weitere Teilung in zwei oder drei Gesellschaften, das weiß ich nicht so genau, bevorsteht, um, wie man auch sagt, leicht eine Kooperation mit ausländischen Teilhabern eingehen zu können. Nach Auffassung der Steyrer Kommunisten muß endlich - das möchte ich hier deutlich sagen - Schluß gemacht werden mit den Geheimverhandlungen. Wir haben uns vor wenigen Tagen als Fraktionsobmänner mit dieser sehr ernsten Situation beschäftigt und hier gibt es keine konkreten Informationen seitens des Unternehmens Steyr-Daimler-Puch AG. Dem Vernehmen nach interessieren sich, wie ich gehört habe, für das Wälzlager die schwedischen SKF und ein weiterer ausländischer Konzern. Im Wälzlager sind immerhin gegenwärtig noch zwischen 800 und 900 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Allerdings möchte ich auch dazu bemerken, daß in diesem Betrieb seit Wochen die Arbeiter und Angestellten 2,5 Stunden pro Woche länger arbeiten müssen, also 42,5 Stunden. Und wie ich gehört habe vom Betriebsratsobmann der Arbeiter, vom Kollegen Vorhauer, ist der Betrieb mit Aufträgen ausgelastet. Von Experten wird damit gerechnet, daß je nachdem, wer einsteigt, die Beschäftigungszahl sogar dort halbiert würde oder künftig überhaupt nur noch aus dem Ausland bestimmte Importe hier hereinkommen und diese Produkte eben zur Verpackung kommen. Jedenfalls, meine Damen und Herren des Gemeinderates, bedeutet dies einen weiteren schweren Schlag für die Arbeiter und für die Angestellten, aber auch zugleich für den Arbeitsmarkt in unserer Region und im besonderen auch für unsere Stadt Steyr. Überdies ist auch, wie man wiederum hört, die Zergliederung der Lkw- und Traktorenfertigung im Gespräch. Der Vorstand dürfte sich davon erwarten, daß die beiden Bereiche für sich leicht an den Mann zu bringen bzw. an das Auslandskapital zu verschachern sind. Wie stark die brutale Faust der Arbeitsplatzvernichter bereits zugeschlagen hat, zeigt auch die Bilanz von Steyr-Daimler-Puch AG. Diese Bilanz hat auch bei der letzten Metallarbeiterkonferenz Nationalrat Leithenmayr deutlich unterstrichen, wo er hingewiesen hat, daß 44 Prozent der Arbeiter und 27 Prozent der Angestellten abgebaut wurden.

Ich sage hier, seit 1980 wurden in den Steyr-Werken in unserem Bereich mehr als 3.500 Arbeitsplätze vernichtet. Parallel damit ging die Zergliederung dieses einheitlichen Betriebes vor sich, gleichzeitig mit dem rigorosen Arbeitsplatzabbau wie auch der soziale Abbau. Wie sich diese Politik auf die Stadt Steyr auswirkt, zeigt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die ich auch nicht heute näher beleuchten möchte, weil dies schon einleitend bei den Mitteilungen unser Bürgermeister Schwarz verdeutlicht hat. Daß hier, obwohl allgemein die Arbeitslosenrate oder -zahl rückläufig ist in diesen Frühjahrsmonaten im Vergleich zum Vorjahr, die Zahlen steigen in Steyr im Vergleich zum März 1987 um 120 oder 121 auf über 3.000 Arbeitslose.

Es zeigt sich also, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß meine Warnungen vor den Folgen dieses Regierungskurses und auch der Manager von Steyr-Daimler-Puch mehr als nur berechtigt waren und daß diese Politik letztlich an die Substanz der Stadt Steyr durch Millionen an Steuerausfall, Verlust an Kaufkraft und steigende Arbeitslosigkeit geht. Leider, möchte ich wiederum sagen, hat sich die Steyrer SPÖ-Mehrheit stets dem Regierungskurs untergeordnet und darauf auch verzichtet, ihre Macht, nämlich die Macht auch der 23.000 Gewerkschaftsmitglieder

in unserer Region, dagegen einzusetzen. Heute hat man sich offenbar mit der Zerschlagung des einheitlichen Steyr-Daimler-Puch-Konzerns bereits abgefunden. Abschließend möchte ich kundtun, das ist meine ehrliche Meinung. Die Zukunft und die Entwicklung der Stadt Steyr ist und bleibt eng verbunden mit unserem entscheidenden Betrieb, den Steyr-Werken und ihren Arbeitern und Angestellten und Technikern. Das, meine Damen und Herren des Gemeinderates, verlangt auch von Ihnen ein klares und deutliches Bekenntnis dazu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte zunächst danken, daß Kollege Tremel dieses Thema angeschnitten hat. Seitens der Stadt möchte ich sagen, daß wir uns laufend informieren über die Situation. In erster Linie natürlich über die Belegschaftsvertretung, mit der wir ja ständig in Kontakt sind in den verschiedenen Gremien, und Kollege Pimsl wird namens der sozialistischen Fraktion hier dazu Stellung nehmen. Ich darf sagen, daß selbstverständlich die Stadt das größte Interesse hat, wir sind ja eine Schicksalsgemeinschaft - das möchte ich sehr deutlich sagen - an der Weiterentwicklung dieser Unternehmungen bei uns. Ich muß aber in dem Zusammenhang, ich habe diese Gerüchte bereits gehört über die Situation im Wälzlagerwerk und wollte mich diese Woche aus erster Hand informieren. Der zuständige Direktor Stroemann ist aber leider diese Woche im Ausland und ich möchte seine Rückkunft abwarten, damit ich hier aus erster Hand Informationen erhalte. Ich möchte darauf hinweisen, daß gerade die Belegschaftsvertretung, die im letzten Jahr wirklich große Leistungen erbracht hat, die sich bemüht hat, in unzähligen Verhandlungen für die Dienstnehmer des Werkes, für den Betrieb das bestmögliche herauszuholen. Ich möchte Ihnen auch hier von dieser Stelle aus dafür sehr herzlich danken, Sie haben sicherlich keinen leichten Stand und diese Tätigkeit ist gerade in der jetzigen Zeit sicherlich nicht beneidenswert. Ich glaube, daß alles getan wird von dieser Seite, damit die Bemühungen, die auch im Interesse der Stadt sind, hier entsprechende Unterstützung erfahren. Ich darf also nochmals darauf hinweisen, ich werde mich laufend weiterhin informieren und selbstverständlich auch den Gemeinderat von diesen Mitteilungen in Kenntnis setzen. Kollege Pimsl hat sich für die sozialistische Fraktion zu Wort gemeldet.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Seit Jahren beschäftigen wir uns im Gemeinderat mit den Steyr-Werken, bedauerlicherweise nicht in jener Form, die uns Anerkennung für eine wirtschaftliche Tätigkeit aussprechen läßt, sondern uns dauernd in Widerspruch zu den Maßnahmen der Unternehmensleitung und des Eigentümers führt. Tatsache ist, daß im Wälzlager schon mehrmals der Versuch gestartet wurde, um den Bestand des Wälzlagerwerkes zu sichern, dieses mit einem zweiten oder dritten Partner zu kooperieren und das Wälzlagerwerk auf ein besseres Standbein zu stellen. An und für sich ist dem nichts entgegen zu halten. Es ist auch nicht unbedingt unsere Meinung gewesen, bei der Ausgliederung einzelner Betriebe und Werke, daß dies der Weisheit letzter Schluß sei. Es ist aber unbestritten, daß Steyr immerhin als Unternehmen 15 verschiedene Produkte herstellt und daß diese Produkte untereinander kaum Gemeinsamkeiten haben, weil sowohl von der Anwendung, vom Vertrieb her, verschiedene Kundenkreise dafür geworben werden müssen. Daher ist es nicht immer ganz unverständlich, wenn man versucht - wobei über den Weg dazu es durchaus verschiedene Auffassungen geben kann, ob in Form einer rechtlichen Verselbständigung, das ist der deutlichste und klarste Schritt, oder einer organisatorischen Verselbständigung dieser Notwendigkeiten Rechnung getragen wird. Steyr hat, so wie andere Unternehmungen auch, ich verweise nur auf die ÖAAG - das muß nicht unbedingt positiv sein, was man hier meint - eine Auseinandernehmung der großen Konzerne gemacht, um sie überschaubarer und effizienter zu gestalten.

Eines steht auch fest, meine Damen und Herren, und das müssen wir gerade als Mitarbeiter der Steyr-Daimler-Puch AG mit großer Betrübnis feststellen, daß in der Öffentlichkeit über die Steyr-Daimler-Puch und deren Unternehmensstrategie und deren Mitarbeiter kaum mehr ein positives Bild zu unserem Bedauern gezeichnet wird. Und daher auch die Bereitschaft, den Mitarbeitern dieses Unternehmens, die unverschuldeterweise - ich betone, unverschuldeterweise - heute das ausbaden müssen, was von der Vergangenheit bis heute versäumt wurde, das auf den Kopf zu werfen. Daß man aber auch kaum Bereitschaft zeigt, über ein bestimmtes Maß hinaus - und das geht nicht einmal mehr so weit, daß man sich oft solidarisch erklärt mit den Beschäftigten dieses Unternehmens - etwas zu tun. Es ist auch nicht immer möglich, zugegebenerweise, aufgrund der Staatsfinanzen, in den Staatssäckel zu greifen, um sozusagen eine dauernde Subvention an bestimmte Firmen zu geben. Auch das müssen wir als Mitarbeiter dieses Unternehmens zur Kenntnis nehmen. Es ist erst wieder vor wenigen Monaten von der Unternehmensleitung der Versuch gestartet worden, im Wälzlagerwerk eine Zukunftssicherung in der Form durchzuführen, daß man einen Partner versucht zu gewinnen, der das gewährleistet. Ich muß aber energisch, zumindest wenn gemeint war, daß zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung diesbezüglich Geheimverhandlungen stattfinden oder stattgefunden haben, und ganz deutlich sagen, das hat es nie gegeben und das wird es nie geben. Im Gegenteil, hier komme ich auf das, was Kollege Tremml angeschnitten hat, zurück. Es waren die Betriebsräte im Aufsichtsrat unseres Unternehmens, in dem Fall sogar ich - aber das tut nichts zur Sache - die im Aufsichtsrat den Vorstand gefragt haben, aufgrund verschiedener Vorgänge, was im Wälzlagerwerk beabsichtigt sei. Die Auskunft des Vorstandes war die, daß man versucht, einen starken Partner zu finden, der die Möglichkeit gibt, den Standort Wälzlagerwerk für die Zukunft zu sichern. Allerdings mit jener Einschränkung, daß zukünftig bei einer Anpassung und unter Mitwirkung eines unter Umständen Mehrheitseigentümers jene Dinge gemacht werden müssen, die zwei Schritte vorsehen. Erstens einmal die Übernahme des Unternehmens zu freien Lasten, das heißt keine Übernahme aller Rechte, die erworben wurden. Ob das eine Abfertigung oder noch - sie sind ohnedies schon sehr gering - bestehende Sozialleistungen sein könnten. Zweitens eine Anpassung der Produkte an die Notwendigkeiten eines internationalen Konzerns. Das heißt eine starke Reduzierung des derzeitigen Typenangebotes, und zwar nicht nur eine Halbierung, ich glaube sogar zwei Drittel der bestehenden Palette müßte aufgelassen werden, dafür können größere Serien über einen längeren Zeitraum gefertigt werden zu kostengünstigeren Preisen. Das bedeutet aber, daß nach Auskunft der Firma - ich wiederhole die gegebene Auskunft - maximal etwa 600, aber wahrscheinlich eher 500 Beschäftigte in der Zukunft dort einen Arbeitsplatz vorfinden werden. Wobei aber die Bezahlung, das sage ich jetzt als Betriebsrat, klarerweise eine offene Frage darstellt. Das ist derzeit der Stand der Dinge. Das ist eine Aussage, die uns schwer getroffen hat. Wir haben aber in keiner Weise, es war am 29. Februar dieses Jahres - dieses Datum ist mir aus anderen Gründen noch sehr gut in Erinnerung - wir haben sofort die Belegschaft von diesem Vorgang informiert, weil auch ich meine, daß ich zwar durchaus im Sinne des Aktiengesetzes auf eine gewisse Vertraulichkeit im Aufsichtsrat nicht verzichten kann, aber diese Vertraulichkeit, weil es die Belegschaft unmittelbar berührt, keinesfalls entsprechen kann, sondern es meine Pflicht und Aufgabe ist, meinen eigenen Kolleginnen und Kollegen, die ich zum Teil zu vertreten habe, wenn auch nicht mehr in der Form wie früher, wissen zu lassen, was unter Umständen für diese Personen ins Haus steht.

Das ist derzeit der Stand der Dinge. Wir haben uns insofern zurückhaltend geäußert, zumindest ich und auch mein Kollege Leithenmayr, weil wir keine Namen der hier genannten Firmen in die Öffentlichkeit getragen haben. Sie waren zum Teil naheliegend, zum Teil waren sie kein Geheimnis, aber es ist sicherlich nicht sehr gut, wenn man aus drittem Mund bestimmte Partner, die in Frage kommen, hinausträgt, weil dann unter Umständen der Schaden irreparabel werden könnte, wo-

mit den Kolleginnen und Kollegen nicht gedient ist. Als Mitglied der sozialistischen Fraktion muß ich allerdings eines richtigstellen, es stimmt nicht, daß die sozialistische Fraktion, die sozialistische Alleinregierung und die sozialistische Regierung in der kleinen Koalition sich nicht für die Mitarbeiter unseres Unternehmens in jeder Weise vorbildlich eingesetzt haben. Ich verweise, lieber Kollege Tremel, daß im Jahre 1984 erstmalig und nur ein zweites Mal in einem anderen Ort wiederholend, eine Regierungsklausur in Steyr stattgefunden hat und ein direkter Eingriff, der in der Öffentlichkeit und beim Eigentümer sehr übel vermerkt wurde und wird, gegen beabsichtigte Kündigungen erfolgte, indem dem damaligen Generaldirektor Malzacher erklärt wurde, daß die 900 angekündigten Kündigungen, die beim Neujahrsempfang 1984 beabsichtigt waren, so reduziert wurden, daß ein Drittel davon - das ist mehr als genug, denn jeder Gekündigte ist einer zuviel - dann letztlich das Werk verlassen mußten und nicht 900. Daß aber daraus der Eigentümer ableitet, daß durch den Eingriff der Regierung die wirtschaftliche Sanierung des Unternehmens verzögert wurde, ist die 2. Seite der Medaille, die uns heute vorgeworfen wird. Das möchte ich nicht verschweigen. Es war meines Erachtens nach absolut richtig, daß sich die Bundesregierung in dieser Form mit der Belegschaft solidarisiert hat. Heute ist es unter anderen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht mehr möglich. Auch das müssen wir zur Kenntnis nehmen, so schwer es uns dabei fällt, daran zu glauben. Es haben sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Land derart verändert, daß wir als Belegschaft mit Sicherheit nur jene Erfolge aufweisen können, die uns kraft unserer eigenen Stärke tatsächlich noch erreichbar erscheinen. Wir müssen uns daher auf unsere eigene Geschicklichkeit, auf unsere eigene Kraft und auf unseren eigenen Glauben an den Bestand und die Zukunft der Steyr-Werke richten und danach handeln. Ich weiß, wie schwer das für jeden Einzelnen von unseren Kolleginnen und Kollegen ist, aber ich glaube auch sagen zu dürfen, und ich bin nicht ganz neu in dieser Funktion, daß es auch für jeden Betriebsrat eine Situation darstellt, wie sie seit Jahrzehnten niemandem bekannt war und auch wahrscheinlich auch so schnell nicht wiederkommt. Denn entweder überleben wir das gemeinsam oder - das muß ich leider sagen - wir werden gemeinsam daran scheitern.

Ich werde bis zum Letzten, soweit ich - ich möchte nicht übertreiben - kann, meine Aufgabe darin sehen, so weit es geht, jedem Einzelnen dabei zu helfen, daß wir unsere Arbeitsplätze in größtmöglichem Umfang erhalten können. Das ist meine, das ist unsere Aufgabe. Dazu kann auch der Gemeinderat in seiner Gesamtheit, aber auch jeder Einzelne seinen Beitrag leisten. Dazu gehört, sowohl was die Treue zu unserem Produkt anbelangt, indem man nicht nur darüber redet, daß wir Qualität herstellen, sondern auch Qualität kaufen kann und nicht nur darüber redet. Daß wir die moralische und auch jene Unterstützung geben, die uns befähigt, dieses Überleben zu ermöglichen. Ich darf diese Bitte an alle hier Anwesenden richten, darf sie aber auch an die Öffentlichkeit richten, weil ich meine, es ist derzeit viel schöner und viel leichter, über jene zu schimpfen, die seit Jahren nichts mehr zuwege bringen, ob Unternehmensleitung oder Belegschaftsvertreter. Daß es aber nur dann möglich ist, aus dieser Situation herauszukommen, wenn wir einerseits selbst an die Zukunft glauben und dabei auch Zukunftsperspektiven aufzeigen können - leider Gottes meiner Erachtens zu wenig. Die Diskussionen um eine weitere Aufgliederung des Unternehmens im Bereich des Hauptwerkes nach verschiedenen Produkten und Sparten ist sicherlich nicht nur ein Gerücht, sondern hat handfeste Hintergründe. Mag es noch immer im Rahmen einer wirtschaftlichen Überlegung durchaus machbar und auch realistisch sein, es ist nur durchaus berechtigt, seine Zweifel von hier aus dabei anzumerken, weil wir bedauerlicherweise mehrmals schon erfahren mußten, daß man manchmal eine Braut herausputzen wollte, um sie an den Mann zu bringen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für diesen ausführlichen Beitrag. Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Es ist zweifellos ein wahrlich bewegendes Thema, das jetzt in der Aktuellen Stunde gestellt wurde. Ich möchte dort anfangen, wo Kollege Pimsl aufgehört hat, die Braut herausputzen. Hoffentlich putzt man die Braut nicht so weit heraus, daß sie dann am Totenbett verehelicht wird. Die Situation ist wirklich nicht so, daß wir hier Wortspiele machen wollen. Ich schätze den sehr sachlichen Ton des direkt betroffenen Betriebsrates der Angestellten, weil Du hier nicht versucht hast zu polemisieren. Das wäre sicher sehr spektakulär gewesen, aber vermutlich bringt es uns nichts. Ich teile vollkommen den Appell des Kollegen Stadtrat Pimsl, wenn er um moralische Unterstützung und um Produkttreue aufruft. Die Stadt selbst hält ja soweit sie kann Produkttreue zu den Produkten der Steyr-Daimler-Puch AG. Ich würde das sogar als vorbildlich darstellen, wie hier die Produkte des heimischen Betriebes genutzt werden. Es wäre schön, wenn wir - das ist ja unser einziger Beitrag, den wir tatsächlich als politisches Gremium leisten können - die uns jeweils zukommenden Kontakte zu den übergeordneten Stellen noch besser dazu ausnützen könnten, daß die übergeordneten Stellen auch so produkttreu wären. Sicher erschüttert es jeden von uns, wenn er auf der Autobahn fährt und östlich von Amstetten plötzlich Straßendienstwagen eines anderen Herstellers sehen muß. Sicher erschüttert es jeden, wenn östlich von Amstetten die Post- und Bahnautobusse nicht mehr Steyr-Daimler-Puch-Produkte sondern Produkte anderer Hersteller sind, der im Inland nur Montagefertigung macht. Der Steyrer Gemeinderat an sich kann das aber mit Beschluß nicht verändern. Unsere Bemühungen, ich kann das von Seiten meiner Partei aus bestätigen, sind immer dahingehend, daß wir ständig darauf aufmerksam machen, bitte gebt doch den Steyrer Produkten bei der Beschaffung den Vorzug. Ich glaube auch, daß das im Bereich des Landes Oberösterreich im wesentlichen geschieht auch im Rahmen der Bundesstraßenverwaltung. Hier sind ja, abgesehen von einigen Sonderfahrzeugen, fast ausschließlich Steyrer Produkte in Verwendung.

Ich glaube aber, etwas anderes sollte als Aufruf vom Gemeinderat an die Öffentlichkeit, die diesen Gemeinderat als ihre Vertretung ansehen soll, doch ergehen. Und zwar die Stimmung, die doch gegen die Steyr-Werke zur Zeit ist, dahingehend zu korrigieren, daß man der Wahrheit wieder die Ehre läßt. Es wird im Steyr-Werk ein hervorragendes Produkt gefertigt, das bestätigen alle Anwender der Produkte. Man hört kaum Kritik an der Qualität und es wird hervorgehoben die Tüchtigkeit und die Fähigkeit des Arbeiters in der Region Steyr. Die Betriebsansiedlung BMW und die hohe Qualität, die dort gefertigt wird, beweisen es ja. Wir haben ja nicht Grund, uns jetzt gegenseitig zu bedauern - ja zu bedauern schon - aber uns gegenseitig mies zu machen. Im Gegenteil, das Produkt ist gut, die Qualität ist gut und die Solidarität der Arbeitnehmer mit dem Unternehmen in dieser schwierigen Zeit ist sicherlich auch nichtkritikwürdig. Der Betriebsrat agiert meiner Meinung nach in einer sehr disziplinierten Form. Er kann ja nichts anderes. Wenn ich mir vorstelle, ich wäre dort oben Betriebsrat und müßte dort Verantwortung tragen, so glaube ich, könnte ich nicht anders als versuchen, am Verhandlungsweg das bestmögliche zu erreichen. Laut lärmend und mit Demonstrationen glaube ich, würde man das Ergebnis noch schlechter machen. Laut lärmende Demonstrationen rufen nur internationale Schlagzeilen hervor und genau in Zeiten, wo man um internationale Kooperationen - ich nenne das nicht verschachern, ich bin kein Vertreter der Steyr-Daimler-Puch AG, aber ich hoffe, daß das nicht ein Verschachern ist, ich hoffe, daß das nicht das am Totenbett Herausputzen ist und ich hoffe, daß es nicht dazu führt, daß eine Marke ausgekauft werden soll, wie das ja auch schon ab und zu passiert ist. Wenn wir das sehr - ich erwähne es ja ausdrücklich und hoffe, daß das nicht passiert, daß eine Marke ausgekauft wird und damit der ganze Standort verloren geht, sondern daß das nicht Auftreten von lauten Demonstrationen doch die international denkbaren Partner glauben läßt an den Industriestandort Steyr. Das ist nämlich auch etwas sehr Wesentliches. Wir sind nicht nur im Osten Europas in einer arbeitsteiligen Wirtschaft, sondern

wir sind auch im westlichen Wirtschaftssystem immer mehr auf dem Weg zur Arbeitsteiligkeit. Das ist eine Weisheit, die nicht von mir stammt, das kann man in fast allen Wirtschaftspublikationen erkennen. Die Arbeitsteiligkeit kann aber der kleine Partner nur dann konsumieren, wenn er ein glaubwürdiger und seriöser Partner ist. Streiks haben die im Ausland selber genug und darum sage ich ja, daß sich die Betriebsräte vorbildlich verhalten und daß die Betriebsräte die Intentionen des Werks, wenn man gute Absicht unterstellt und das sollten wir zunächst einmal nicht zerstören. Daß wir alle tief betroffen sind von der Situation ist ganz klar, daß wir alle nahezu ratlos sind, wenn die Befürchtungen im Wälzlagerwerk wahr werden und ein Beschäftigtendefizit von 400 dann wieder auftritt, wohin diese 400 unterzubringen, das brauchen wir uns gegenseitig nicht zu beteuern, das wissen wir alle und gerade darum glaube ich daß es richtig ist, die Dienstleistungssparte in der Stadt zu fördern. Unser Gemeinderat als Gremium hat heute wieder eine weitere Unterstützung des Fremdenverkehrsverbandes beschlossen. Unser Gemeinderat beschließt laufend in Einmütigkeit Maßnahmen, die zur Struktur in unserer Stadt und auch für den Besucher sichtbaren Strukturen dazu beitragen, daß es auch ein Beitrag zur Bewältigung der Situation wird. Das allein hilft natürlich den 400 nicht, die jetzt um ihren Arbeitsplatz zittern. Ich kann nicht recht viel mehr sagen dazu, weil es ja kein Lösungsrezept gibt. Wenn das so leicht wäre, daß man innerhalb von 5 Minuten in einem Diskussionsbeitrag sagt, das machen wir so, Schritt eins, Schritt zwei, Schritt drei. So nehme ich ja an, daß das halbwegs tüchtige Manager im Unternehmen schon längst getan hätten.

Was ich sagen kann ist, daß wir von der Österr. Volkspartei ein tiefes Mitgefühl mit den Mitarbeitern der Steyr-Daimler-Puch AG empfinden. Ich traue es mir auch wirklich zu sagen als Obmann dieser Partei, daß wir auch ein sehr tiefes Mitgefühl mit den Personalvertretern der Steyr-Daimler-Puch AG empfinden. Ich möchte das abschließen mit den Worten: Betriebsrat im Steyr-Werk möchte ich zur Zeit nicht sein, weiß Gott nicht. Und Euch, liebe Freunde in den Steyr-Werken, und Euren Kollegen oben kann ich nur sagen, Glück auf und viel Kraft für die Zukunft, alles Gute. Mehr ist nicht drinnen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub. Namens der GAL bitte Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Leider gibt es hier nur Aussagen von Leuten, die politisch tätig sind und nicht konkrete Aussagen von der Firmenleitung, was sie planen, was sie vorhaben. Es ist immer so ein Wechselspiel, wobei die Geheimnisse sehr gut gehütet werden und dann sehr plötzlich an die Öffentlichkeit kommen. So geht es auch im Gemeinderat, der erfährt sehr sehr spät, was die Firmenleitung wirklich will. Ob er ein Anrecht hat oder kein Anrecht hat, das sei einmal dahingestellt.

Kollege Pimsl als Betriebsrat der Angestellten, ich habe mir kurz aufgeschrieben was Du alles aufgezählt hast. Kugellagerverkauf, Aufteilung der Steyr-Werke, Zerschlagung der Verstaatlichten im Wortsatz, Abbau der Sozialleistung, Reduzierung der Produkte. Wenn ich das von Dir schon höre, so frage ich mich, wie weit ist die Gewerkschaft schon entmachtet worden, wie weit gibt es noch Solidarität unter den Arbeitern, damit dies alles, was Du gesagt hast, nicht passieren kann. Die letzte Zeit hat uns bewiesen, daß das ständig immer wieder eintritt, daß die Gewerkschaft eben mitzieht, aus welchen Gründen immer. Aber wenn sich die Gewerkschaft nicht besinnt ihrer Tätigkeit als Vertreter derer, die jetzt um ihren Arbeitsplatz bangen müssen, wer soll dann wirklich diese Leute vertreten, wenn ständig immer wieder Kündigungen kommen und immer wieder Arbeiter entlassen werden? Vor einigen Jahren ist immer gesagt worden, wir haben keine Arbeit, darum müssen wir reduzieren, darum brauchen wir weniger Arbeiter. Jetzt gibt es genug Arbeit und trotzdem wird gekündigt. Dann ist ja das eine Argument eigentlich in

der Luft gegangen und man hat es nur benutzt, um dem Arbeiter nicht die nötige Kraft zu geben, damit er sich aufhalten kann.

Ich glaube, daß die Solidarität unter den Arbeitern heute schon so aufgerieben worden ist durch den ständigen Arbeitskampf, daß jeder nur um seinen eigenen Arbeitsplatz kämpft und dann frustriert nach Hause geht, wenn er seinen eigenen Arbeitsplatz verlassen hat. Das große Ziel der Gewerkschaft, Solidarität zu üben und solidarisch aufzutreten, das gibt es heute meines Erachtens nach nicht. Ich bin immer wieder schockiert, wenn ich hören muß, wir müssen die Produkte reduzieren, wir müssen uns auf einige Produkte konzentrieren, damit man dort effektiver arbeiten kann, damit man höhere Stückzahlen aus der Fabrik bringen kann, damit das Produkt billiger und am Markt leichter verkaufbar wird. Ich glaube, je weniger Standbeine die Steyr-Werke haben, desto schwieriger wird es für sie in Zukunft sein. Denn wenn man mit drei Standbeinen dasteht und eines wird abgehakt, dann fällt die Firma leichter. Jetzt haben wir 15 gute Produkte, nur man müßte eben einmal klären, warum werden diese Produkte nicht verkauft? Oder wie es jetzt im Kugellager ist, jetzt werden die Produkte schon sehr gut verkauft und trotzdem wird gekündigt. Ich frage mich, wo ist hier der Grundgedanke, was wollen die Unternehmer mit diesem Steyr-Werk machen? Wenn man sich den Lkw-Sektor anschaut, so muß man doch früher oder später daraufkommen, daß das gute Produkt eigentlich immer schlecht verkauft worden ist. Das gute Produkt wurde in alle möglichen Staaten verbracht, nur am europäischen Sektor wurde relativ wenig getan in der Werbung, im Verkauf, damit man hier Fuß fassen könnte. Ich glaube, hier liegt auch eine Teilschuld an diesem mittleren Management, an diesem Verkaufsmangement. Doch bezahlen muß im Prinzip immer nur der Arbeiter, immer nur der Letzte. Da ist es ja auch am leichtesten, weil der Letzte kann sich am wenigsten wehren. Nur mit der Solidarität hat er sich wehren können, mit der Geschlossenheit, mit dem geschlossenen Auftreten. Das ist vorbei. Ich glaube, hier im Gemeinderat darüber schöne Worte zu verlieren, wie es in den Steyr-Werken geht oder nicht geht, finde ich eigentlich banal. Denn wir können nichts ändern. Wir könnten nur ändern, daß die Arbeiter zum Arbeiter besser stehen, daß der Arbeiter den anderen Arbeiter wieder versteht. Bewußtseinsbildung machen, Förderungen im Bereich der Bewußtseinsbildung zu machen. Hier kann die Stadt wirklich eingreifen. Man könnte mit den Arbeitern wieder neu beginnen, man könnte ihnen sagen, wo die Schwierigkeiten liegen. Genau das wird nicht gemacht. Mir ist vollkommen klar, daß die Leute das dort wissen, nur jeder will seinen Arbeitsplatz erhalten. Genau seinen. Der, der nebenbei steht, der ist nicht mehr interessant. Wenn man das fortsetzt, so wird dieser Betrieb so weit zerschlagen, bis er verkaufbar ist und vielleicht wird es sogar von diesem Standort abgezogen und es bleibt nichts übrig.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Zu diesem wichtigen und interessanten Thema haben sich noch einige Kollegen gemeldet. Ich möchte auch Kollegen Vorhauer als Betriebsratsobmann des Werkes die Gelegenheit geben zur Stellungnahme.

GEMEINDERAT ANTON VORHAUER:

Werte Gemeinderatsmitglieder, geschätztes Präsidium!

Ich bin sehr froh, daß ich zu diesem heiklen Thema Stellung nehmen kann. Ich komme gleich einmal zu Kollegen Ramoser. Es ist leider Gottes so in der schwierigen Situation, daß ausgerechnet die, die sich am wenigsten auskennen, den größten Blödsinn erzählen. Stimmen tut so vieles. Ich bin froh und sehr erfreut darüber, daß z. B. Kollege Treml in der Gemeinderatsitzung eine Darstellung gegeben hat, wie es wirklich aussieht, vor welchen Schwierigkeiten wir stehen, was auf uns zukommen könnte, und zwar deswegen, weil er damals darauf hingewiesen hat, daß ein Papier existiert aus dem Jahre 1930, ausgesendet von der Generaldirektion. Dort hat es ähnlich begonnen wie jetzt. Natürlich haben wir als Betroffene - betroffen deswegen, weil wir Betriebsräte vom Wälzlagerwerk sind. Einer von meiner

Kollegenschaft ist auch da, und zwar der Brandsötter Sepp. Ich bin besorgt, darüber gibt es überhaupt keine Frage. Aber es geht da um mehr. Man muß sich natürlich mit der Materie befassen und Kenntnisse vom Werk besitzen. Wenn ich nur darüber nachdenke, daß Kollege Ramoser sich so oft meldet über so belanglose Dinge, daß ich mir fast denke, ob das überhaupt Bedeutung hat. Ich gebe nur in einem Punkt Kollegen Ramoser recht, wenn er immer wieder von den Grünen spricht, wie sie sich einsetzen, wenn es um Ereignisse geht wie z. B. Tschernobyl oder Dinge, die die Umwelt betreffen. Das sollten wir alle sehr ernst nehmen, da gebe ich ihm recht. Aber daß Du über Dinge redest, die zur Zeit im Werk mit unserer Belegschaft passieren, das leuchtet mir eigentlich nicht ein.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich war 4 Jahre Arbeiter in den Steyr-Werken.

GEMEINDERAT ANTON VORHAUER:

Ich habe Dich auch ausreden lassen, bitte lasse auch mich fortfahren. Gehen wir einmal davon aus, daß eines nicht stimmt, so wie das Kollege Tremel behauptet oder zumindest die Meinung vertritt, wir haben uns noch nicht abgefunden damit. Sondern ich habe schon in der Gemeinderatsfraktion eine Darstellung abgegeben und habe ersucht, den Bürgermeister an der Spitze, daß er uns in dieser schwierigen Situation den Beistand leistet. Er hat erklärt, daß er das tut und wir freuen uns darüber. Daß die Gewerkschaft entsolidarisiert ist stimmt auch nicht, lieber Freund, weil ja bei den Konferenzen ständig über diese Probleme geredet wird und ein Zusammenhalt in dieser Frage schon gegeben ist. Nur eines stimmt, daß diese Aufgabenstellung sehr schwierig ist. Ich habe schon in der AZ darauf hingewiesen, daß wir uns auf diese Weise wenn möglich mit allen Institutionen, die es gibt, wehren wollen. Nur daß der Geschäftsführer derzeit vom Wälzlager sich in Amerika befindet und wahrscheinlich wieder ein Geschäft aufreißen will, damit wir Arbeit haben und daß eine Situation herrscht, daß wir jetzt momentan sehr viel Arbeit haben, aber daß auch nebenbei über diese Verluste, die bestehen, geredet werden muß. Und zwar deswegen, weil man es nur so verstehen kann, daß eine Verlustziffer im Wälzlager von Ende 1987 mit 135 - operatives Ergebnis - besteht und wir eine Sorge haben, daß wir diese Verluste endlich einmal bereinigen können. Jetzt frage ich mich, ob mir Du vielleicht Antwort geben kannst, oder einen Weg zeigen kannst, wie soll man solche Verluste reduzieren? Einen Verlust reduzieren ist nur möglich, wenn eine besondere Leistung erbracht wird. Ich habe das schon bei anderen Veranstaltungen oder bei ähnlichen Gesprächen so verdeutlicht, daß man - entschuldige diese Darstellung - einem Nackten nicht in den Hosensack greifen kann. Deswegen ist das so, daß in unserer Situation, wo so viele Verluste bestehen, vielleicht nicht durch eine Mehrleistung, ich will damit sagen, daß der Generaldirektor-Stellvertreter Feichtinger bei uns im Haus war und dort seine Vorstellungen dargelegt hat. Er hat dabei vier Punkte angeführt: 1. Überstunden machen bis zum Teufel komm heraus; 2. eine flexible Arbeitszeit; 3. Regieumsetzung in Akkord; 4. Mehrleistung. Ich habe Generaldirektor-Stellvertreter gesagt, daß der erste Punkt, Überstunden bis zum geht nicht mehr bereits erfüllt wird, auch im Hauptwerk, nicht nur im Wälzlagerwerk. Den zweite Punkt, die flexible Arbeitszeit, haben wir bereits eingeführt, und zwar nur aus dem Grund, daß wir dem Vorstand diese Argumente aus dem Weg räumen, die er immer wieder anführt, daß ein Beitrag von der Belegschaft nicht gemacht wird. Verlieren tun wir deswegen ja nichts. Das ist ja nur kurzfristig. Bis Juli wird das im Wälzlager gemacht. Der dritte Punkt ist die Umsetzung von Regie in Akkord, das haben wir auch bereits gemacht. Der vierte Punkt, eine Mehrleistung zu erbringen, da habe ich dem Generaldirektor gesagt, das kann ich nicht vertreten, denn wenn ich das unserer Belegschaft erklären würde, dann erklären mich die zum Volksnarren. Eine Mehrleistung wird immer schon erbracht, nur geht es darum, wenn man sich zurückerinnert, als der Vorstand das UK 90 erstellt hat 1984 und

daran schon seit 4 Jahren herumgebastelt wird, was man nicht alles tun könnte, daher auch die Ausgliederung des Wälzlagerwerkes. Die ist mit 1. Jänner 1987 erfolgt, um, wie Kollege Pimsl schon erklärt hat, den Betrieb überschaubarer zu gestalten. Wir haben bis 1985/86 ein mittelmäßiges und teilweise gutes Ergebnis erreicht. Nur daß nachher Einflüsse gekommen sind, die weltweiter Natur sind, das heißt, der Dollarverfall ist gekommen, Ölpreis gesunken. In dieser Richtung sind auch wir nicht unverschont geblieben. Jetzt müßte man sich vorstellen, was könnten wir machen. Die Gewerkschaft kann natürlich, um eine Wirtschaftlichkeit zu erreichen, nicht viel reißen. Wenn ich nur daran erinnern darf, daß in England gestreikt worden ist, in Deutschland ein Streik durchgeführt worden ist. Was hat er in Wirklichkeit gebracht? Überhaupt nichts. Er hat nur nach außen hin schön ausgeschaut und da hat man gesagt, diese Leute sind solidarisch, so wie Du es meinst. Aber diese Solidarität, wenn ich am Ende nichts erreiche, bringt nichts. Da verstehe ich das nicht ganz, was damit gemeint ist. Ich möchte behaupten, daß ein Streik in dieser Situation überhaupt nichts bringt. Ich glaube eher, daß wir als Gewerkschafter - da möchte ich aber jetzt nicht so verstanden werden, daß Sie vielleicht glauben, ich will auf die Unternehmerseite gehen. Wir haben ein Umdenken notwendig, und zwar in der Form, daß wir nicht immer nur sagen, die Manager sind die Hunde oder irgend etwas anderes ist schuld, sondern ich glaube auch, daß wir teilweise auch bei uns selbst anfangen müssen. Das ist nicht ein Selbstbekenntnis in der Form, daß ich jetzt zugebe z. B, daß der Generaldirektor glaubt, wir müssen mehr arbeiten oder die anderen wesentlichen Punkte, sondern es geht darum, weil das ständige Jammern uns nichts bringt. Wir müssen selber initiativ werden und ich glaube, daß wir vielleicht doch noch - immerhin haben wir investiert und teure, neue Maschinen angeschafft. Ich glaube daher, daß man die Maschinen nutzen sollte und unter der Voraussetzung, die ich jetzt anführe, Nutzung der Maschinen, die kann ich bei Schichtbeginn einschalten und am Ende wieder ausschalten. Daher ist auch die Leistung, die Feichtinger gemeint hat, gegeben. Das wäre unser kleiner Beitrag, womit wir beweisen können, daß das Werk schon überleben kann. Ich kann mir das nicht vorstellen, Kollege Ramoser, wie Sie meinen, die Solidarität gibt es nicht mehr. So ist das nicht, daß die Angst besteht, das bestätige ich. Es wird immer wieder geredet von der Angst. Natürlich ist es für uns nicht leicht, wie lange wir uns noch halten. Die Arbeit für uns als Betriebsrat, das muß ich ganz ehrlich sagen, ist so schlecht und frustrierend wie noch nie.

Ich wollte damit verdeutlichen, wie es im Wälzlager ausschaut. Wir werden uns sicherlich bemühen und alle Stellen einschalten, die für uns Bedeutung haben, die uns eventuell helfen können. Das wollte ich dazu sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir alle kennen die Situation in den Steyr-Werken und jetzt auch aus dem Wälzlagerwerk. Ich erinnere mich noch sehr gut, als vor ungefähr 1 1/2 Jahren der neue Generaldirektor Voisard gekommen ist und uns, wie ich glaube, sehr objektiv die damalige Situation des Werkes dargelegt hat. Auch sein Programm zur Sanierung, das damals schon gewisse Härten und Einschnitte beinhaltet hat, schien mir irgendwo plausibel. Ich vermisse allerdings bis heute den Erfolg. Was in der Vergangenheit versäumt wurde, können wir nicht in ein, zwei Jahren oder in einem halben Jahr wettmachen. Ich glaube aber, die ganze Diskussion hier im Gemeinderat hat nicht sehr viel Sinn, wenn wir alle bedauern, sondern ich habe schon vor einem Jahr oder vor eineinhalb Jahren die Meinung vertreten, daß wir für diese schwierige Zeit und für die Phase der Umstrukturierung der Steyr-Werke, die Erschließung neuer Märkte, die Anpassung neuer Produkte und dergleichen mehr mit aller Vehemenz, das sage ich jetzt

bewußt, seitens des Gemeinderates, des Bürgermeisters und aller hier vertretenen Fraktionen bei allen zuständigen Stellen, angefangen vom Land, dem Bund, den zuständigen Ministern und dem Bundeskanzler, vorstellig werden müssen mit eminentem Nachdruck, daß für diese Zeit und für diese Phase Hilfe gewährt wird. Obwohl ich prinzipiell gegen eine Förderung der Wirtschaft im allgemeinen bin. Ich glaube nämlich, man sollte sie selber verdienen durch geeignete steuerliche Maßnahmen und durch die Tüchtigkeit. Aber daß man diese Phase mit Subventionen und sei es in Milliardenhöhe überbrückt, damit die Steyr-Werke überleben können. Ich glaube, das müßten wir mit aller Vehemenz betreiben, damit wir die nächsten 1 - 2 Jahre überstehen. Dann wird es mit dem Werk wieder aufwärts gehen. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Schloßgangl für seinen Beitrag. Ich muß anführen in dem Zusammenhang, daß wir uns seitens der Stadt, -Kollege Pimsl hat das Beispiel von 1984 gebracht, wo die Bundesregierung hier in Steyr war - immer mit den Problemen natürlich auch in unserem Gremium und in allen Gremien, in denen jeder Einzelne von uns vertreten ist, ob das die Belegschaftsvertretung ist, die Arbeiterkammer oder sonst eine Organisation, die Einfluß hat. Wir haben das immer getan und daß wir das natürlich auch weiterhin betreiben werden. Ich glaube auch, daß es notwendig sein muß oder ist, daß wir die kritische Lage nicht dramatisch genug schildern können. Sie ist nämlich wirklich für unsere Stadt kritisch. Es ist notwendig, daß man auf diese Situation immer wieder mit besonderer Deutlichkeit hinweist und das werden wir auch seitens des Gemeinderates tun. Zu diesem Problem hat sich noch Kollege Eichhübl gemeldet.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertest Präsidium!
Ich teile durchaus die Sorge der Probleme um das Wälzlagerwerk, die von mehreren Kollegen heute hier sehr ausführlich behandelt wurde. Ich persönlich stehe aber immer wieder bei der Frage an, wie weit es tatsächlich möglich ist, als Außenstehender - in dem Fall ist auch der Gemeinderat ein Außenstehender - in interne Betriebsabläufe einzugreifen. Es ist natürlich so, daß - das wurde heute bereits mehrmals ausgeführt - daß es eigentlich nichts Schlimmeres gibt als eine ständige Diskussion in der Öffentlichkeit und bei allen sich bietenden Gelegenheiten, denn das trägt sicher nicht zu einem besseren Bild in der Öffentlichkeit eines Unternehmers bei. Abgesehen davon müssen Kooperationsgeschäfte nicht immer negative Auswirkungen haben. Das zeigt ja das Beispiel Graz, wo VW und Mercedes durchaus positiv beitragen konnten, daß Arbeitsplätze erhalten und in Zukunft noch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Leider ist das aber anscheinend in Steyr nicht so, denn hier geht es offensichtlich in eine Richtung, wo Unternehmungen tatsächlich verschachert werden sollen zum Nachteil der Belegschaft und zum Nachteil der gesamten Region in Steyr. Das muß man ja immer wieder zum Ausdruck bringen. Daher auch die berechtigte Sorge und die Möglichkeit müßte geschaffen werden, daß auch die Stadtgemeinde Steyr ein entsprechendes Mitspracherecht hat, denn sie hat sich ja auch in besseren Zeiten um die Belange der Steyr-Werke gekümmert und war ein Gesprächspartner dieses Unternehmens. Es darf also nicht so weit führen, daß hier sozusagen die Stadtgemeinde Steyr in ein Eck gerückt wird und am Informationsstand null ausgehungert wird. Das ist die Situation, wie der Bürgermeister sie geschildert hat, wenn ich Sie so richtig verstanden habe. Es wäre daher unbedingt - da unterstütze ich die Meinung des Kollegen Schloßgangl - notwendig, alle Bereiche einzuschalten, es geht ja um hohe finanzielle Beiträge, um Beträge in Milliardenhöhe, und Vorsorge zu treffen, daß man dem Unternehmen in dieser Art und Weise hilft und es nicht damit beläßt, daß wir uns hier im Gemeinderat unterhalten. Die Entscheidung des Gemeinderates wird halt nicht unbedingt ausschlaggebend sein für die Weiterführung eines Betriebes.

Ich appelliere nochmals an alle Anwesenden, vor allen Dingen an den Bürgermeister, die Möglichkeit zu schaffen, Kontakte mit allen nur möglichen Stellen aufzunehmen, um die wirklich sehr schweirige Situation in den Steyr-Werken zu verbessern, damit sich natürlich die Situation am Arbeitsmarkt und die Situation der Wirtschaft der gesamten Region verbessert.

Mehr kann ich wirklich zu diesem aktuellen Thema zur Zeit nicht sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Tatzreiter möchte auch noch einige Sätze dazu sagen.

GEMEINDERAT LEOPOLD TATZREITER:

Geschätzte Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Herr Stadtrat Schloßgangl hat erklärt, daß beim Antritt des Generaldirektors Voisard die damals ausgesprochenen Maßnahmen plausibel geschienen hätten, dennoch ist der Erfolg ausgeblieben.

Nur zwei Sätze dazu, ich bin gleich wieder fertig. Die Schocktherapien, wie sie derzeit wie ein Strickmuster über ganz Österreich verhängt sind von Lohn- und Gehaltsekürzungen, motivieren die Belegschaft sicher nicht.

Eine zweite Sache dazu, es kann wirklich nicht das Richtige sein, weil sich das ausschließlich negativ auf die Wirtschaft auswirkt. Ich glaube, gerade hier hätten wir alle Hände voll zu tun. Ich meine als ÖGB, daß die Solidarität funktioniert, Kollege Ramoser. Ich glaube, wir hätten hier wirklich alle Hände voll zu tun, damit sich hier alle Parteien mit einschalten, um diese Lohn- und Gehaltsekürzungen hintanzustellen, weil es sich sicher wie eine Spirale, wenn sie zurückläuft, als Rückwärtstendenz in der Wirtschaft auswirken würde.

Das wird, glaube ich, die Zukunft zeigen. Ich hoffe, daß da alle Parteien sich einig werden. Das würde ich mir wünschen im Namen der Belegschaft, im Namen aller ÖGB-Mitglieder.

BÜRGEMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tatzreiter für seinen letzten Beitrag.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich zu dem Problem doch noch sagen, daß ich glaube, daß die Ursachen dafür, daß die Situation heute so ist, nicht vor fünf und vor 10 Jahren begonnen haben und auch nicht jetzt so ad hoc lösbar sind. Ich glaube, daß die Ursachen 20, 30 oder gar 40 Jahre zurückliegen, weil man da nicht erkannt hat die Entwicklung der Technologie. Die Entwicklung der Technologie hat zur Folge, daß eben mit Geräten dasselbe oder viel mehr produziert wird, wie früher mit vielen Arbeitskräften. Damit man das in den Griff bekommt, sind strukturelle Veränderungen notwendig. Man hätte damals, das hat ja nicht nur Steyr betroffen, sondern diese Entwicklung ist ja in allen Metallindustrien feststellbar. Ich war vor einigen Wochen bei der GFM, und heutige Untersuchungen ergeben, daß voraussichtlich im Jahre 2000 die Maschinenindustrie weltweit gesehen nur mehr 30 Prozent der Beschäftigten haben wird wie jetzt bei der ungefähr selben Kapazität. So schaut die Situation aus. Das geht ja auch bei uns nicht vorbei. Gerade in Regionen, die industriell strukturiert sind so wie Steyr, so stark industriell strukturiert sind, wirken sich diese Entwicklungen, die meines Erachtens nach so weit zurückliegen, jetzt sehr negativ aus. Die strukturellen Veränderungen, die betrieblichen Umstellungen, andere Produkte erzeugen usw., die Einstellung der Menschen zu diesen Dingen. Das ist ein Vorgang, der sehr langsam vor sich geht. Die Technologie entwickelt sich viel schneller wie dieser Vorgang der Menschen. Darum auch diese fürchterliche Diskrepanz, in der wir jetzt stehen. Wir müssen trachten, diese Versäumnisse - das sage ich deutlich - allgemein, nicht nur bei uns, weltweit gesehen auch in Deutschland, England usw., diese Versäumnisse heute auf schnellem Weg auszugleichen. Dazu ist auch die Unterstützung der öffentlichen Hand einfach notwendig und wir müssen auf diese Dinge immer wieder hinweisen. Ich glaube aber, daß diese Diskussion heute sehr wertvoll

war weil sie gezeigt hat, wie kritisch die Lage ist. Es hat eigentlich jeder Redner zum Ausdruck gebracht, daß er natürlich interessiert ist, daß die Stadt Steyr als Gemeinschaft alle ihre Möglichkeiten, die begrenzt sind, das möchte ich sagen, ausschöpfen wird, um darauf aufmerksam zu machen und Hilfestellung zu geben.

Wir haben noch eine Partei, die ein Thema heute in der Aktuellen Stunde anführen will, die FPÖ. Bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorausschicken, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß das Thema, das ich heute im Rahmen der Aktuellen Stunde bringen werde, Gott sei Dank nicht die Bedeutung hat als jenes, das wir sehr ausführlich und bedauernswerterweise sehr lange diskutieren. Ich darf Sie aber trotzdem bitten und einladen, sozusagen unter dem Motto "Im Mittelpunkt steht der Mensch", sich meinen Beitrag anzuhören.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe bereits vergangenes Jahr im Rahmen einer Aktuellen Stunde über die Ausstellung "Arbeit/Mensch/Maschine im Wehrgraben" gesprochen und habe auch auf die "Belästigung" durch den fließenden, aber vor allen Dingen durch den ruhenden Verkehr der dort wohnenden Bevölkerung hingewiesen. Nachdem ich die Hoffnung vertreten habe, daß es im heurigen Jahr wieder weitergehen wird, habe ich den Vorschlag gemacht, daß man zumindest in der Form Abhilfe schafft, daß man die bestehenden Parkplätze, vor allen Dingen im Bereich Kohlanger markiert, um zumindest zu gewährleisten, daß die dort wohnenden Menschen von den Parkplätzen herausfahren können. Nun ist es also wieder so weit, in wenigen Tagen gibt es eine Wiedereröffnung des Museums Industrielle Arbeitswelt, nämlich am Samstag, 23. April. Sehr viele Bewohner unserer Stadt blicken wieder mit Stolz in den Wehrgraben und sehr viele erfreuen sich schon jetzt der positiven Begleiterscheinungen, die diese Ausstellung zweifelsohne wieder nach sich ziehen wird.

Meine Damen und Herren, aber so manchem wurde bereits vergangenes Jahr die Vorfreude am Besuch unserer Stadt und vor allen Dingen der Ausstellung etwas vermiest, nämlich dann, wenn er sein Verkehrsmittel im Nahbereich der Promenade abgestellt hat und dann zu Fuß durch den Park über den mit sehr viel öffentlichem Geld errichteten Schloßbleitenweg und den Museumssteg das Ausstellungsgelände erreichen wollte, aber vorher von einem menschlichen Bedürfnis geplagt, die öffentliche WC-Anlage auf der Promenade aufgesucht hat. Meine Damen und Herren, nun bin ich beim eigentlichen Thema. Diese WC-Anlage befindet sich nach wie vor - ich spreche von der Innenausstattung - in einem sehr desolaten Zustand. Ich möchte jetzt gar nicht das wiederholen, was ich vergangenes Jahr selbst, als ich dort anwesend war, von Besuchern unserer Stadt gehört habe. Ich darf daher dringendst bitten, dafür Sorge zu tragen, daß die Innenausstattung entsprechend verbessert wird, denn die Situation ist so, daß noch so hohe Reinigungskosten sicherlich nichts nützen, und darf vor allem auch darum bitten, daß in Zusammenarbeit mit der Exekutive Vorsorge dafür getroffen wird, daß in Zukunft diese öffentliche Anlage nicht ständig zerstört und vor allen Dingen auch nicht mißbräuchlich verwendet wird. Wie man überhaupt ständig Klagen hört, daß in einer Stadt wie Steyr am Stadtplatz sich keinerlei derartige Anlage befindet.

Meine Damen und Herren, mögen auch so manche über meinen Beitrag gelächelt haben, aber ich darf Sie bitten, daran zu denken, daß Kenner ein Gasthaus, ein Restaurant nach dem Zustand der Toilette beurteilen. Und so manche beurteilen auch unsere Stadt nach dem Zustand dieser Anlagen. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich darf darauf hinweisen, daß ich die Exekutive gebeten habe in einem Schreiben, durch verstärkte Patrouillen darauf zu achten, daß solche Zustände

soweit wie möglich vermieden werden, Kollege Wippersberger wird namens der sozialistischen Fraktion zu dieser Problematik Stellung nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich kann mich sehr kurz fassen. Wir werden das überprüfen lassen, die Liegenschaftsverwaltung soll sich das anschauen. Was zu reparieren ist, muß sofort repariert werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. ÖVP dazu? Keine Wortmeldung. Gal? KPÖ? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Kollege Eichhübl hat eigentlich die Situation genau so geschildert, wie sie dort ist. Wir haben uns in der letzten Kontrollausschußsitzung sehr ausführlich mit diesem Problem beschäftigt, auch mit den Nachfolgen, die daraus erwachsen für Besucher, die in die Fremdenverkehrsstadt kommen, und haben dort eigentlich schon festgelegt und den Beschluß gefaßt, daß dort Änderungen durchgeführt werden müssen. Erstens, daß die Sanierung erfolgt und daß auch dort nicht mit Fachkräften, wie es bis jetzt passiert ist, aus Kostengründen, die Reinigung durchgeführt wird, sondern durch Hilfsarbeiter des Wirtschaftshofes. Ich glaube, Sie nicken mir zu, wenn man im Kontrollausschuß Probleme aufzeigt, werden sie in kürzester Zeit mit dem Nachdrängen unseres bewährten Obmannes und Direktors erfüllt. Aber es ist berechtigt, daß man das besonders im Zusammenhang sehen muß mit der bevorstehenden Wiedereröffnung unseres Museums. Gleichzeitig, glaube ich, wird es auch notwendig sein, die zuständigen Kollegen hier im Amt aufmerksam zu machen, daß sie prüfen sollen die Parkmöglichkeiten dort, die angeregten Markierungen der Parkplätze. Wie halt so manche Anregungen, die hier kommen, ganz egal von wem sie sind, z.B. in der bevorstehenden Diskussion der Veränderung des Steyrer Stadtplatzes irgend jemand einmal gesagt haben soll, daß man sich auch die Frage der Parkplatzmöglichkeiten anschauen soll unmittelbar beim Museum, daß man Parkplätze für Pkw schaffen soll, um die Voraussetzungen zu schaffen und Maßnahmen zu treffen, daß der Verkehr weitgehend von unserem schönen Stadtplatz verbannt wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml für seinen Beitrag. Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende einer langen Aktuellen Stunde, die 2 Stunden und 15 Minuten gedauert hat. Ich glaube aber, daß alle Probleme, die heute angeschnitten wurden, ihre Berechtigung gehabt haben und daß es auch richtig war, daß man formale Dinge weitgehend in dieser Diskussion zurückgestellt hat. Es hat jeder die Möglichkeit gehabt, hier zu sprechen.

Der Ordnung halber darf ich noch sagen, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse im Ausmaß von 1,178.300 Schilling, die der Stadtsenat gefaßt hat, zur Kenntnis genommen hat und in den heutigen Verhandlungsgegenständen Beschlüsse über einen Gesamtbetrag von 18,489.600 Schilling gefaßt wurden.

Ich danke allen für die Mitarbeit und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18.15 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Gertrude Schreiberhuber e. h.

Franz Ramoser e. h.